

**Im Blickpunkt**

**Demografischer Wandel:  
Herausforderung oder Chance?**







<b>DIE BEVÖLKERUNG DER EU IM VERGLEICH ZU ANDEREN REGIONEN</b>	16
<b>DIE BEVÖLKERUNG DER EU-27</b>	22
<b>KOMPONENTEN DER BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG</b>	33
<b>GEBURTEN</b>	39
<b>LEBENSERWARTUNG UND STERBLICHKEIT</b>	51
<b>WANDERUNG UND ASYL</b>	62
<b>EINE ALTERNDE BEVÖLKERUNG</b>	78

Gegenstand dieses Kapitels sind die demografischen Herausforderungen, denen sich Europa in den kommenden Jahrzehnten stellen muss. Am Anfang steht die Darstellung der derzeitigen demografischen Situation, die sowohl einen Vergleich der Bevölkerungsstruktur der EU mit der übrigen Welt (Abschnitt 1) als auch eine detailliertere Beschreibung der Lage innerhalb der EU (Abschnitt 2) beinhaltet. Es folgt eine Analyse der verschiedenen Komponenten der Bevölkerungsveränderung (Abschnitt 3) unter besonderer Berücksichtigung von Geburten (Abschnitt 4), Lebenserwartung und Sterblichkeit (Abschnitt 5) und Wanderungsströmen (Abschnitt 6). Abschließend wird untersucht, wie sich diese einzelnen Komponenten aller Voraussicht nach auf Europas alternde Bevölkerung auswirken werden (Abschnitt 7).

Europas alternde Gesellschaft wird im Wesentlichen von drei Faktoren bestimmt: niedrige Fruchtbarkeitsziffern, längere Lebenserwartung und eine Baby-Boom-Generation, die das Rentenalter erreicht. Zusammen mit anderen Faktoren, wie etwa Arbeitslosigkeit und Veränderungen in der durchschnittlichen Dauer des Erwerbslebens, hat die Altersstruktur der Gesellschaft Folgen für das numerische Gleichgewicht zwischen Personen, die nicht arbeiten, und Erwerbstätigen.

Für die Zukunft ist in der EU mit einer anhaltenden Zunahme des Anteils der Bevölkerung über dem derzeitigen Renteneintrittsalter von 65 Jahren zu rechnen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, veröffentlichte die Europäische Kommission im März 2005 ein Grünbuch (KOM(2005) 94) mit dem Titel „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“<sup>(1)</sup>. Darin wird z. B. die Frage aufgeworfen, wie sich der Bevölkerungsrückgang umkehren lässt oder wie die Gesellschaft die Folgen des Alterungsprozesses bewältigen und gleichzeitig ihren jüngsten Mitgliedern Chancen bieten kann.

Mit Hilfe der langfristigen Bevölkerungsprojektionen von Eurostat lassen sich „Was-wäre-wenn“-Szenarien bis zum Jahr 2050 erstellen. Sie zeigen mögliche demografische Entwicklungen auf der Grundlage von Annahmen über Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Wanderung, die wiederum auf beobachteten Trends und Expertenmeinungen basieren. Diese Vorausschätzungen können dazu dienen, eine Reihe politischer Anliegen zu verdeutlichen, die sich möglicherweise aus einer alternden Gesellschaft ergeben, darunter die finanzielle Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme. Ein höherer Anteil abhängiger älterer Personen wird sich wahrscheinlich auch auf das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates auswirken, wobei vor allem mit einem Anstieg der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege (z. B. für gebrechliche und sehr alte Menschen) zu rechnen ist.

Auf die EU werden somit in den nächsten Jahrzehnten bedeutende Herausforderungen zukommen, die es in einer Vielzahl von Politikbereichen zu berücksichtigen gilt.

(1) Nähere Informationen: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/news/2005/mar/comm2005-94\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/news/2005/mar/comm2005-94_de.pdf).

#### **EUROSTAT-DATEN IN DIESEM BEREICH:**

##### **Bevölkerung und soziale Bedingungen**

Bevölkerung

Demographie

Internationale Wanderungen und Asyl

Bevölkerungsvorausschätzungen

Volkszählung



### DIE BEVÖLKERUNG DER EU IM VERGLEICH ZU ANDEREN REGIONEN

#### DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Die Daten in diesem Abschnitt stammen zum größten Teil von der Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten beim Sekretariat der Vereinten Nationen (UN) – nähere Informationen: <http://esa.un.org/unpp>.

Seit den 1970er Jahren beteiligen sich die Vereinten Nationen an verschiedenen multinationalen Erhebungsprogrammen, die Schlüsselinformationen über Fruchtbarkeit, Sterblichkeit sowie über die Gesundheit von Mutter und Kind liefern. Die UN-Daten enthalten demografische Angaben, die von anderen UN-Agenturen oder -Einrichtungen erhoben wurden, wie z. B. von den Wirtschafts- und Sozialkommissionen, dem Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Für Prognosen werden auch Daten anderer regionaler Organisationen, wie etwa Eurostat, herangezogen und verwendet.

Die von den UN vorgenommenen Gruppierungen nach „höher entwickelten“ und „weniger entwickelten“ Ländern dienen ausschließlich statistischen Zwecken und stellen keine Beurteilung des Entwicklungsstands dar, den ein bestimmtes Land oder eine bestimmte Region erreicht hat. Zu den höher entwickelten Regionen zählen alle Regionen Europas<sup>(2)</sup>, sowie Nordamerika, Australien, Neuseeland und Japan. Zu den weniger entwickelten Regionen zählen alle Regionen Afrikas, Asien (ohne Japan), Lateinamerika und der karibische Raum sowie Melanesien, Mikronesien und Polynesien.

Die Bevölkerungsschätzungen und -projektionen der UN werden in zwei unterschiedlichen Arbeitsschritten erstellt: Einbeziehung neuer und relevanter Informationen über die bisherige Bevölkerungsdynamik und Formulierung von Hypothesen über die künftige Entwicklung von Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und internationaler Wanderung<sup>(3)</sup>. Da sich künftige Trends nicht mit Sicherheit bestimmen lassen, werden eine Reihe von Projektionsvarianten erstellt: niedrige, mittlere und hohe Variante, konstante Fruchtbarkeit, Fruchtbarkeit auf Reproduktionsniveau, konstante Sterblichkeit, keine Veränderung (Fruchtbarkeit und Sterblichkeit bleiben konstant) und Nullwanderung. Für diese Veröffentlichung wurde die mittlere Variante gewählt. Sie geht davon aus, dass sich die Gesamtfruchtbarkeit in allen Ländern der Zahl von 1,85 Kindern pro Frau annähert, wobei nicht alle Länder dieses Niveau im Projektionszeitraum erreichen.

(2) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

(3) Informationen zur Methodik der Bevölkerungsprojektionen von Eurostat – Vorausschätzungen für die EU-27 in diesem und im nächsten Abschnitt – finden sich unter „Definitionen und Datenverfügbarkeit“ im nächsten Abschnitt.

Sterblichkeitsprojektionen werden auf der Basis von Veränderungsmodellen für die Lebenserwartung erstellt. Nach diesen Modellen verringern sich die Zuwächse, je höher die bereits erreichte Lebenserwartung ist. Bei der Auswahl der Modelle für die einzelnen Länder werden jüngste Trends der Lebenserwartung nach Geschlecht zugrunde gelegt. Für Länder, die stark von der HIV/AIDS-Epidemie betroffen sind, wird im Allgemeinen ein Modell verwendet, das von einem langsamen Rückgang der Sterblichkeit ausgeht, um eine gewisse Verlangsamung des Rückgangs der allgemeinen, nicht durch HIV/AIDS bedingten Sterblichkeitsrisiken vorausschätzen zu können.

Ausgehend von der Annahme einer normalen Migration wird die künftige Entwicklung der internationalen Wanderung auf der Grundlage vergangener Schätzungen und der Politik des jeweiligen Landes in Bezug auf künftige internationale Wanderungsströme bestimmt. Beim Wanderungssaldo wird für den größten Teil des Projektionszeitraums in der Regel ein konstantes Niveau angesetzt.

#### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Im Vergleich zu anderen Regionen wächst die Bevölkerung der EU relativ langsam. Während sich die Weltbevölkerung zwischen 1960 und 2005 von 3,032 Milliarden auf 6,515 Milliarden mehr als verdoppelte, stieg die Einwohnerzahl der EU-27 in diesem Zeitraum insgesamt nur um 21,9 % auf 491 Millionen. Ein besonders hohes Bevölkerungswachstum war in den letzten 45 Jahren vor allem in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas einschließlich des karibischen Raums zu verzeichnen.

Gemessen an der Weltbevölkerung sank das relative Gewicht der EU-27 im Zeitraum 1960-2005 von 13,3 % auf 7,5 %. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Trend fortsetzt und der Anteil der EU-27 an der Weltbevölkerung bis 2050 auf rund 5 % sinkt. Der Anteil Chinas an der Weltbevölkerung wird sich voraussichtlich ebenfalls verringern und 2050 nur noch rund 15 % betragen – fast 5 Prozentpunkte weniger als 2005, wobei sich die Gesamtbevölkerung Chinas im Laufe des Betrachtungszeitraums um fast 100 Millionen erhöhen wird. Im Vergleich dazu weist Indien ein ausgeprägteres Bevölkerungswachstum auf. Nach den Vorausschätzungen der UN wird sich diese Entwicklung fortsetzen, so dass Indien noch vor dem Jahr 2050 mit voraussichtlich über 1,650 Milliarden Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Erde sein wird.



Das Wachstum der Weltbevölkerung erreichte im Zeitraum 1985-1990 mit einer jährlichen Zunahme von durchschnittlich 87,9 Millionen seinen Höhepunkt. Bis 2050 dürfte sich das Wachstumstempo erheblich verringert haben, d. h. es werden dann jedes Jahr 33,1 Millionen mehr Menschen auf unserem Planeten leben. Dennoch wird die Weltbevölkerung von 2005 bis 2050 schätzungsweise um insgesamt 41,1 % zunehmen. Am schnellsten wird die Bevölkerung in Afrika wachsen, wo im Jahr 2050 nach Vorausschätzungen der UN mehr als doppelt so viele Menschen leben werden wie 2005. Im Vergleich dazu gehen die UN-Prognosen für Asien, Lateinamerika einschließlich des karibischen Raums, Nordamerika und Ozeanien im Zeitraum 2005-2050 von einem Gesamtanstieg der Bevölkerung zwischen 34 % und 46 % aus.

Mit einer solchen Entwicklung ist in der EU-27, in Japan oder in der Russischen Föderation nicht zu rechnen. Hier wird für den Zeitraum 2005-2050 ein Rückgang der Bevölkerungszahl erwartet.

### QUELLEN

#### Statistical books

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006  
Bevölkerungsstatistik (mit CD-ROM)  
Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung

#### Pocketbooks

Living conditions in Europe – statistical pocketbook – data 2002-2005

#### Methodologies and working papers

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005  
Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators  
Basic methodology for the recalculation of intercensal population estimates  
Bevölkerungsstatistik: Definitionen und Methoden zur Erhebung in 31 europäischen Ländern

#### Website-Daten

##### Demographie

- Demographie – Nationale Daten
  - Wichtigste Bevölkerungsindikatoren
    - Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten
    - Kohortenmaßzahlen
  - Bevölkerung
    - Bevölkerung (Jahresdurchschnitt) nach Geschlecht und Alter
    - Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres
    - Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar

##### Bevölkerungsvorausschätzungen

- EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene
- EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene

Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten beim Sekretariat der Vereinten Nationen;  
nähere Informationen: <http://esa.un.org/unpp/>



**Tabelle SP.1: Weltbevölkerung**

(in Mio.)

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
<b>Welt</b>	3 032	3 343	3 699	4 076	4 451	4 855	5 295	5 719	6 124	6 515
<b>Europa (1)</b>	605	635	657	676	693	707	721	729	729	731
<b>Afrika</b>	282	320	364	416	480	554	637	726	821	922
<b>Asien</b>	1 704	1 899	2 139	2 394	2 636	2 896	3 181	3 452	3 705	3 938
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	220	253	288	325	364	404	444	484	523	558
<b>Nordamerika</b>	204	219	232	243	256	269	284	300	316	332
<b>Ozeanien</b>	16	18	20	21	23	25	27	29	31	33
<b>EU-27</b>	403	420	435	447	457	464	470	476	482	491
<b>China</b>	657	729	831	928	999	1 067	1 149	1 214	1 270	1 313
<b>Indien</b>	446	494	549	614	689	771	860	954	1 046	1 134
<b>Japan</b>	94	99	104	112	117	121	124	125	127	128
<b>Russische Föderation</b>	120	127	130	134	139	143	149	149	147	144
<b>USA</b>	186	199	210	220	231	243	256	270	285	300

(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Tabelle SP.2: Weltbevölkerung**

(Bevölkerungsanteile der Weltregionen und einiger Länder in % der Weltbevölkerung insgesamt)

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
<b>Europa (1)</b>	20,0	19,0	17,8	16,6	15,6	14,6	13,6	12,7	11,9	11,2
<b>Afrika</b>	9,3	9,6	9,8	10,2	10,8	11,4	12,0	12,7	13,4	14,2
<b>Asien</b>	56,2	56,8	57,8	58,7	59,2	59,7	60,1	60,4	60,5	60,4
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	7,3	7,6	7,8	8,0	8,2	8,3	8,4	8,5	8,5	8,6
<b>Nordamerika</b>	6,7	6,6	6,3	6,0	5,7	5,5	5,4	5,2	5,2	5,1
<b>Ozeanien</b>	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
<b>EU-27</b>	13,3	12,6	11,8	11,0	10,3	9,5	8,9	8,3	7,9	7,5
<b>China</b>	21,7	21,8	22,5	22,8	22,4	22,0	21,7	21,2	20,7	20,2
<b>Indien</b>	14,7	14,8	14,9	15,1	15,5	15,9	16,2	16,7	17,1	17,4
<b>Japan</b>	3,1	3,0	2,8	2,7	2,6	2,5	2,3	2,2	2,1	2,0
<b>Russische Föderation</b>	4,0	3,8	3,5	3,3	3,1	3,0	2,8	2,6	2,4	2,2
<b>USA</b>	6,1	6,0	5,7	5,4	5,2	5,0	4,8	4,7	4,7	4,6

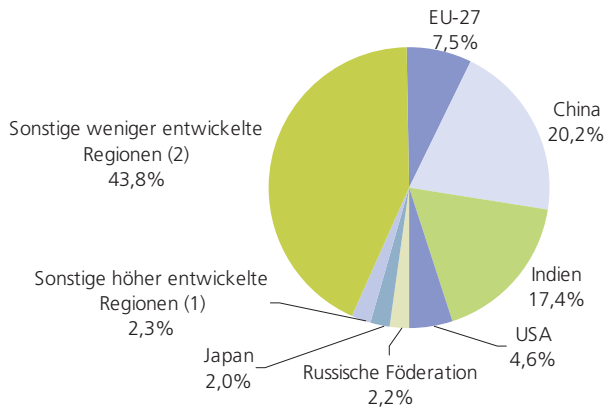
(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten



### Abbildung SP.1: Weltbevölkerung, 2005

(in % der Gesamtbevölkerung)



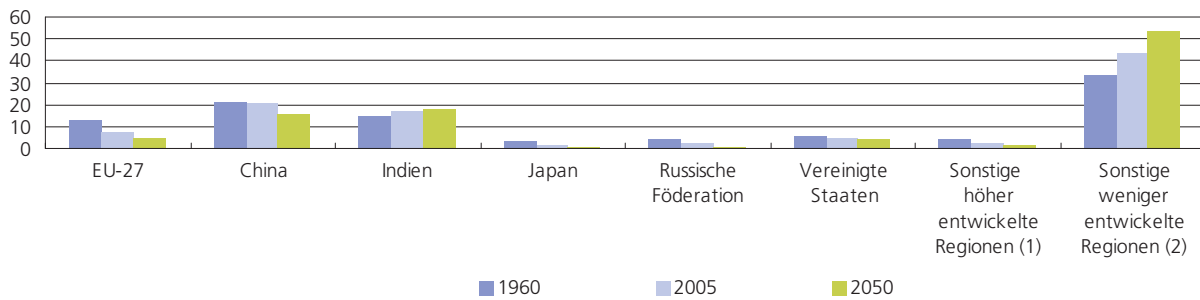
(1) Ohne EU-27, Japan, Russische Föderation und USA.

(2) Ohne China und Indien.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

### Abbildung SP.2: Weltbevölkerung

(in % der Gesamtbevölkerung)



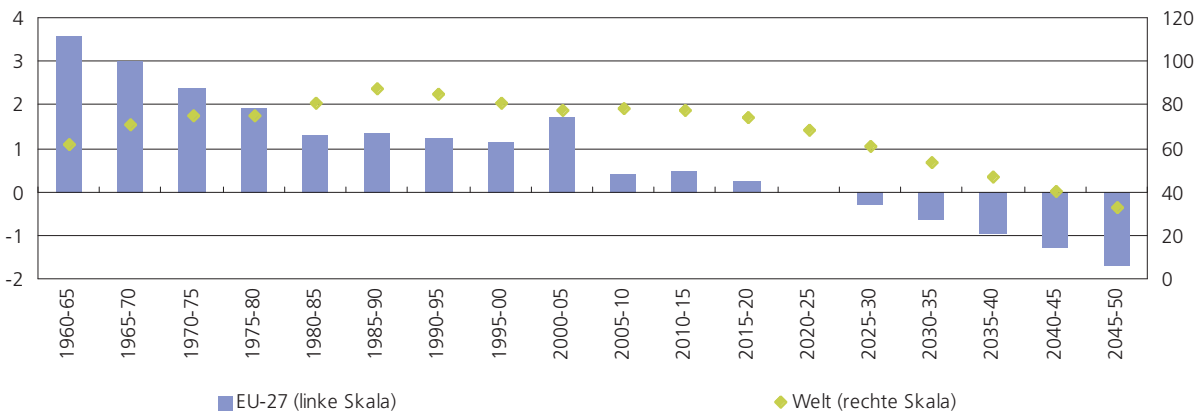
(1) Ohne EU-27, Japan, Russische Föderation und Vereinigte Staaten.

(2) Ohne China und Indien.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

### Abbildung SP.3: Bevölkerungsveränderung

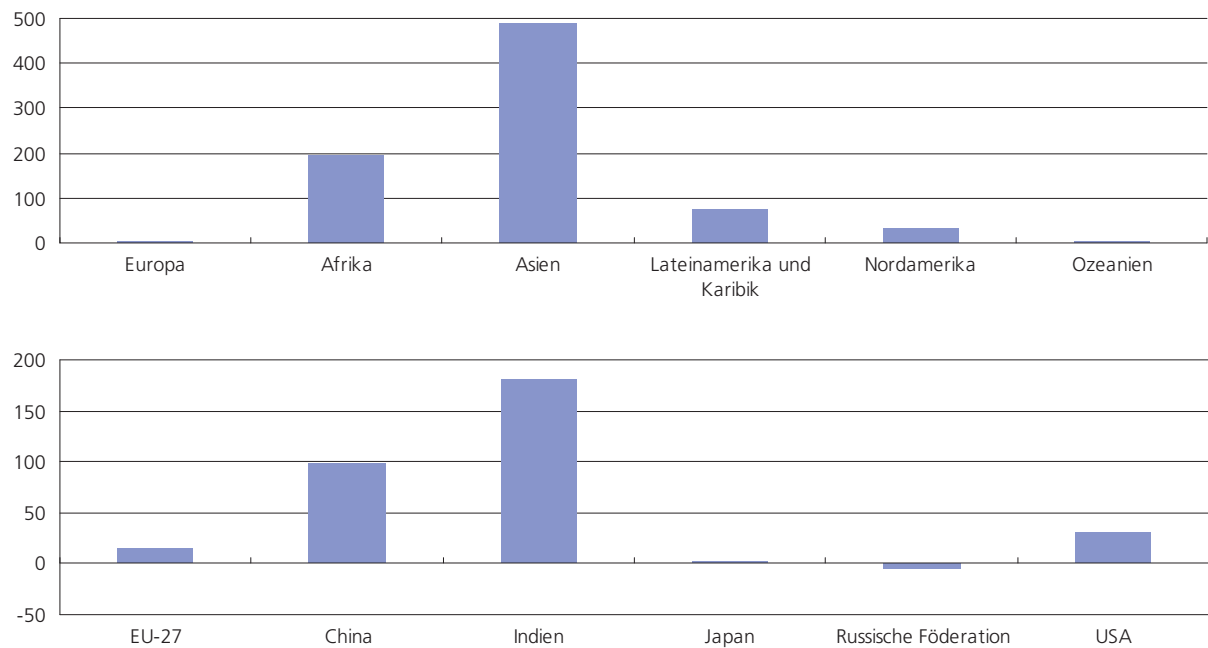
(durchschnittliche jährliche Veränderung, in Mio.)



Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP4: Zunahme der Weltbevölkerung, 1995-2005**

(Gesamtveränderung, in Mio.)



Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten/Social Affairs

**Tabelle SP3: Bevölkerung und Bevölkerungsprojektionen**

(in Mio.)

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
<b>Welt</b>	6 515	6 907	7 295	7 667	8 011	8 318	8 587	8 824	9 026	9 191
<b>Europa (1)</b>	731	730	727	722	715	707	698	687	676	664
<b>Afrika</b>	922	1 032	1 149	1 271	1 394	1 518	1 643	1 765	1 884	1 998
<b>Asien</b>	3 938	4 166	4 389	4 596	4 779	4 931	5 052	5 148	5 220	5 266
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	558	594	628	660	688	713	733	750	762	769
<b>Nordamerika</b>	332	349	364	379	393	405	417	427	436	445
<b>Ozeanien</b>	33	35	37	39	41	43	45	46	48	49
<b>EU-27</b>	491	493	495	496	496	495	492	487	481	472
<b>China</b>	1 313	1 352	1 389	1 421	1 446	1 458	1 458	1 448	1 431	1 409
<b>Indien</b>	1 134	1 220	1 303	1 379	1 447	1 506	1 554	1 597	1 632	1 658
<b>Japan</b>	128	128	127	124	122	118	115	111	107	103
<b>Russische Föderation</b>	144	140	136	132	128	124	120	116	112	108
<b>USA</b>	300	315	329	343	355	366	376	386	394	402

(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

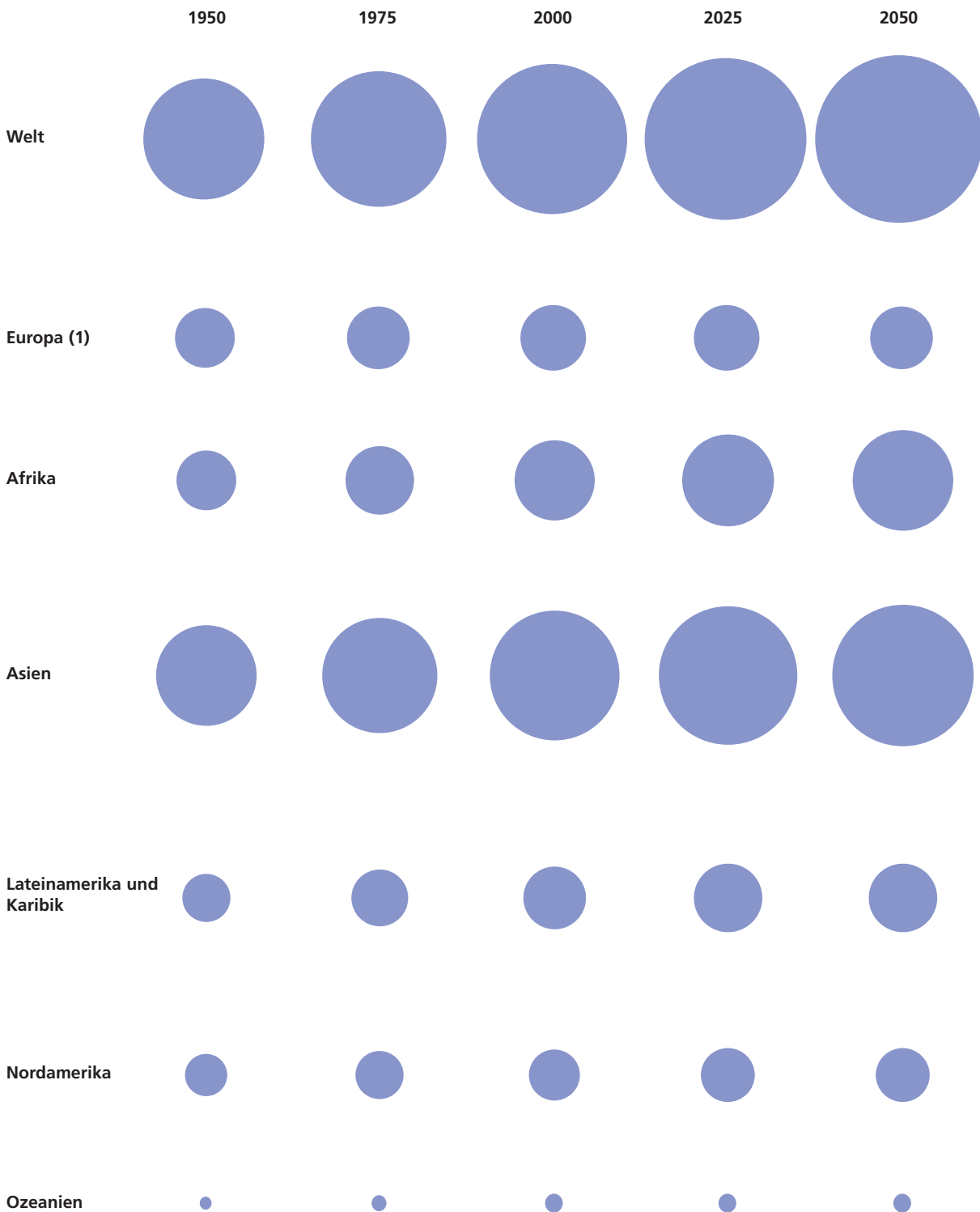
Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten





**Abbildung SP.5: Bevölkerung und Bevölkerungsprojektionen**

(in Mio.)



(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Faröer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan und proj\_tbp\_pop), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten



### DIE BEVÖLKERUNG DER EU-27

#### EINLEITUNG

Das derzeitige Bevölkerungsprofil der EU-27 ist das Ergebnis langjährig hoher und dann niedriger Geburtenraten, die mit einem stetigen, allmählichen Anstieg der Lebenserwartung einhergehen. Plötzliche Veränderungen der Fruchtbarkeit oder der Migrationsmuster, die in einem bestimmten Jahr auftreten und nicht länger anhalten, erzeugen lediglich einen Einmaleffekt und führen kaum zu einer strukturellen Veränderung des Bevölkerungsprofils.

Aller Voraussicht nach wird der soziale und wirtschaftliche Wandel bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung für die EU tief greifende Folgen haben und sich auf ein breites Spektrum von Politikbereichen auswirken – Bevölkerung im Schulalter, sich ändernde Familienstrukturen, Erwerbsbeteiligung, Gesundheitsversorgung, Fragen des Sozialschutzes und der sozialen Sicherheit, Staatsfinanzen und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Während der letzten 40 Jahre setzte sich die Erwerbsbevölkerung in Europa überwiegend aus den geburtenstarken Jahrgängen der Baby-Boom-Generation zusammen, die bisher noch einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausmachen. Nach den vorliegenden Bevölkerungsprojektionen wird dies während den kommenden Jahrzehnten nicht mehr zutreffen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Seit den 1970er Jahren sinken die Fruchtbarkeitsziffern in Europa, und die Zahl junger Menschen, die ins Erwerbsleben eintreten, wird zunehmend geringer. In der EU-27 schrumpft der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter, während die Zahl derjenigen, die in den Ruhestand gehen, wächst.

Diese demografische Verschiebung und die damit verbundenen Herausforderungen betreffen in erster Linie die Mitgliedstaaten, doch ist die EU bestrebt, die politischen Anstrengungen auf nationaler Ebene zu unterstützen. Sie fördert die Beschäftigung durch sozial- und wirtschaftspolitische Strategien, die sich gegenseitig verstärken, um Wachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze sowie einen größeren sozialen Zusammenhalt zu schaffen, und sie nutzt dabei die vorhandenen Instrumente, um einen Ausgleich zwischen den Generationen und zwischen Beruf und Familie zu unterstützen. Als mögliche Lösungen zur Bewältigung der mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Herausforderungen unterstreicht das Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ der Europäischen Kommission die verstärkte Investition in die Jugend bei gleichzeitiger Unterstützung der Bereitschaft der älteren Generation, länger erwerbstätig zu bleiben. Viele Mitgliedstaaten haben erkannt, dass es zur Erhöhung der Beschäftigungsquoten und zur Verlängerung des Erwerbslebens Initiativen bedarf, die darauf abzielen, flexible Wege in den Ruhestand zu ermöglichen und die Menschen zu ermutigen, länger erwerbstätig zu bleiben.

#### DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Eurostat erstellt eine breite Palette an demografischen Daten, darunter Statistiken über Bevölkerung, Geburten und Sterbefälle, Eheschließungen und Scheidungen. Bevölkerungsdaten werden

für eine Reihe wichtiger politischer Maßnahmen, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, genutzt – so z. B. Fruchtbarkeitsziffern und Lebenserwartungstatistiken bei der Planung sozialpolitischer Maßnahmen im Bereich der Rentensysteme oder regionale Bevölkerungsdaten bei der Berechnung des Pro-Kopf-BIP, das bei Entscheidungen über die Mittelzuweisung aus den Strukturfonds an wirtschaftlich benachteiligte Regionen zugrunde gelegt wird.

Bis vor kurzem gab es keine umfassende Rechtsgrundlage für die Erhebung von Statistiken über Wanderung und internationalen Schutz. Eurostat erstellte diese Statistiken in der Regel auf der Grundlage spezifischer Vereinbarungen mit den Mitgliedstaaten.

Das Europäische Parlament und der Rat haben jedoch unlängst eine Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz<sup>(4)</sup> erlassen. Die neue Verordnung regelt die Erhebung von Statistiken über internationale Wanderungsströme, ausländische Wohnbevölkerung, Erwerb der Staatsangehörigkeit, Asylanträge und -entscheidungen, Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einreise und des illegalen Aufenthalts, Rückführung illegaler Migranten und erteilte Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige. Hauptanliegen ist die Erstellung harmonisierter Statistiken, denen ein gemeinsamer Satz von Definitionen bezüglich Zuwanderung, Grenzverwaltung und Asylfragen sowie anerkannte internationale Standards (insbesondere die UN-Empfehlungen für Wanderungsstatistiken) zugrunde liegen. Mit der Verordnung wird ein Rahmen geschaffen, der durch die Annahme von Durchführungsmaßnahmen in Form von Kommissionsverordnungen ergänzt werden muss. Diese Maßnahmen werden unter aktiver Einbeziehung des Europäischen Statistischen Systems ausgearbeitet und durchgeführt.

Die meisten europäischen Länder werten Bevölkerungsdaten anhand von Aufschlüsselungen nach Geschlecht und Alter zum 1. Januar aus (in einigen Ländern gilt ein anderer Stichtag). Sofern nicht anders angegeben, wurde für die Bevölkerungsdaten der Stand am 1. Januar zugrunde gelegt. Die Bevölkerungszahlen basieren in der Regel auf den Daten der jüngsten Volkszählung, bereinigt um die Komponenten der Bevölkerungsveränderung seit der letzten Volkszählung, oder alternativ dazu auf Bevölkerungsregistern. Zu beachten ist, dass die Bevölkerungsstatistiken für Frankreich 1998 einen Bruch in der Zeitreihe aufweisen, da vor 1998 nur Daten für das französische Mutterland erhoben wurden, d. h. die Überseedepartements blieben unberücksichtigt, während die Erhebungen ab 1998 diese Departements mit einschließen. Neben den nationalen Daten für Frankreich betrifft dieser Bruch in der Zeitreihe auch die Aggregate für die EU und die Eurozone.

Alle drei bis fünf Jahre nimmt Eurostat Bevölkerungsprojektionen vor. Die hier dargestellten Schätzungen beziehen sich auf die Basisvariante des Trendszenarios, das wiederum Teil eines „Was-wäre-wenn“-Szenariensatzes ist. Die Bevölkerungsprojektionen

(4) Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (Text von Bedeutung für den EWR); nähere Informationen: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:199:0023:01:DE:HTML>.



werden anhand der jüngsten verfügbaren Zahlen zum Bevölkerungsstand am 1. Januar vorgenommen; dabei werden grundlegende Hypothesen für Sterblichkeit, Fruchtbarkeit und Wanderung nach Geschlecht und Alter aufgestellt.

Bei der regionalen Aufschlüsselung der Bevölkerungsprojektionen werden die bereits für die Berechnung der nationalen Ebene formulierten Annahmen zugrunde gelegt und dann für die einzelnen Regionen spezifiziert. Ein besonderer Aspekt bei der regionalen Dimension ist die interregionale Wanderung (d. h. Bevölkerungsbewegungen zwischen verschiedenen Regionen innerhalb desselben Landes, wie beispielsweise vom ländlichen Raum in die Städte). Zu beachten ist, dass für Frankreich und das Vereinigte Königreich keine entsprechenden Daten verfügbar waren und deshalb für diese Länder keine regionalen Bevölkerungsprojektionen erstellt wurden.

### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

In den vergangenen 45 Jahren ist die Bevölkerung der heutigen EU-27 von rund 403 Millionen im Jahr 1960 auf gut 495 Millionen im Jahr 2007 angewachsen. Am stärksten war der Bevölkerungszuwachs zu Beginn dieses Zeitraums in den 1960er Jahren, als die durchschnittliche jährliche Zunahme in der Regel mehr als 3 Millionen betrug und 1963 mit 4,2 Millionen ihren Höhepunkt erreichte. In den 1970er Jahren verlangsamte sich das Bevölkerungswachstum erheblich und sank in den 1980er Jahren auf durchschnittlich rund 1 Millionen pro Jahr. In den folgenden 20 Jahren setzte sich der Bevölkerungsanstieg größtenteils auf diesem Niveau fort. Im Zeitraum 2003-2006 war jedoch eine leichte Umkehr dieses Trends zu beobachten, denn die Einwohnerzahl der EU-27 stieg um durchschnittlich 2 Millionen pro Jahr.

Im Jahr 2007 war Deutschland mit fast 17 % der Gesamtbevölkerung der 27 EU-Mitgliedstaaten das Land mit dem größten Bevölkerungsanteil, gefolgt von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien mit jeweils 12 bis 13 %. In diesen vier Ländern lebten fast 54 % der gesamten Bevölkerung der EU-27. Auf die 12 Mitgliedstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind, entfielen mit etwa 103,3 Millionen Einwohnern fast 21 % der Gesamtbevölkerung.

In den meisten europäischen Ländern wächst die Bevölkerung nach wie vor, wobei es Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Das Wachstum der Gesamtbevölkerung in der EU-27 ist in den letzten zehn Jahren größtenteils auf eine Zunahme der Einwohnerzahl Irlands, Spaniens, Frankreichs, Italiens und des Vereinigten Königreichs zurückzuführen; das höchste relative Bevölkerungswachstum verzeichneten Irland, Spanien und Zypern.

Im Jahr 2006 waren etwa 16,0 % der Bevölkerung der EU-27 jünger als 15 Jahre. Die jüngste Bevölkerung hatte Irland (20,5 %), gefolgt von Dänemark, Frankreich, Luxemburg und Zypern, die für die unter 15-Jährigen jeweils Anteile zwischen 18 % und 19 % an der Gesamtbevölkerung meldeten. Auf Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) entfielen in der EU-27 67,2 % der Bevölkerung; die übrigen 16,7 % waren Personen im Alter von 65 Jahren und darüber.

Nach den Vorausschätzungen von Eurostat wird die Bevölkerung in EU-27 im Zeitraum 2002-2023 auf einen Höchststand von 496,5 Millionen anwachsen und in der Folgezeit bis 2050 auf etwa 472 Mio. Einwohner zurückgehen; dies wird jedoch bis zu einem gewissen Grad von variablen, schwer vorhersehbaren Faktoren abhängen, wie etwa vom Wanderungssaldo. Die Bevölkerungsveränderungen werden sich nicht gleichmäßig über alle Mitgliedstaaten verteilen, da die Bevölkerung Zyperns, Irlands, Maltas, Luxemburgs und Schwedens während des betrachteten Zeitraums voraussichtlich erheblich zunehmen wird (insgesamt um mehr als 10 %). Auch in Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Belgien und Österreich ist bis 2050 mit einem Anstieg der Bevölkerungszahl zu rechnen.

Im Gegensatz dazu wird sich die Einwohnerzahl der baltischen Staaten, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens im Zeitraum 2005-2050 möglicherweise um mehr als 10 % verringern, wobei die stärkste Bevölkerungsabnahme für Bulgarien (um insgesamt 33,8 %) und Rumänien (21,2 %) zu erwarten ist. Die Länder mit dem höchsten Bevölkerungsrückgang in absoluten Zahlen werden voraussichtlich Deutschland und Italien sein (-8,0 Mio. bzw. -5,5 Mio.), deren Einwohnerzahl wahrscheinlich um fast 10 % sinken wird.

In den letzten Jahrzehnten war ein relativ großer Teil der europäischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren). Die Kohorten (Personengruppen in etwa demselben Alter) der so genannten Baby-Boom-Generation sind in den europäischen Bevölkerungspyramiden als Ausbuchtungen zu erkennen – siehe Abbildung 8 und 9. Im Jahr 2005 bildeten die 35- bis 39-Jährigen bei Männern wie auch bei Frauen die zahlenmäßig stärkste Fünfjahresaltersgruppe; auf sie entfielen etwas weniger als 4 % der Gesamtbevölkerung. In dem Maße, wie diese relativ große Kohorte altert und das Rentenalter erreicht, wird der Anteil älterer Menschen in der EU zunehmen – wie aus der Alterspyramide für 2030 und 2050 zu ersehen ist. Im Jahr 2050 wird die Gruppe der sehr alten Menschen (80 Jahre und älter) erheblich ins Gewicht fallen und in der EU-27 schätzungsweise 11 % der Bevölkerung ausmachen. Am Ende des Altersübergangs (siehe Bevölkerungspyramide für 2050) wird sich die Baby-Boom-Generation nur auf eine relativ schmale Bevölkerungsschicht im erwerbsfähigen Alter stützen können.

Die Karten 1 bis 3 zeigen die Bevölkerungsveränderungen in der EU-27 während des Zeitraums 2005-2030. Das schnellste Bevölkerungswachstum ist in diesem Zeitraum unter anderem in folgenden Regionen zu erwarten: in den südlichen und östlichen Küstenregionen von Iberia, auf den spanischen Inseln sowie in einer Reihe städtischer Regionen und im gesamten Gebiet Irlands. Das Wachstum der städtischen Bevölkerung wird sich mit Ausnahme von Stockholm (Schweden) und Wien (Österreich) voraussichtlich abseits der Hauptstädte konzentrieren. So werden beispielsweise in Deutschland besonders hohe Wachstumsraten in Städten wie Köln, Karlsruhe, Bremen oder Stuttgart erwartet, während für Berlin und viele andere Städte in Ostdeutschland mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist.



## QUELLEN

### Statistical books

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006

Bevölkerungsstatistik (mit CD-ROM)

Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung

### Pocketbooks

Living conditions in Europe – statistical pocketbook – data 2002-2005

### Methodologies and working documents

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005

Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators

Basic methodology for the recalculation of intercensal population estimates

Bevölkerungsstatistik: Definitionen und Methoden zur Erhebung in 31 europäischen Ländern

### Website-Daten

#### Demographie

Demographie – Nationale Daten

Wichtigste Bevölkerungsindikatoren

Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten

Bevölkerung

Bevölkerung (Jahresdurchschnitt) nach Geschlecht und Alter

Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres

Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar

Demographie – Regionale Daten

Bevölkerung und Fläche

Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht ab 1990

Bevölkerung im Jahresdurchschnitt nach Geschlecht

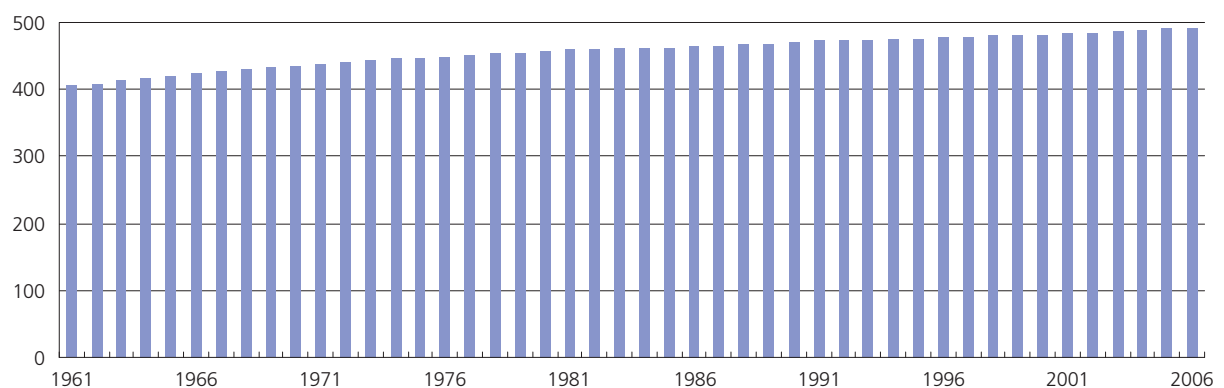
#### Bevölkerungsvorausschätzungen

EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene

EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene

## Abbildung SP6: Gesamtbevölkerung, EU-27 (1)

(zum 1. Januar, in Mio.)



(1) Bruch in der Zeitreihe 1998.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan)


**Tabelle SP.4: Gesamtbevölkerung**

(zum 1. Januar, in Mio.)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>EU-27 (1)</b>	478,1	480,4	481,1	482,2	483,0	484,5	486,5	488,6	490,9	493,0	495,1
<b>Eurozone (1)</b>	302,2	304,5	305,2	306,2	307,5	309,0	310,9	312,9	314,9	316,7	318,4
<b>Belgien</b>	10,2	10,2	10,2	10,2	10,3	10,3	10,4	10,4	10,4	10,5	10,6
<b>Bulgarien</b>	8,3	8,3	8,2	8,2	7,9	7,9	7,8	7,8	7,8	7,7	7,7
<b>Tsch. Republik</b>	10,3	10,3	10,3	10,3	10,3	10,2	10,2	10,2	10,2	10,3	10,3
<b>Dänemark</b>	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
<b>Deutschland</b>	82,0	82,1	82,0	82,2	82,3	82,4	82,5	82,5	82,5	82,4	82,3
<b>Estland</b>	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3
<b>Irland</b>	3,7	3,7	3,7	3,8	3,8	3,9	4,0	4,0	4,1	4,2	4,3
<b>Griechenland</b>	10,7	10,8	10,9	10,9	10,9	11,0	11,0	11,0	11,1	11,1	11,2
<b>Spanien</b>	39,5	39,6	39,8	40,0	40,5	41,0	41,7	42,3	43,0	43,8	44,5
<b>Frankreich (1)</b>	59,7	59,9	60,2	60,5	60,9	61,3	61,7	62,1	62,5	63,0	63,4
<b>Italien</b>	56,9	56,9	56,9	56,9	57,0	57,0	57,3	57,9	58,5	58,8	59,1
<b>Zypern</b>	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
<b>Lettland</b>	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
<b>Litauen</b>	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4
<b>Luxemburg</b>	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
<b>Ungarn</b>	10,3	10,3	10,3	10,2	10,2	10,2	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1
<b>Malta</b>	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
<b>Niederlande</b>	15,6	15,7	15,8	15,9	16,0	16,1	16,2	16,3	16,3	16,3	16,4
<b>Österreich</b>	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,3	8,3
<b>Polen</b>	38,6	38,7	38,7	38,7	38,3	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,1
<b>Portugal</b>	10,1	10,1	10,1	10,2	10,3	10,3	10,4	10,5	10,5	10,6	10,6
<b>Rumänien</b>	22,1	22,0	21,9	21,9	21,9	21,8	21,8	21,7	21,7	21,6	21,6
<b>Slowenien</b>	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
<b>Slowakei</b>	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
<b>Finnland</b>	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,3
<b>Schweden</b>	8,8	8,8	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	9,0	9,0	9,0	9,1
<b>Ver. Königreich</b>	58,2	58,4	58,6	58,8	59,0	59,2	59,4	59,7	60,1	60,4	60,8
<b>Kroatien</b>	4,6	4,5	4,6	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
<b>EJR Mazedonien</b>	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
<b>Türkei</b>	63,5	64,6	65,8	66,9	67,9	68,8	69,8	70,7	71,6	72,5	73,4
<b>Island</b>	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
<b>Liechtenstein</b>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Norwegen</b>	4,4	4,4	4,4	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6	4,7
<b>Schweiz</b>	7,1	7,1	7,1	7,2	7,2	7,3	7,3	7,4	7,4	7,5	7,5

(1) Bruch in der Zeitreihe 1998.

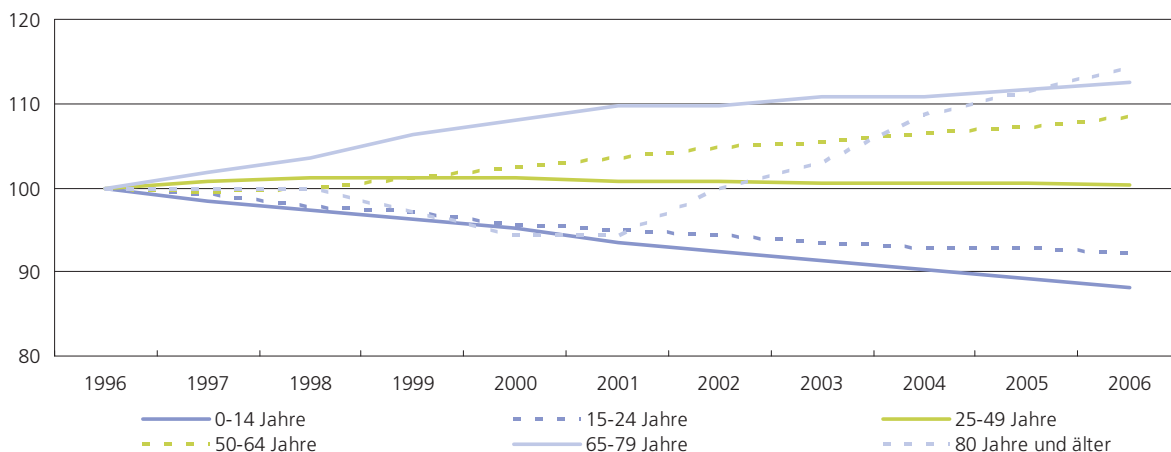
Quelle: Eurostat (tps00001)

Die Einwohner eines bestimmten Gebietes am 1. Januar des betreffenden Jahres (oder in einigen Fällen am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres). Die Einwohnerzahl basiert auf den Daten der jüngsten Volkszählung, bereinigt unter Berücksichtigung der Komponenten des Bevölkerungswachstums seit der letzten Volkszählung, oder auf den Daten der Bevölkerungsregister.



**Abbildung SP7: Bevölkerung nach Altersklassen, EU-27**

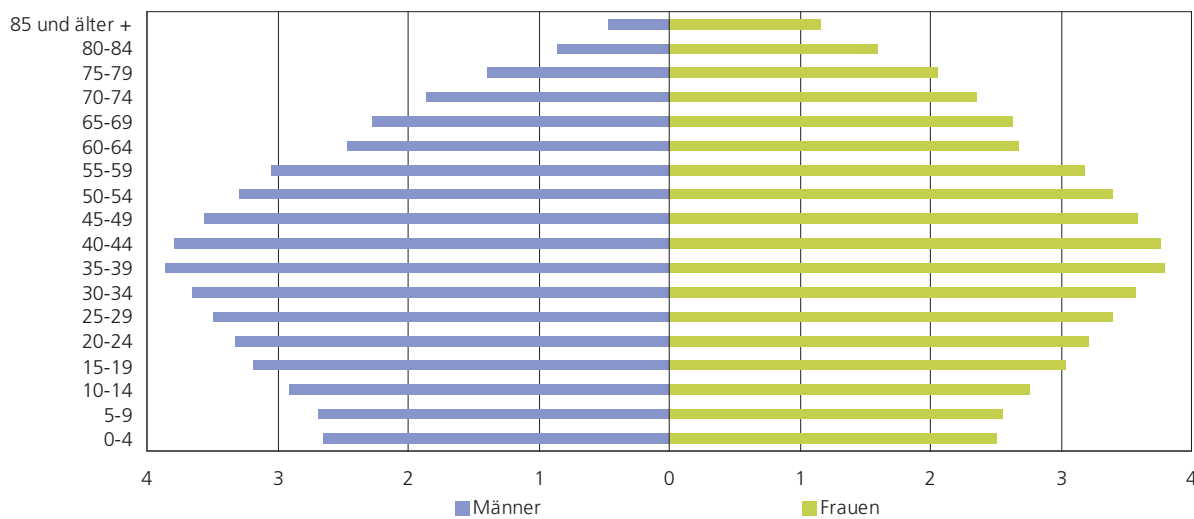
(1996=100)



Quelle: Eurostat (tps00010)

**Abbildung SP8: Alterspyramide, EU-27, 2006**

(in % der Gesamtbevölkerung)



Quelle: Eurostat (demo\_pjan)


**Tabelle SP.5: Bevölkerung nach Altersklassen, 2006**

(in % der Gesamtbevölkerung)

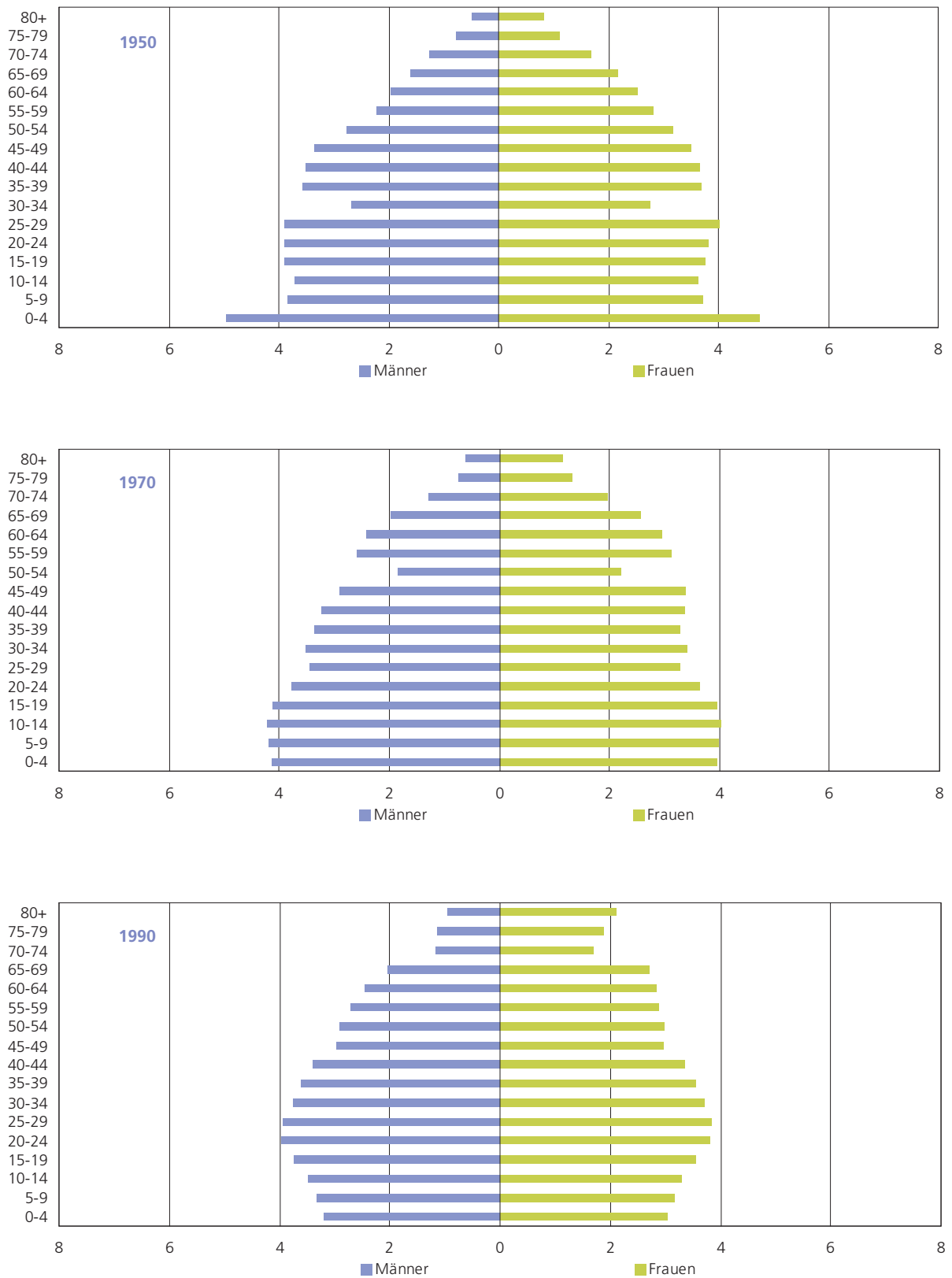
	<b>0-14 Jahre</b>	<b>15-24 Jahre</b>	<b>25-49 Jahre</b>	<b>50-64 Jahre</b>	<b>65-79 Jahre</b>	<b>80 Jahre und älter</b>
<b>EU-27</b>	16,0	12,7	36,4	18,1	12,6	4,1
<b>Eurozone</b>	15,6	11,9	36,8	18,0	13,2	4,5
<b>Belgien</b>	17,1	12,1	35,6	18,1	12,8	4,4
<b>Bulgarien</b>	13,6	13,6	35,5	20,1	13,9	3,3
<b>Tsch. Republik</b>	14,6	13,2	36,9	21,0	11,1	3,1
<b>Dänemark</b>	18,7	11,2	35,1	19,9	11,1	4,1
<b>Deutschland</b>	14,1	11,8	36,5	18,4	14,8	4,5
<b>Estland</b>	15,1	15,6	34,7	17,9	13,5	3,3
<b>Irland</b>	20,5	15,2	37,8	15,5	8,4	2,7
<b>Griechenland</b>	14,3	12,0	37,6	17,6	14,9	3,6
<b>Spanien</b>	14,5	11,9	40,4	16,6	12,3	4,4
<b>Frankreich</b>	18,6	12,9	34,4	17,9	11,6	4,6
<b>Italien</b>	14,1	10,3	37,5	18,3	14,6	5,1
<b>Zypern</b>	18,4	15,8	37,1	16,6	9,4	2,6
<b>Lettland</b>	14,3	15,7	35,5	17,6	13,6	3,2
<b>Litauen</b>	16,5	15,6	36,1	16,5	12,4	2,9
<b>Luxemburg</b>	18,6	11,6	38,3	17,1	11,0	3,3
<b>Ungarn</b>	15,4	12,9	35,8	20,1	12,3	3,5
<b>Malta</b>	17,1	14,4	34,9	20,0	10,5	3,0
<b>Niederlande</b>	18,3	12,0	36,5	19,0	10,7	3,6
<b>Österreich</b>	15,9	12,3	37,7	17,6	12,1	4,4
<b>Polen</b>	16,2	16,2	36,0	18,2	10,6	2,7
<b>Portugal</b>	15,6	12,2	37,3	17,7	13,2	3,9
<b>Rumänien</b>	15,5	15,2	37,0	17,4	12,3	2,5
<b>Slowenien</b>	14,1	13,1	38,0	19,2	12,4	3,2
<b>Slowakei</b>	16,6	15,9	38,0	17,8	9,3	2,4
<b>Finnland</b>	17,3	12,5	33,2	21,1	12,0	4,0
<b>Schweden</b>	17,3	12,4	33,3	19,7	11,9	5,4
<b>Ver. Königreich</b>	17,8	13,2	35,2	17,8	11,6	4,4
<b>Kroatien</b>	15,8	13,1	35,3	18,9	14,0	3,0
<b>EJR Mazedonien</b>	19,4	16,1	36,8	16,6	9,6	1,5
<b>Türkei</b>	28,3	17,7	37,3	10,8	:	:
<b>Island</b>	21,8	14,6	36,0	15,9	8,6	3,1
<b>Liechtenstein</b>	17,4	12,3	39,4	19,4	8,7	2,9
<b>Norwegen</b>	19,5	12,4	35,2	18,2	10,1	4,7
<b>Schweiz</b>	16,0	11,8	37,4	18,8	11,5	4,5

Quelle: Eurostat (tps00010)



Abbildung SP9: Verschiebung der Alterspyramide, EU-27 (1)

(in % der Gesamtbevölkerung)



(1) Beschränkte Datenverfügbarkeit für 1950 und 1970, basierend auf jenen Mitgliedsstaaten, für die Daten verfügbar sind.

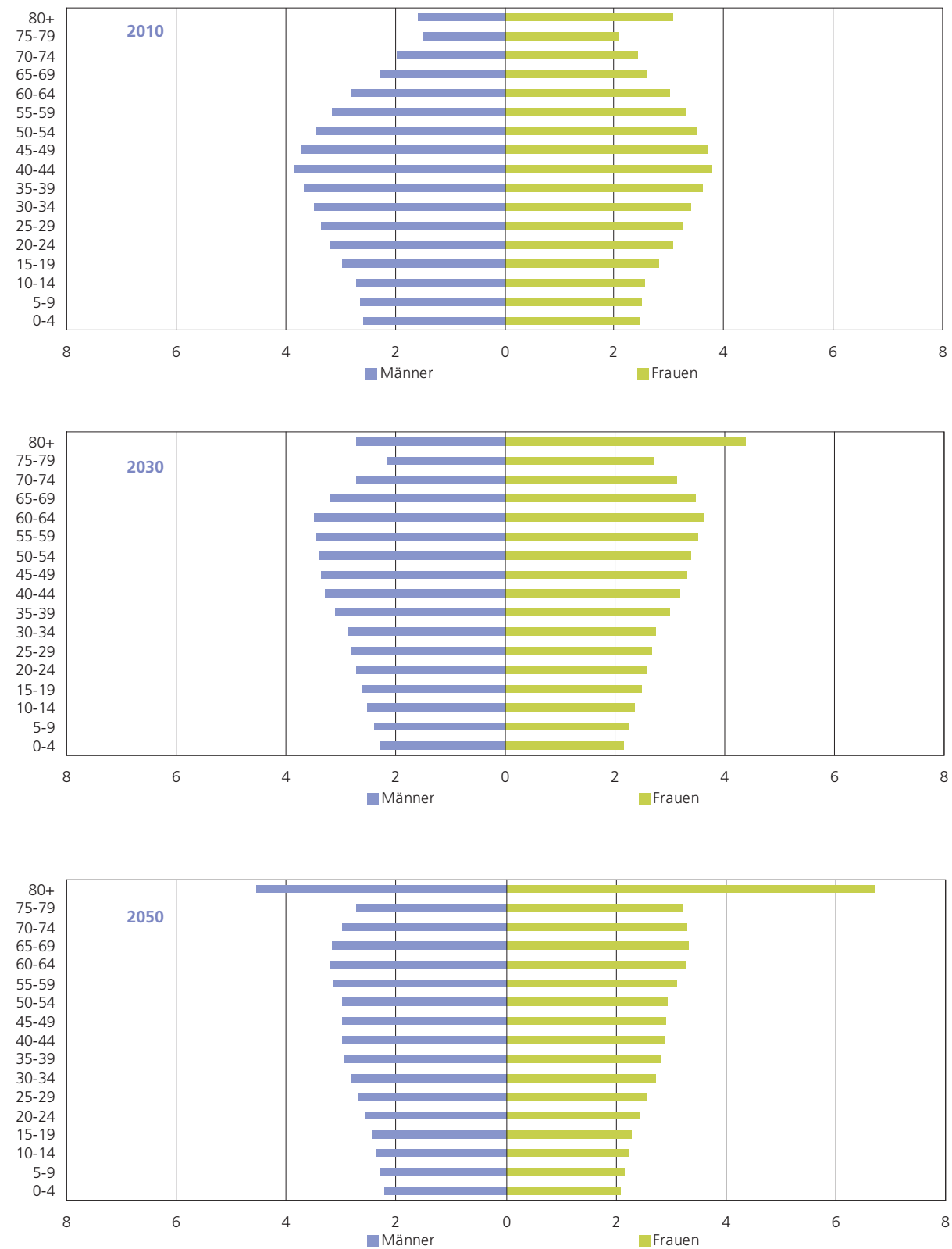
Quelle: Eurostat (demo\_pjan und proj\_tbp\_pop)





**Abbildung SP.9 (Fortsetzung): Verschiebung der Alterspyramide, EU-27 (1)**

(in % der Gesamtbevölkerung)



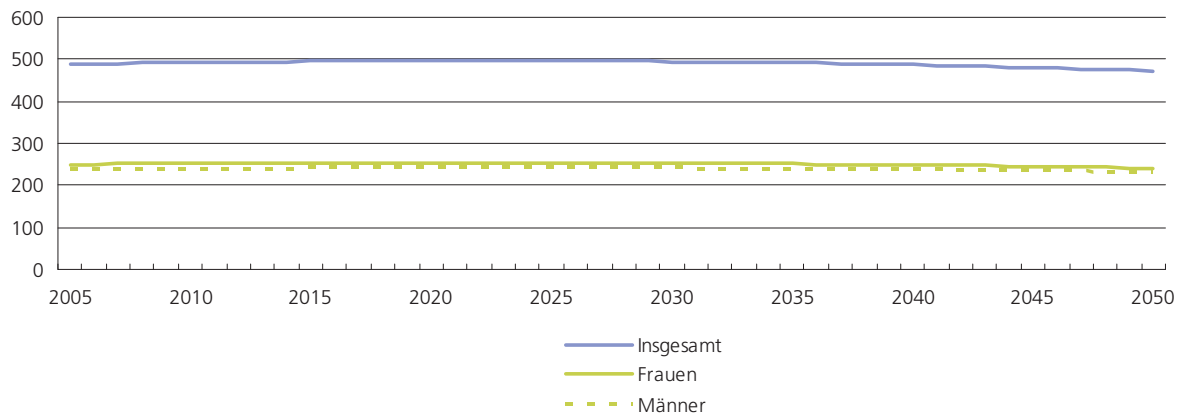
(1) Beschränkte Datenverfügbarkeit für 1950 und 1970, basierend auf jenen Mitgliedsstaaten, für die Daten verfügbar sind.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan und proj\_tbp\_pop)



**Abbildung SP.10: Bevölkerungsprojektionen, EU-27**

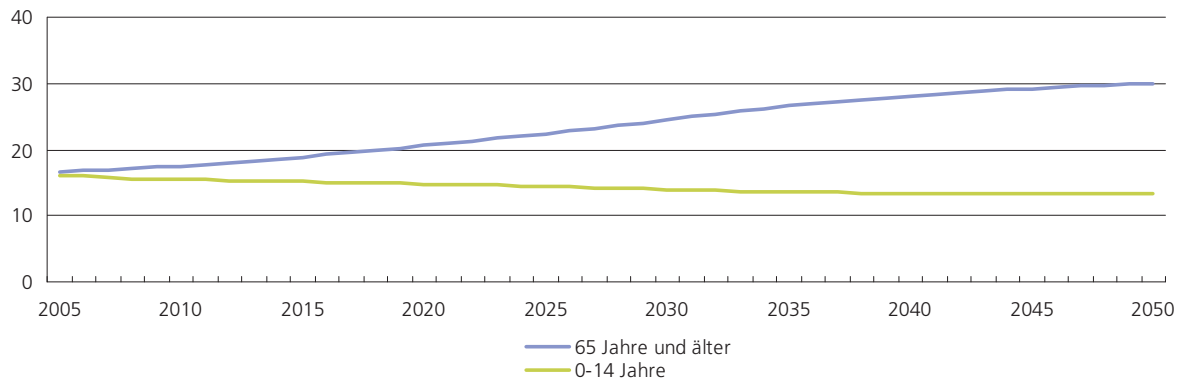
(zum 1. Januar, in Mio.)



Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop)

**Abbildung SP.11: Bevölkerungsprojektionen, EU-27**

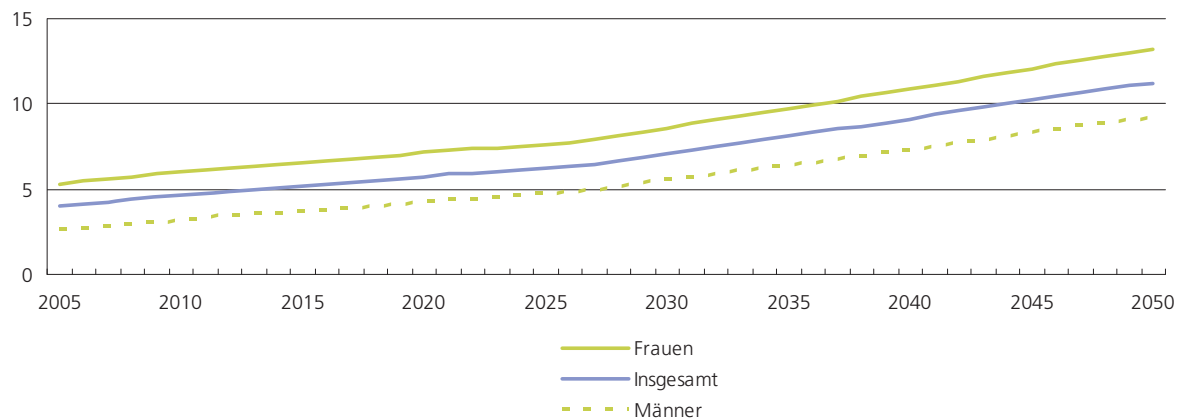
(in % der Gesamtbevölkerung)



Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop)

**Abbildung SP.12: Bevölkerungsprojektionen, Personen im Alter von 80 Jahren und darüber, EU-27**

(in % der Bevölkerung)



Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop)


**Tabelle SP.6: Bevölkerungsprojektionen**

(zum 1. Januar, in Mio.)

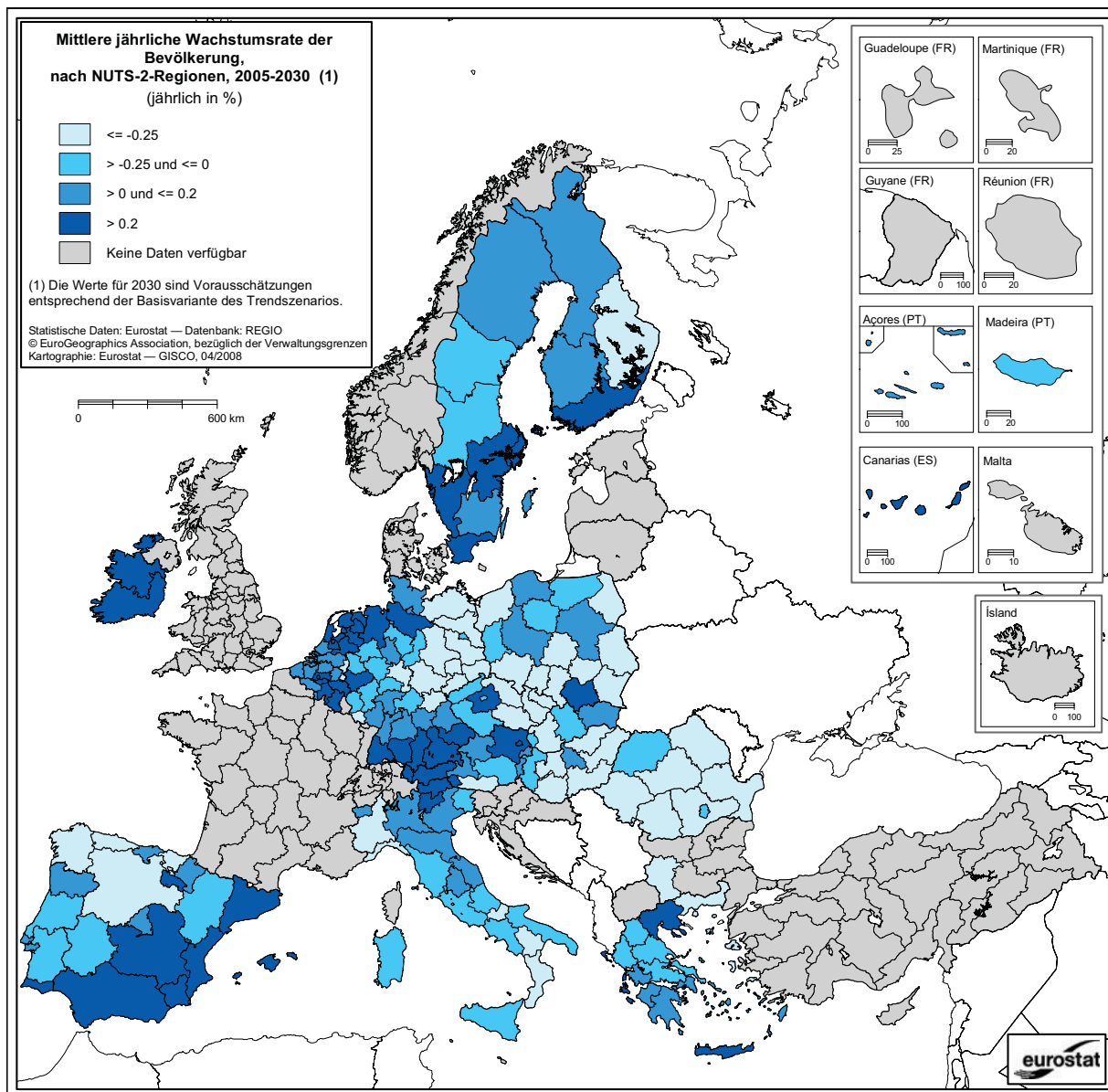
	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
<b>EU-27</b>	487,9	492,8	495,3	496,4	496,3	494,8	491,7	486,9	480,5	472,0
<b>Eurozone</b>	310,2	315,1	317,9	319,4	319,7	318,9	317,1	314,3	310,0	304,4
<b>Belgien</b>	10,4	10,6	10,7	10,8	10,9	11,0	11,0	11,0	11,0	10,9
<b>Bulgarien</b>	7,7	7,4	7,1	6,8	6,5	6,2	5,9	5,6	5,4	5,1
<b>Tsch. Republik</b>	10,2	10,1	10,0	9,9	9,8	9,7	9,5	9,3	9,1	8,9
<b>Dänemark</b>	5,4	5,5	5,5	5,5	5,6	5,6	5,6	5,5	5,5	5,4
<b>Deutschland</b>	82,6	82,8	82,9	82,7	82,1	81,1	79,9	78,4	76,7	74,6
<b>Estland</b>	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
<b>Irland</b>	4,1	4,3	4,6	4,8	4,9	5,1	5,2	5,3	5,4	5,5
<b>Griechenland</b>	11,1	11,3	11,4	11,4	11,4	11,3	11,2	11,1	10,9	10,6
<b>Spanien</b>	42,9	44,6	45,3	45,6	45,6	45,4	45,1	44,6	43,9	42,8
<b>Frankreich</b>	60,2	61,5	62,6	63,6	64,4	65,1	65,7	66,0	65,9	65,7
<b>Italien</b>	58,2	58,6	58,6	58,3	57,8	57,1	56,3	55,3	54,2	52,7
<b>Zypern</b>	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0
<b>Lettland</b>	2,3	2,2	2,2	2,1	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9
<b>Litauen</b>	3,4	3,3	3,3	3,2	3,1	3,1	3,0	3,0	2,9	2,9
<b>Luxemburg</b>	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
<b>Ungarn</b>	10,1	10,0	9,8	9,7	9,6	9,5	9,4	9,2	9,1	8,9
<b>Malta</b>	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
<b>Niederlande</b>	16,3	16,7	17,0	17,2	17,4	17,6	17,7	17,6	17,5	17,4
<b>Österreich</b>	8,1	8,3	8,4	8,4	8,5	8,5	8,5	8,4	8,3	8,2
<b>Polen</b>	38,1	37,8	37,4	37,1	36,8	36,5	36,1	35,4	34,5	33,7
<b>Portugal</b>	10,5	10,7	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,4	10,2	10,0
<b>Rumänien</b>	21,7	21,3	20,9	20,3	19,7	19,2	18,8	18,3	17,8	17,1
<b>Slowenien</b>	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,9	1,9
<b>Slowakei</b>	5,4	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,1	5,0	4,9	4,7
<b>Finnland</b>	5,2	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,3	5,2
<b>Schweden</b>	9,0	9,2	9,4	9,6	9,8	9,9	10,0	10,1	10,1	10,2
<b>Ver. Königreich</b>	59,9	60,9	61,9	62,9	63,8	64,4	64,7	64,7	64,6	64,3

Quelle: Eurostat (tps00002)

Bei Bevölkerungsvorausschätzungen geht es darum, Bevölkerungsschätzungen vorzunehmen oder die plausibelsten Zahlen für die kommenden Jahre zu erstellen. Die Schätzungen erfolgen auf der Grundlage der jüngsten verfügbaren Zahlen zur Bevölkerung am 1. Januar. Im Allgemeinen werden Hypothesen im Hinblick auf Sterblichkeit, Fruchtbarkeit und Wanderungsbewegungen nach Geschlecht und Alter aufgestellt; daneben werden für jedes Jahr Verfahren des Alters auf die Bevölkerungspyramide angewandt.



Karte SP.1: Mittlere jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung nach NUTS-2-Regionen, 2005-2030 (jährlich in %)



Quelle: Eurostat (proj\_rtbp\_pop)



## KOMPONENTEN DER BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG

### EINLEITUNG

Der Schwerpunkt dieses Abschnitts liegt auf der Bevölkerungsveränderung, die durch zwei unterschiedliche Aspekte gekennzeichnet ist: natürliche Bevölkerungsveränderung und Wanderungssaldo. Die natürliche Bevölkerungsveränderung ergibt sich aus der Differenz zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen oder, allgemeiner ausgedrückt, zwischen Fruchtbarkeit und Sterblichkeit. Geburten werden im nächsten Unterabschnitt ausführlicher behandelt, Lebenserwartung und Sterbefälle sind Gegenstand des Abschnitts 5 und Wanderungsströme Gegenstand des Abschnitts 6.

Zahlreiche Regionen innerhalb der EU-27 melden derzeit mehr Sterbefälle als Geburten. Dieser Trend zeigt sich in weiten Teilen Bulgariens, der Tschechischen Republik, Deutschlands, Ungarns, Rumäniens, der Slowakei, Sloweniens und der baltischen Staaten sowie in den dünn besiedelten Gebieten Nordschwedens und Nordfinlands.

In vielen Regionen wird die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung bis zu einem gewissen Grad durch einen positiven Wanderungssaldo ausgeglichen; dies trifft zu auf Teile Westdeutschlands, Ostösterreichs, Norditaliens, Sloweniens und Südschwedens. Der entgegengesetzte Trend ist weitaus seltener zu beobachten, denn es gibt in der EU nur wenige Regionen, in denen eine positive natürliche Bevölkerungsveränderung (mehr Geburten als Sterbefälle) durch einen negativen Wanderungssaldo neutralisiert wird; ein Beispiel dafür ist Nordpolen.

Wenn sich die beiden Komponenten der Bevölkerungsveränderung nicht ausgleichen, sondern addieren, kann dies zu deutlicheren Ausschlägen in der Entwicklung der Gesamtbevölkerung führen. In den letzten Jahren war dies der Fall in Irland und Dänemark, in vielen Regionen der Benelux-Staaten und Frankreichs sowie in einer begrenzten Zahl von Regionen in Süd- und Ostspanien, wo ein natürliches Bevölkerungswachstum mit einem positiven Wanderungssaldo einherging. Im Gegensatz dazu war in einigen Regionen Ostdeutschlands, Nordwestspaniens, Süditaliens, der baltischen Staaten sowie der Tschechischen Republik, Ungarns, Polens, Rumäniens und der Slowakei bei beiden Komponenten der Bevölkerungsveränderung eine negative Entwicklung festzustellen; dies sind auch die Regionen der EU, die in den letzten zehn Jahren den größten Bevölkerungsrückgang verzeichneten. In den kommenden Jahren ist dort in vielen Fällen mit einem weiteren Absinken der Einwohnerzahl zu rechnen.

Die Familienstrukturen sind je nach historischer Entwicklung, Einstellung der Gesellschaft und sozialer Tradition von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Dennoch gibt es eine Reihe gemeinsamer demografischer Merkmale, die in der gesamten EU anzutreffen sind, darunter eine sinkende Zahl von Eheschließungen, ein Anstieg des durchschnittlichen Eheschließungsalters und eine Zunahme der Zahl der Ehescheidungen. Darüber hinaus gibt es in Europa jetzt mehr und kleinere Haushalte mit einem höheren Anteil allein lebender Menschen, was möglicherweise zumindest zum Teil mit den sich ändernden Familienstrukturen zusammenhängt. Allerdings könnte der größere Anteil allein lebender Personen in

gewissem Maße auch darauf zurückzuführen sein, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung der EU-27 verändert hat, denn der Anteil allein lebender Menschen ist in der älteren Bevölkerung am höchsten.

### DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Bevölkerungsveränderung ist definiert als die Differenz zwischen der Einwohnerzahl am Ende und zu Beginn eines Zeitraums. Sie entspricht der algebraischen Summe aus natürlichem Bevölkerungswachstum und Wanderungssaldo einschließlich Korrekturen (Näheres dazu weiter unten). Das Ergebnis ist negativ, wenn beide Komponenten negativ sind oder wenn diejenige Komponente, die den höheren absoluten Wert aufweist, negativ ist.

Natürliches Wachstum ist definiert als die Differenz zwischen der Anzahl der Lebendgeburten und der Anzahl der Sterbefälle in einem Jahr. Das natürliche Wachstum ist negativ, wenn die Anzahl der Sterbefälle die Anzahl der Lebendgeburten übersteigt (natürlicher Bevölkerungsrückgang).

Der Wanderungssaldo ist definiert als die Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung während des Bezugsjahres in dem untersuchten Gebiet (der Wanderungssaldo ist somit negativ, wenn mehr Personen abwandern als zuwandern). Da in den meisten Ländern entweder keine exakten Zahlen oder überhaupt keine Zahlen über die Zu- und Abwanderung vorliegen, wird zur Schätzung des Wanderungssaldos im Allgemeinen die Differenz zwischen Bevölkerungsveränderung und natürlichem Wachstum zwischen zwei Zeitpunkten zugrunde gelegt (in der Eurostat-Datenbank wird dafür der Begriff des korrigierten Wanderungssaldos verwendet).

### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Der Beitrag Europas zu den weltweiten Bevölkerungsveränderungen ist relativ unbedeutend und hat sich in den letzten Jahrzehnten noch verringert. Während in der ersten Hälfte der 1960er Jahre fast ein Zehntel der Zunahme der Weltbevölkerung auf Europa entfiel, sank dieser Anteil in der Folgezeit kontinuierlich, so dass Europa im Jahr 2005 nur noch weniger als 1 % zum globalen Bevölkerungswachstum beitrug.

Innerhalb der EU hat sich das Muster der Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. Bis Ende der 1980er Jahre war die wichtigste Komponente des Bevölkerungswachstums die natürliche Zunahme, die jedoch bereits seit Mitte der 1960er Jahre allmählich an Bedeutung einbüßte. Seit Mitte der 1980er Jahre spielt die Nettowanderung eine größere Rolle und wurde zur Hauptkomponente des Bevölkerungswachstums. Im Jahr 2005 stieg die Einwohnerzahl der EU-27 um 2,0 Millionen, von denen 1,7 Millionen auf einen positiven Wanderungssaldo und 0,3 Millionen auf natürliches Bevölkerungswachstum zurückzuführen sind.

In den einzelnen Mitgliedstaaten verläuft die Bevölkerungsveränderung nach ganz unterschiedlichen Mustern. So verzeichnen Deutschland bereits seit 1972 und Italien im Zeitraum 1993-2003 einen natürlichen Bevölkerungsrückgang. Auch viele der neuen Mitgliedstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind, meldeten für die letzten zehn Jahre eine natürliche Abnahme der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu verzeichneten Irland, Spanien, Frankreich, die



Niederlande und das Vereinigte Königreich ein relativ hohes natürliches Bevölkerungswachstum.

Der Wanderungssaldo ist nur in wenigen Mitgliedstaaten negativ. Am höchsten war die Nettoabwanderung während des Zeitraums 2000-2005 in Polen und Bulgarien; darüber hinaus meldeten für diesen Zeitraum nur Litauen, Rumänien, Lettland und die Slowakei einen negativen Wanderungssaldo. Der höchste Zustrom von Migranten war in Spanien und Italien zu verzeichnen, während das Vereinigte Königreich, Deutschland und Frankreich ebenfalls eine relativ hohe Nettozuwanderung meldeten.

Da der Bevölkerungszyklus in vielen europäischen Ländern gegenwärtig einen Punkt erreicht hat, an dem die natürliche Bevölkerungsentwicklung nahezu ausgeglichen oder negativ ist, kommt der Wanderung ein immer größeres relatives Gewicht zu. Mit der zunehmenden Alterung der europäischen Bevölkerung könnte jedoch das natürliche Wachstum erneut zur Hauptkomponente der Bevölkerungsveränderung werden – dann allerdings als Negativwachstum. Nach den Vorausschätzungen von Eurostat wird die Gesamtbevölkerung in 16 der 27 Mitgliedstaaten im Zeitraum 2005-2010 abnehmen. Der natürliche Bevölkerungsrückgang wird sich wahrscheinlich in Deutschland und Italien am stärksten bemerkbar machen und ein Absinken der Einwohnerzahl um 17,2 bzw. 11,2 Millionen zur Folge haben. Bis zu einem gewissen Grad dürfte die Abnahme der Gesamtbevölkerung

in diesen beiden Ländern durch Wanderungsströme ausgeglichen werden, wobei im Saldo immer noch mit einem Einwohnerverlust von mehr als 8 Millionen in Deutschland und fast 6 Millionen in Italien zu rechnen ist. Darüber hinaus ist ein erheblicher absoluter Bevölkerungsrückgang im Zeitraum 2005-2010 unter anderem auch in Ungarn (um 1,2 Mio.), der Tschechischen Republik (1,3 Mio.), Bulgarien (2,7 Mio.), Polen und Rumänien (beide 4,7 Mio.) zu erwarten – in jedem dieser Länder wird die Abnahme infolge der natürlichen Bevölkerungsveränderung aller Voraussicht nach weitaus stärker ins Gewicht fallen als der Einwohnerverlust durch Abwanderung.

Am anderen Ende der Skala wird die Bevölkerung in Frankreich und im Vereinigten Königreich wahrscheinlich am stärksten zunehmen, und zwar um 5,5 bzw. 4,4 Millionen im Zeitraum 2005-2010. Aller Voraussicht nach wird der prognostizierte Bevölkerungsanstieg im Vereinigten Königreich ausschließlich durch Zuwanderung, in Frankreich dagegen zu etwa gleichen Teilen durch Zuwanderung und natürliches Bevölkerungswachstum herbeigeführt. Darüber hinaus ist im Zeitraum 2005-2010 nur für Irland, Schweden und die Niederlande eine Bevölkerungszunahme um mehr als eine Million zu erwarten. Die Hauptkomponente des Bevölkerungswachstums in Schweden und den Niederlanden wird die Zuwanderung sein, wohingegen für Irland mit einem ähnlichen Entwicklungsmuster zu rechnen ist wie für Frankreich, d. h. Zuwanderung und natürliches Bevölkerungswachstum zu etwa gleichen Teilen.

### QUELLEN

#### Statistical books

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006  
Bevölkerungsstatistik (mit CD-ROM)  
Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung

#### Pocketbooks

Living conditions in Europe – statistical pocketbook – data 2002-2005

#### Methodologies and working documents

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005  
Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators  
Bevölkerungsstatistik: Definitionen und Methoden zur Erhebung in 31 europäischen Ländern

#### Website-Daten

##### Demographie

Demographie – Nationale Daten  
Wichtigste Bevölkerungsindikatoren  
Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten  
Demographie – Regionale Daten  
Bevölkerungsentwicklung  
Geburten und Sterbefälle

##### Internationale Wanderungen und Asyl

Internationale Wanderungsströme  
Einwanderung  
Auswanderung

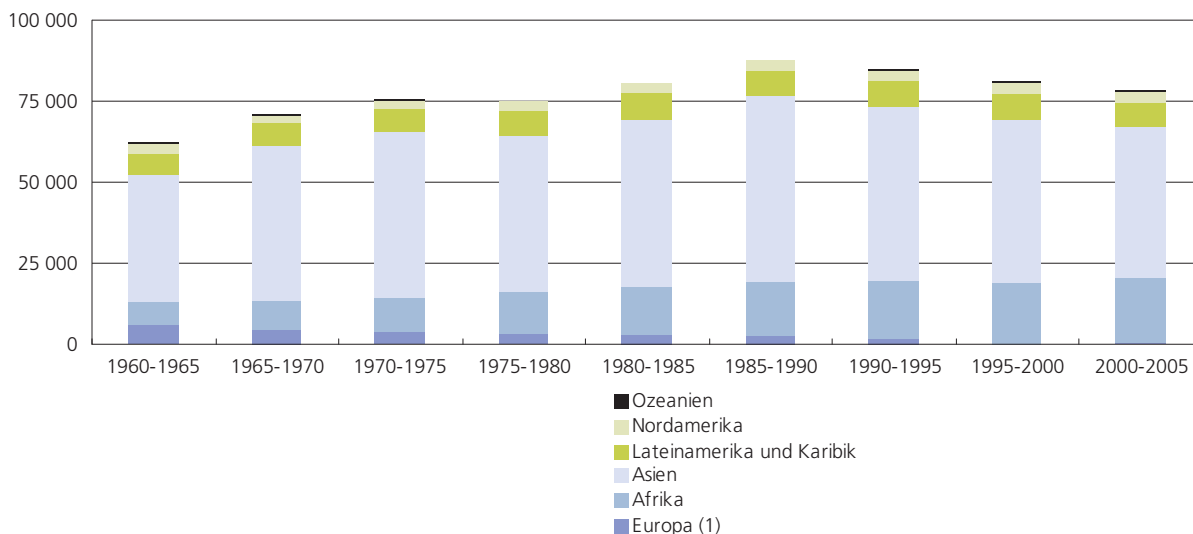
##### Bevölkerungsvorausschätzungen

EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene  
EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene



**Abbildung SP.13: Mittlere jährliche Bevölkerungsveränderung**

(in Tsd.)

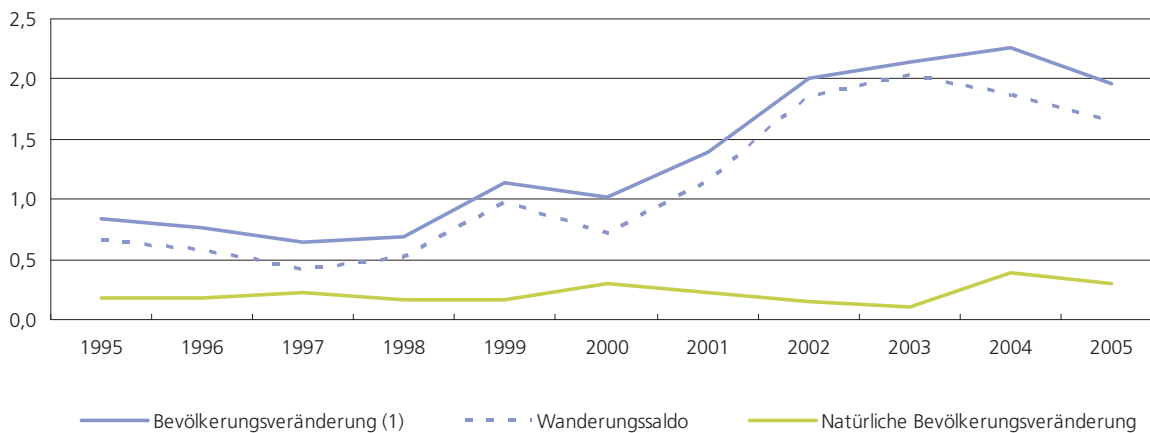


(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Faröer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjan), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP.14: Bevölkerungsveränderung, Wanderungssaldo und natürliche Bevölkerungsveränderung, EU-27**

(in Mio.)



(1) Bruch in der Zeitreihe 1998.

Quelle: Eurostat (tps00006, tps00007 und tps00008)

**Bevölkerungsveränderung:** Differenz zwischen der Bevölkerungszahl am Ende und zu Beginn eines Zeitraums. Sie entspricht der algebraischen Summe aus natürlichem Bevölkerungswachstum und Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen). Zu einer negativen Veränderung kommt es, wenn diese beiden Komponenten negativ sind oder wenn eine von ihnen negativ ist und einen höheren absoluten Wert aufweist als die andere.

**Wanderungssaldo:** Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung in einem Gebiet während des Jahres (das Wanderungssaldo ist negativ, wenn die Zahl der Abwanderer die Zahl der Einwanderer übersteigt). Da in den meisten Ländern entweder keine exakten Daten oder überhaupt keine Daten zur Zu- und Abwanderung vorliegen, wird der Wanderungssaldo auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum zu zwei verschiedenen Zeitpunkten geschätzt. Die statistischen Daten über das Wanderungssaldo sind daher von allen statistischen Ungenauigkeiten der beiden Komponenten in dieser Gleichung insbesondere der Komponente Bevölkerungswachstum betroffen.

**Natürliche Bevölkerungsveränderung:** Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeburten und der Zahl der Sterbefälle im Jahr. Das natürliche Wachstum ist negativ, wenn die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten übersteigt.



**Tabelle SP7: Natürliche Bevölkerungsveränderung**

(in Tsd.)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>EU-27 (1)</b>	185,9	223,7	169,1	161,6	297,8	231,7	152,0	103,9	391,9	297,3	:
<b>Eurozone (1)</b>	206,7	261,8	222,1	246,1	344,6	315,1	271,5	201,5	397,3	292,7	:
<b>Belgien</b>	12,2	12,4	9,9	8,6	11,4	10,6	5,5	5,1	13,7	14,5	:
<b>Bulgarien</b>	-44,9	-57,7	-52,8	-39,5	-41,4	-44,2	-46,1	-44,6	-40,2	-42,3	-39,5
<b>Tschechische Republik</b>	-22,3	-22,1	-19,0	-20,3	-18,1	-17,0	-15,5	-17,6	-9,5	-5,7	1,4
<b>Dänemark</b>	6,6	7,8	7,7	7,1	9,1	7,1	5,5	7,1	8,8	9,3	9,5
<b>Deutschland</b>	-86,8	-48,2	-67,3	-75,6	-71,8	-94,1	-122,4	-147,2	-112,6	-144,4	-148,9
<b>Estland</b>	-5,8	-6,0	-7,3	-6,0	-5,3	-5,9	-5,4	-5,1	-3,7	-3,0	-2,4
<b>Irland</b>	18,9	21,2	22,4	21,3	23,4	27,6	31,1	32,7	33,8	33,6	36,8
<b>Griechenland</b>	0,0	2,3	-1,8	-2,7	-2,0	-0,3	-0,3	-1,1	0,7	2,5	6,6
<b>Spanien</b>	11,2	19,5	4,7	9,0	37,2	46,2	50,2	57,1	82,7	79,0	109,8
<b>Frankreich</b>	:	:	225,1	229,2	267,5	262,9	248,3	231,3	280,7	275,1	302,5
<b>Italien</b>	-24,2	-22,4	-51,0	-20,5	-12,4	-16,8	-17,5	-44,8	17,5	-34,9	2,1
<b>Zypern</b>	4,7	4,1	3,4	3,4	3,1	3,3	2,7	2,9	3,1	2,8	3,6
<b>Lettland</b>	-14,5	-14,7	-15,8	-13,4	-12,0	-13,3	-12,5	-11,4	-11,7	-11,3	-10,8
<b>Litauen</b>	-3,8	-3,3	-3,7	-3,6	-4,8	-8,9	-11,1	-10,4	-10,9	-13,3	-13,5
<b>Luxemburg</b>	1,8	1,6	1,5	1,8	2,0	1,7	1,6	1,3	1,9	1,8	1,7
<b>Ungarn</b>	-37,9	-39,1	-43,6	-48,6	-38,0	-35,1	-36,0	-41,2	-37,4	-38,2	-31,7
<b>Malta</b>	2,3	2,0	1,7	1,3	1,5	1,1	0,9	0,9	0,9	0,7	0,7
<b>Niederlande</b>	52,0	56,7	61,9	60,0	66,1	62,2	59,7	58,4	57,5	51,5	49,7
<b>Österreich</b>	8,0	4,6	2,9	-0,1	1,5	0,7	2,3	-0,3	4,7	3,0	3,6
<b>Polen</b>	42,7	32,4	20,3	0,6	10,3	5,0	-5,7	-14,2	-7,4	-3,9	4,6
<b>Portugal</b>	3,5	8,3	7,3	8,1	14,6	7,7	8,1	3,7	7,3	1,9	3,4
<b>Rumänien</b>	-54,8	-42,4	-31,9	-30,6	-21,3	-39,2	-59,1	-54,1	-42,6	-41,1	-38,6
<b>Slowenien</b>	0,2	-0,8	-1,2	-1,4	-0,4	-1,0	-1,2	-2,1	-0,6	-0,7	0,8
<b>Slowakei</b>	8,9	7,0	4,4	3,8	2,4	-0,8	-0,7	-0,5	1,9	1,0	0,6
<b>Finnland</b>	11,6	10,2	7,8	8,2	7,4	7,6	6,1	7,6	10,2	9,8	10,8
<b>Schweden</b>	1,2	-2,8	-4,2	-6,6	-3,0	-2,3	0,8	6,2	10,4	9,6	14,7
<b>Ver. Königreich</b>	96,9	96,9	87,7	67,9	70,7	66,9	62,6	84,4	132,9	139,9	246,0
<b>Kroatien</b>	3,2	3,5	-5,2	-6,8	-6,5	-8,6	-10,5	-12,9	-9,4	-9,3	-8,9
<b>EJR Mazedonien</b>	15,3	12,9	12,4	10,5	12,1	10,1	9,8	9,0	5,4	4,1	4,0
<b>Türkei</b>	1 054,0	1 056,0	1 046,0	1 024,0	948,0	940,0	933,0	925,0	917,0	911,0	906,0
<b>Island</b>	2,5	2,3	2,4	2,2	2,5	2,4	2,2	2,3	2,4	2,4	2,5
<b>Liechtenstein</b>	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1
<b>Norwegen</b>	17,1	15,2	14,2	14,1	15,2	12,7	11,0	14,0	15,8	15,5	17,3
<b>Schweiz</b>	20,4	17,7	16,4	15,9	15,9	11,1	10,6	8,8	12,9	11,8	13,1

(1) Bruch in der Zeitreihe 1998.

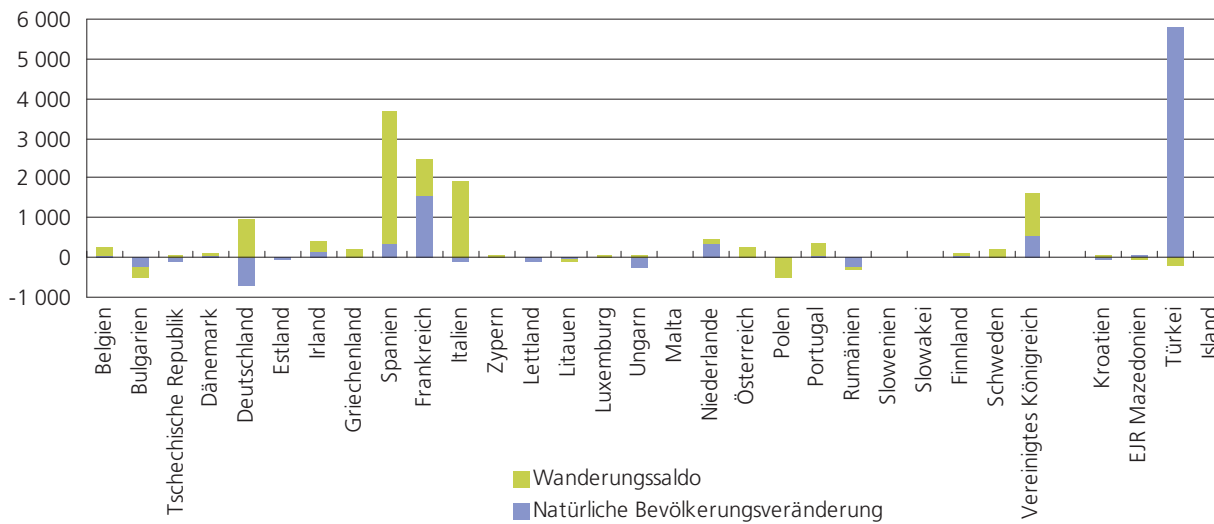
Quelle: Eurostat (tps00007)





Abbildung SP.15: Wanderungssaldo und natürliche Bevölkerungsveränderung, 2000-2005 (1)

(in Tsd.)

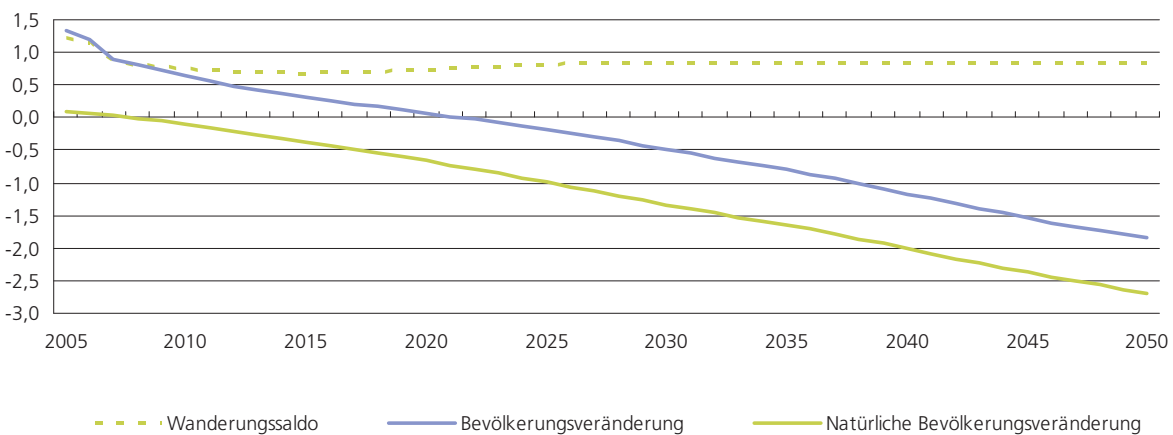


(1) Absolute Zahlen für den Gesamtzeitraum.

Quelle: Eurostat (tps00007 und tps00008)

Abbildung SP.16: Vorausschätzungen der Bevölkerungsveränderung, des Wanderungssaldos und der natürlichen Bevölkerungsveränderung, EU-27

(in Mio.)

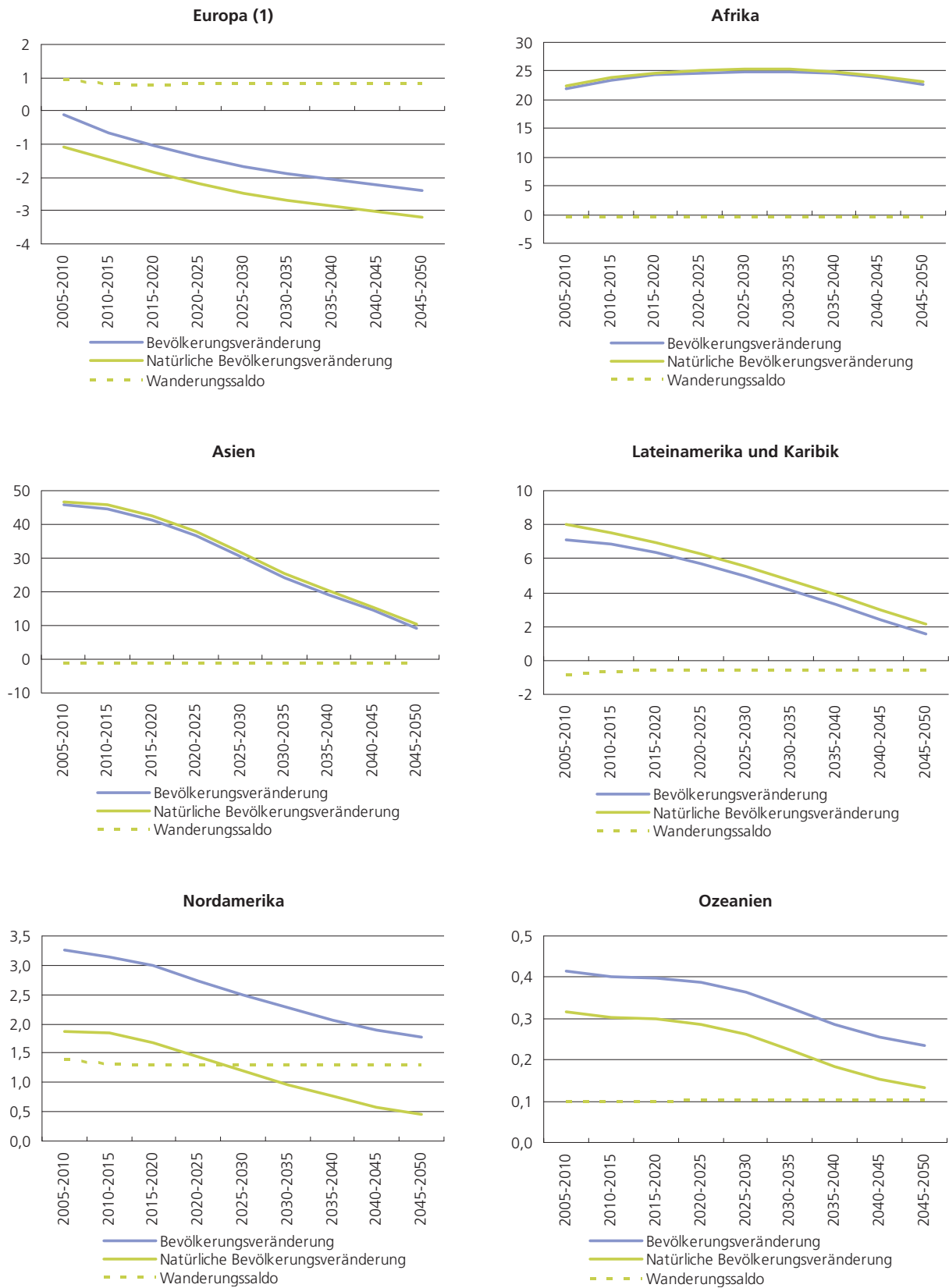


Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_eve und proj\_tbp\_asm)



Abbildung SP.17: UN Vorausschätzungen der mittleren jährlichen Bevölkerungsveränderung, des Wanderungssaldos und der natürlichen Bevölkerungsveränderung

(in Mio)



(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten



## GEBURTEN

### EINLEITUNG

Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in der EU-27 lässt sich zum Teil darauf zurückführen, dass die Menschen im Allgemeinen weniger Kinder bekommen. So sind die Fruchtbarkeitsziffern in der EU in den letzten Jahrzehnten gesunken. Es wird davon ausgegangen, dass das Reproduktionsniveau bei einer Gesamtfuchtbarkeitsziffer von rund 2,1 Kindern je Frau gewährleistet ist, d. h. diese durchschnittliche Kinderzahl je Frau ist erforderlich, um bei der theoretischen Annahme einer Nullmigration die natürliche Bevölkerung langfristig stabil zu halten. Die Gesamtfuchtbarkeitsziffer in der EU-27 ging von fast 2,6 in der ersten Hälfte der 1960er Jahre auf etwa 1,4 im Zeitraum 1995-2005 zurück.

Während die Fruchtbarkeitsziffern bei Frauen unter 30 Jahren seit den 1970er Jahren gesunken sind, haben sie sich bei Frauen im Alter von 30 Jahren und darüber seit den 1980er Jahren erhöht. Somit dürfte der Rückgang der Fruchtbarkeit in der EU zum Teil eine Folge des Geburtenaufschubs sein.

Relativ hoch sind die Fruchtbarkeitsziffern in der Regel in jenen Mitgliedstaaten, die eine Reihe von familienfreundlichen Maßnahmen durchgeführt haben, wie z. B. Einführung zugänglicher und erschwinglicher Kinderbetreuung und/oder flexiblerer Arbeitszeitmuster (Frankreich, die nordischen Länder oder die Niederlande). Es herrscht größtenteils Einigkeit darüber, dass die Fruchtbarkeitsziffer steigt, wenn es entsprechende Anreize gibt, wie etwa durch höheres Wirtschaftswachstum und höhere soziale Sicherheit, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung von Familien, Familienleistungen, Verfügbarkeit geeigneter Wohnungen oder eine Reihe politischer Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, z. B. flexiblere Arbeitszeitregelungen (Teilzeit- oder Telearbeit). Während herkömmliche Analysen die Vermutung nahelegen könnten, der Rückgang der Fruchtbarkeitsziffern hänge mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen zusammen, lässt sich in vielen Ländern eindeutig eine positive Wirkung nachweisen, so beispielsweise in den nordischen Ländern oder in Spanien, wo erwerbstätige Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss in der Regel mehr Kinder haben als Frauen mit niedrigerem Bildungsabschluss.

### DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Lebendgeburten sind definiert als Geburten von Kindern, die Lebenszeichen aufweisen. In der Anzahl dieser Geburten sind Totgeborene nicht berücksichtigt (Geburten insgesamt umfassen Lebendgeburten und Totgeborene).

Außereheliche Lebendgeburten sind definiert als Geburten, bei denen der Familienstand der Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ein anderer ist als verheiratet.

Die Bruttogeburtenziffer ist das Verhältnis der Zahl der Geburten in einem Jahr zur durchschnittlichen Bevölkerung im selben Jahr; der Wert wird je 1 000 Einwohner angegeben.

Gesamtfuchtbarkeitsziffern sind definiert als die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die endgültige Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte, die sich durch Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres ermitteln lässt (es wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen Altersgruppen gleich groß ist).

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern sind definiert als das Verhältnis der Anzahl der Geburten von Müttern im Alter von  $x$  Jahren zur durchschnittlichen weiblichen Bevölkerung im Alter von  $x$  Jahren. Um internationale Datenvergleiche zu ermöglichen, rechnet Eurostat die anhand des Alters am letzten Geburtstag ermittelten Zahlen in Werte auf der Grundlage des im betrachteten Kalenderjahr erreichten Alters um.

Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt ist definiert als das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder. Für ein bestimmtes Kalenderjahr lässt sich das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt mit Hilfe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern berechnen (im Allgemeinen liegt das fortpflanzungsfähige Alter zwischen 15 und 49 Jahren). Die endgültige Kinderzahl ist definiert als die durchschnittliche Anzahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Sie wird berechnet durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich das Alter zwischen 15 und 49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen anhand der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten zu verzeichnen waren, ohne dass man abwarten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.

### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Bei einem weltweiten Vergleich der Fruchtbarkeitsziffern treten erhebliche Unterschiede zutage: Die einzigen Erdteile, die für den Zeitraum 2000-2005 Fruchtbarkeitsziffern unter dem natürlichen Reproduktionsniveau von 2,1 meldeten, waren Europa (1,41) und Nordamerika (1,99); darüber hinaus lag die Fruchtbarkeit auch in China (1,70), Russland (1,30) und Japan (1,29) deutlich unter diesem Niveau. Die höchste Fruchtbarkeitsziffer verzeichnete Afrika (4,98); dagegen meldeten Lateinamerika einschließlich des karibischen Raums (2,52), Asien (2,47) und Ozeanien (2,37) ebenfalls Raten leicht unter dem Weltdurchschnitt von 2,65.

Das Verhältnis der Zahl der Geburten zur Gesamtbevölkerung wird in der Bruttogeburtenziffer angegeben. Europa war im Zeitraum 2000-2005 der Erdteil mit der niedrigsten Bruttogeburtenziffer (10,2 Geburten je 1 000 Einwohner), die ungefähr der Hälfte des weltweiten Durchschnitts von 21,1 entsprach. Innerhalb der EU-27 schwankten die Raten während dieses Fünfjahreszeitraums zwischen 10,3 und 10,6 und lagen damit leicht über den aktuellen Bruttogeburtenziffern für Russland (9,9) und Japan (9,0), aber unter den Raten für China (13,6), die USA (14,1) und Indien (25,1).



Die Fruchtbarkeitsziffer in der EU-27 sank im Zeitraum 1960-1999 relativ schnell von durchschnittlich 2,59 Kindern je Frau auf 1,42. In der Folgezeit stieg sie wieder leicht an und lag 2004 bei 1,5 – während des zurückliegenden Zehnjahreszeitraums wurden in der EU-27 in fast jedem Jahr knapp über 5 Millionen Lebendgeburten gemeldet. Hinter diesen aggregierten Zahlen verbergen sich jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: Nachdem die Fruchtbarkeitsziffern zunächst in den nördlichen Ländern drastisch gesunken waren, folgten in den 1980er Jahren die südeuropäischen Länder und in den 1990er Jahren viele der 12 Mitgliedstaaten, die seit Kurzem der EU angehören. Im Jahr 2005 zählten die süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten zu den Ländern mit den niedrigsten Fruchtbarkeitsziffern in der EU-27.

Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt stieg 2005 in fünf Mitgliedstaaten (Spanien, Italien, Niederlande, Schweden und Dänemark) auf über 30 Jahre und lag in weiteren zehn Mitgliedstaaten zwischen 29 und 30 Jahren. Der Trend zum Geburtenaufschub war in den letzten zehn Jahren in der Tschechischen Republik, den baltischen Staaten, Ungarn und Slowenien besonders stark ausgeprägt; das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt erhöhte sich dort im Zeitraum 1995-2005 um mindestens zwei Jahre.

Außereheliche Geburten machen einen immer größeren Anteil an der Gesamtzahl der Geburten aus, was zum Teil mit der wachsenden Verbreitung eheähnlicher Gemeinschaften zusammenhängt. Im Jahr 2005 wurden in der EU-27 fast 33 % aller Kinder außerehelich geboren. In Schweden und Estland waren es sogar mehr als die Hälfte und in Dänemark, Frankreich, Lettland, Slowenien, Finnland und dem Vereinigten Königreich rund 40 %.

Schätzungen zufolge wird die absolute Zahl der Geburten im Zeitraum 2005-2030 in folgenden Regionen besonders stark zunehmen: in den niederländischen Regionen Flevoland, Utrecht, Groningen und Noord-Holland, in Åland (Finnland), in Sydsverige und Västsvrige (Schweden) sowie in den Provinzen Luxembourg und Namur (Belgien)<sup>(5)</sup>. Im Gegensatz dazu ist in Voreio Aigaio (Griechenland), Castilla y León, Galicia und Principado de Asturias (alle Spanien), Severozapaden (Bulgarien) und Chemnitz (Deutschland) mit einer sehr deutlichen Abnahme der Zahl der Geburten um 40 bis 45 % zu rechnen, während für die Region Dessau (ebenfalls Deutschland) sogar ein Gesamtrückgang um über 50 % prognostiziert wird.

(5) Für Frankreich und das Vereinigte Königreich liegen keine Daten vor.

### QUELLEN

#### Statistical books

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006  
Bevölkerungsstatistik (mit CD-ROM)  
Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung

#### Pocketbooks

Living conditions in Europe – statistical pocketbook – data 2002-2005

#### Methodologies and working documents

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005  
Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators  
Study of low fertility in the regions of the European Union: places, periods and causes

#### Website-Daten

##### Demographie

Demographie – Nationale Daten

Wichtigste Bevölkerungsindikatoren

Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten

Fruchtbarkeit

Fruchtbarkeitsziffern

Lebendgeburten nach Monat

Lebendgeburten nach Familienstand und vollendetem Lebensjahr der Mutter (Geburtsjahrmethode)

Lebendgeburten nach Familienstand und von der Mutter im laufenden Jahr erreichtem Alter (Geburtsjahrmethode)

Fruchtbarkeitsziffern nach Alter

Geburten nach Folge und vollendetem Lebensjahr der Mutter (Geburtsjahrmethode)

Geburten nach Folge und von der Mutter im laufenden Jahr erreichtem Alter (Geburtsjahrmethode)

Geburtenhäufigkeitsziffern nach Folge und Alter, nach Generation

Demographie – Regionale Daten

Bevölkerungsentwicklung

Geburten und Sterbefälle

Geburten nach Altersjahr der Mutter

##### Bevölkerungsvorausschätzungen

EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene

EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene


**Tabelle SP8: Durchschnittliche Zahl der Lebendgeburten pro Jahr**

(in Tsd.)

	1960-65	1965-70	1970-75	1975-80	1980-85	1985-90	1990-95	1995-00	2000-05
<b>Welt</b>	111 829	117 740	119 550	120 479	128 653	136 825	135 888	133 632	133 493
<b>Europa (1)</b>	11 873	10 838	10 453	10 128	10 080	9 806	8 366	7 431	7 419
<b>Afrika</b>	14 449	16 066	18 151	20 550	23 311	25 728	27 850	30 062	32 816
<b>Asien</b>	70 704	76 143	75 917	74 190	78 945	84 627	82 844	79 547	76 623
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	9 691	10 233	10 804	11 389	11 769	11 790	11 757	11 683	11 601
<b>Nordamerika</b>	4 663	4 002	3 735	3 760	4 064	4 356	4 518	4 341	4 461
<b>Ozeanien</b>	449	459	491	463	484	518	554	567	573
<b>EU-27</b>	7 595	7 501	6 944	6 473	6 166	5 919	5 554	5 106	5 059
<b>China</b>	26 313	28 798	25 131	20 745	21 627	24 721	21 555	19 848	17 569
<b>Indien</b>	19 108	20 241	21 699	23 452	25 048	26 524	27 890	27 728	27 408
<b>Japan</b>	1 662	1 793	2 147	1 759	1 533	1 281	1 213	1 213	1 141
<b>Russische Föderation</b>	2 585	1 854	2 027	2 163	2 371	2 363	1 620	1 326	1 441
<b>USA</b>	4 197	3 618	3 383	3 396	3 689	3 973	4 123	3 992	4 124

(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (tps00111), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Lebendgeburten sind die Geburten der Kinder, die Lebenszeichen aufweisen (Geburten insgesamt minus Totgeborene).

Tabelle SP.9: Zahl der Lebendgeburten

(in Tsd.)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>EU-27 (1)</b>	5 132,9	5 117,9	5 075,0	5 072,5	5 123,1	5 021,9	4 993,2	5 040,7	5 116,8	5 134,4	:
<b>Eurozone (1)</b>	3 162,8	3 186,0	3 178,1	3 207,7	3 275,9	3 224,3	3 218,4	3 233,6	3 269,5	3 257,1	:
<b>Belgien</b>	116,4	116,2	114,5	113,5	116,3	114,0	111,1	112,1	115,6	117,8	:
<b>Bulgarien</b>	72,2	64,1	65,4	72,3	73,7	68,2	66,5	67,4	69,9	71,1	74,0
<b>Tsch. Republik</b>	90,4	90,7	90,5	89,5	90,9	90,7	92,8	93,7	97,7	102,2	105,8
<b>Dänemark</b>	67,6	67,6	66,2	66,2	67,1	65,5	64,1	64,7	64,6	64,3	65,0
<b>Deutschland</b>	796,0	812,2	785,0	770,7	767,0	734,5	719,3	706,7	705,6	685,8	675,0
<b>Estland</b>	13,2	12,6	12,2	12,4	13,1	12,6	13,0	13,0	14,0	14,4	14,9
<b>Irland</b>	50,7	52,8	54,0	53,9	54,8	57,9	60,5	61,5	62,0	61,0	:
<b>Griechenland</b>	100,7	102,0	100,9	100,6	103,3	102,3	103,6	104,4	105,7	107,5	111,0
<b>Spanien</b>	362,6	369,0	365,2	380,1	397,6	406,4	418,8	441,9	454,6	466,4	475,0
<b>Frankreich</b>	764,7	758,1	768,6	776,5	808,2	804,1	793,6	793,9	800,2	807,8	830,9
<b>Italien</b>	528,1	534,5	515,4	537,2	543,1	535,3	538,2	544,1	562,6	554,0	560,0
<b>Zypern</b>	9,6	9,3	8,9	8,5	8,4	8,2	7,9	8,1	8,3	8,2	8,8
<b>Lettland</b>	19,8	18,8	18,4	19,4	20,2	19,7	20,0	21,0	20,3	21,5	22,3
<b>Litauen</b>	39,1	37,8	37,0	36,4	34,1	31,5	30,0	30,6	30,4	30,5	31,3
<b>Luxemburg</b>	5,7	5,5	5,4	5,6	5,7	5,5	5,3	5,3	5,5	5,4	5,5
<b>Ungarn</b>	105,3	100,4	97,3	94,6	97,6	97,0	96,8	94,6	95,1	97,5	99,9
<b>Malta</b>	5,0	4,8	4,7	4,4	4,4	4,0	3,9	4,1	3,9	3,9	3,9
<b>Niederlande</b>	189,5	192,4	199,4	200,4	206,6	202,6	202,1	200,3	194,0	187,9	185,1
<b>Österreich</b>	88,8	84,0	81,2	78,1	78,3	75,5	78,4	76,9	79,0	78,2	77,9
<b>Polen</b>	428,2	412,6	395,6	382,0	378,3	368,2	353,8	351,1	356,1	364,4	374,2
<b>Portugal</b>	110,4	113,0	113,5	116,0	120,0	112,8	114,4	112,5	109,3	109,4	105,4
<b>Rumänien</b>	231,3	236,9	237,3	234,6	234,5	220,4	210,5	212,5	216,3	221,0	219,5
<b>Slowenien</b>	18,8	18,2	17,9	17,5	18,2	17,5	17,5	17,3	18,0	18,2	18,9
<b>Slowakei</b>	60,1	59,1	57,6	56,2	55,2	51,1	50,8	51,7	53,7	54,4	53,9
<b>Finnland</b>	60,7	59,3	57,1	57,6	56,7	56,2	55,6	56,6	57,8	57,7	58,8
<b>Schweden</b>	95,3	90,5	89,0	88,2	90,4	91,5	95,8	99,2	100,9	101,3	105,9
<b>Ver. Königreich</b>	732,9	726,6	716,9	700,0	679,0	669,1	668,8	695,5	716,0	722,5	748,5
<b>Kroatien</b>	53,8	55,5	47,1	45,2	43,7	41,0	40,1	39,7	40,3	42,5	41,4
<b>EJR Mazedonien</b>	31,4	29,5	29,2	27,3	29,3	27,0	27,8	27,0	23,4	22,5	22,6
<b>Türkei</b>	1 486,0	1 500,0	1 505,0	1 501,0	1 494,0	1 486,0	1 482,0	1 479,0	1 360,0	1 361,0	1 362,0
<b>Island</b>	4,3	4,2	4,2	4,1	4,3	4,1	4,0	4,1	4,2	4,3	4,4
<b>Liechtenstein</b>	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
<b>Norwegen</b>	60,9	59,8	58,4	59,3	59,2	56,7	55,4	56,5	57,0	56,8	58,5
<b>Schweiz</b>	83,0	80,6	78,9	78,4	78,5	72,3	72,4	71,8	73,1	72,9	73,6

(1) Bruch in der Zeitreihe 1998.

Quelle: Eurostat (tps00111)



**Tabelle SP.10: Bruttogeburtenziffer**

(in ‰)

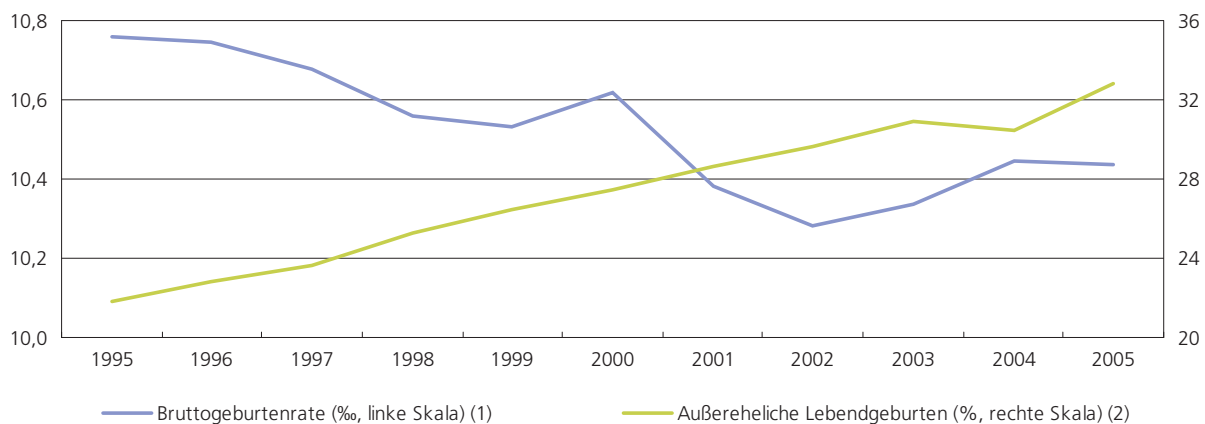
	1960-65	1965-70	1970-75	1975-80	1980-85	1985-90	1990-95	1995-00	2000-05
<b>Welt</b>	35,1	33,4	30,8	28,3	27,6	27,0	24,7	22,6	21,1
<b>Europa (1)</b>	19,2	16,8	15,7	14,8	14,4	13,7	11,5	10,2	10,2
<b>Afrika</b>	48,0	47,0	46,5	45,9	45,1	43,2	40,8	38,9	37,7
<b>Asien</b>	39,2	37,7	33,5	29,5	28,5	27,9	25,0	22,2	20,1
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	41,0	37,9	35,3	33,0	30,6	27,8	25,3	23,2	21,5
<b>Nordamerika</b>	22,0	17,7	15,7	15,1	15,5	15,8	15,5	14,1	13,8
<b>Ozeanien</b>	26,7	24,5	24,0	21,0	20,4	20,1	19,9	18,9	17,8
<b>EU-27</b>	18,4	17,6	15,8	14,3	13,4	12,7	11,7	10,7	10,4
<b>China</b>	38,0	36,9	28,6	21,5	20,9	22,3	18,2	16,0	13,6
<b>Indien</b>	40,7	38,8	37,3	36,0	34,3	32,5	30,7	27,7	25,1
<b>Japan</b>	17,2	17,6	19,9	15,4	12,9	10,5	9,7	9,6	9,0
<b>Russische Föderation</b>	21,0	14,4	15,3	15,9	16,8	16,2	10,9	8,9	9,9
<b>USA</b>	21,8	17,7	15,7	15,1	15,6	15,9	15,7	14,4	14,1

(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (tps00112), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Die Bruttogeburtenziffer setzt die Anzahl der Geburten in einem Jahr zur durchschnittlichen Bevölkerung im selben Jahr ins Verhältnis. Der Wert wird je 1 000 Einwohner ausgewiesen.

**Abbildung SP.18: Außereheliche Lebendgeburten und Bruttogeburtenziffer, EU-27**



(1) Bruch in der Zeitreihe 1998.

(2) Ab 1998 ohne Belgien.

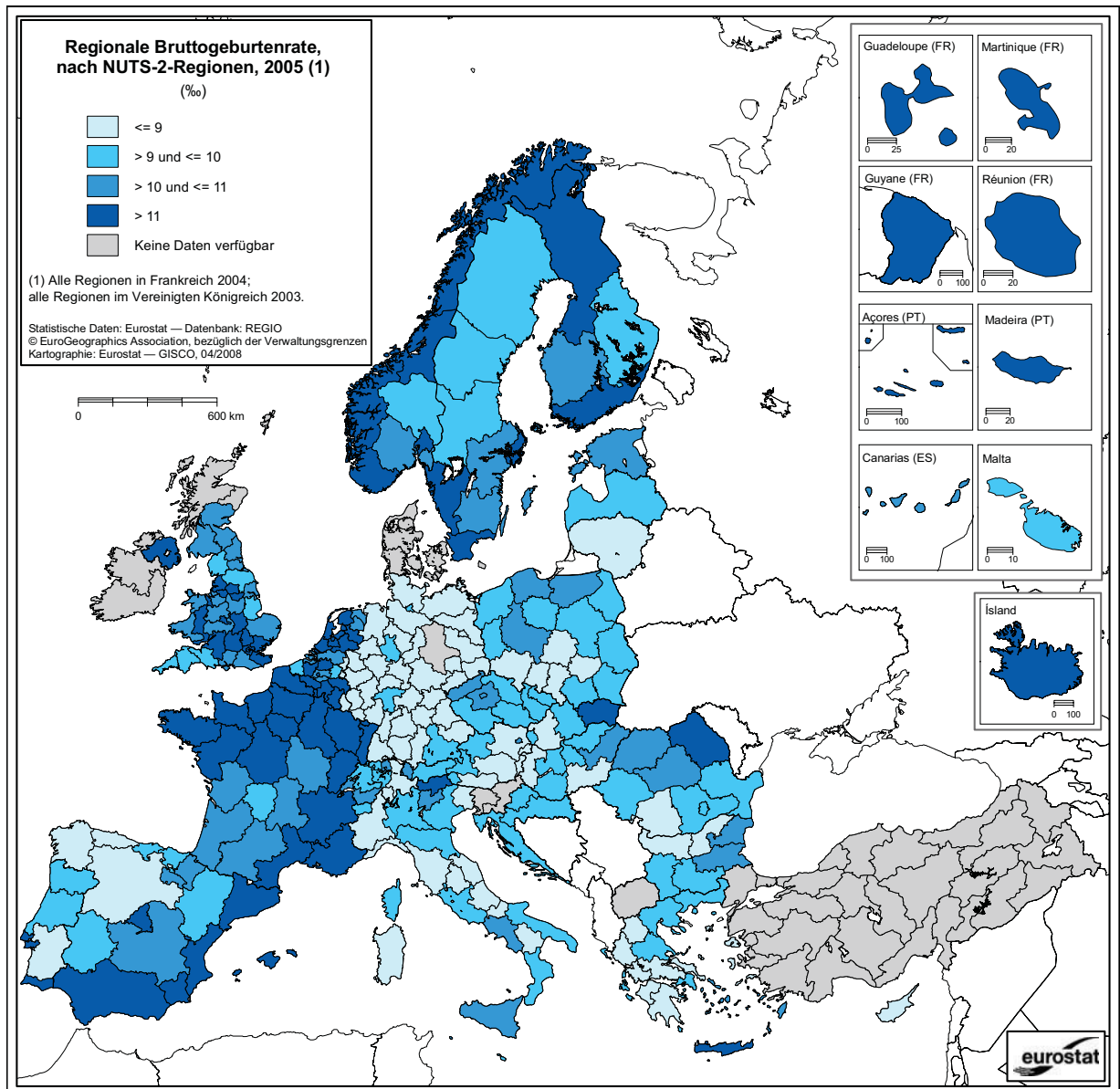
Quelle: Eurostat (tps00018 und tps00112)

Geburten, bei denen der Familienstand der Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ein anderer ist als verheiratet.



### Karte SP.2: Regionale Bruttogeburtenrate nach NUTS-2-Regionen, 2005 (1)

(in ‰)



Quelle: Eurostat (d3natmo)





**Tabelle SP.11: Mittlere Fruchtbarkeitsziffern**

(mittlere Kinderzahl pro Frau)

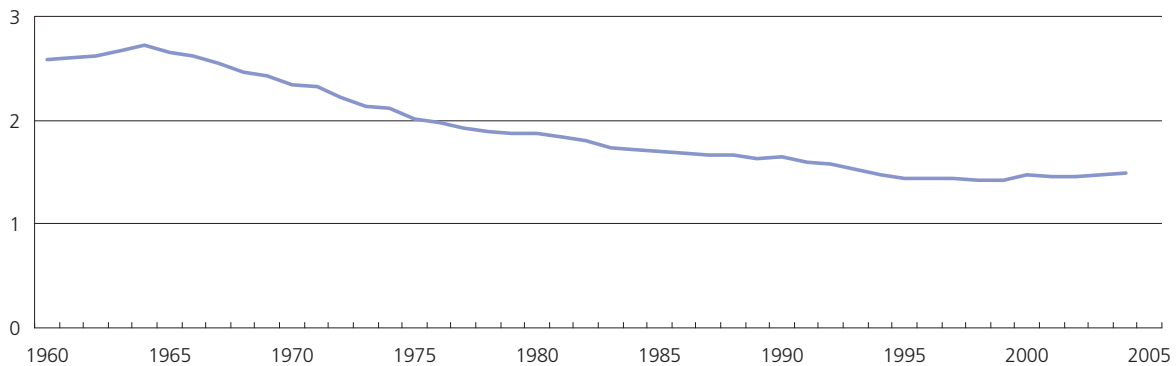
	1960-65	1965-70	1970-75	1975-80	1980-85	1985-90	1990-95	1995-00	2000-05
<b>Welt</b>	4,98	4,90	4,47	3,92	3,58	3,38	3,05	2,80	2,65
<b>Europa (1)</b>	2,58	2,36	2,16	1,97	1,89	1,83	1,57	1,40	1,41
<b>Afrika</b>	6,87	6,80	6,72	6,61	6,45	6,13	5,68	5,28	4,98
<b>Asien</b>	5,65	5,67	5,04	4,19	3,67	3,40	2,97	2,67	2,47
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	5,97	5,54	5,04	4,48	3,92	3,41	3,03	2,73	2,52
<b>Nordamerika</b>	3,35	2,55	2,01	1,78	1,81	1,89	1,99	1,95	1,99
<b>Ozeanien</b>	3,98	3,57	3,23	2,73	2,59	2,51	2,48	2,42	2,37
<b>EU-27</b>	2,64	2,54	2,23	1,94	1,79	1,67	1,56	1,43	1,48
<b>China</b>	5,72	6,06	4,86	3,32	2,55	2,46	1,92	1,78	1,70
<b>Indien</b>	5,82	5,61	5,26	4,89	4,50	4,15	3,86	3,46	3,11
<b>Japan</b>	2,02	2,00	2,07	1,81	1,76	1,66	1,49	1,39	1,29
<b>Russische Föderation</b>	2,55	2,02	2,03	1,94	2,04	2,12	1,55	1,25	1,30
<b>USA</b>	3,31	2,55	2,02	1,79	1,83	1,92	2,03	1,99	2,04

(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_find), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP.19: Fruchtbarkeitsziffer, EU-25**

(mittlere Kinderzahl pro Frau)



Quelle: Eurostat (demo\_find)

**Tabelle SP.12: Fruchtbarkeitsziffer**

(mittlere Kinderzahl pro Frau)

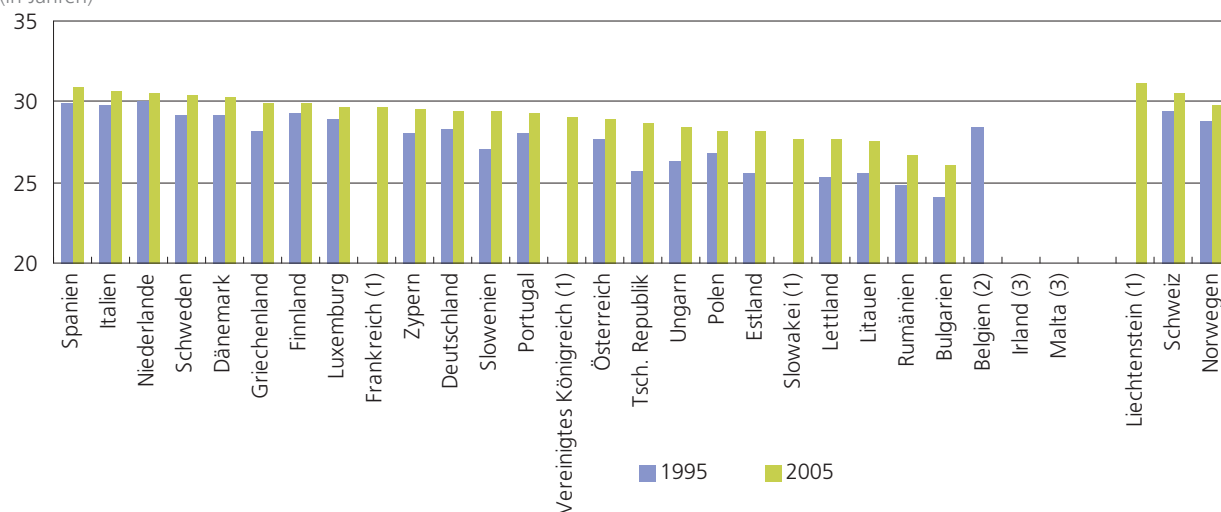
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Belgien	1,56	1,59	1,60	:	:	:	:	:	:	:	:
Bulgarien	1,23	1,23	1,09	1,11	1,23	1,30	1,24	1,21	1,23	1,29	1,31
Tsch. Republik	1,28	1,18	1,17	1,16	1,13	1,14	1,14	1,17	1,18	1,23	1,28
Dänemark	1,80	1,75	1,76	1,73	1,74	1,78	1,76	1,72	1,76	1,78	1,80
Deutschland	:	:	:	:	:	1,38	1,35	1,34	1,34	1,36	1,34
Estland	1,38	1,37	1,32	1,28	1,32	1,38	1,34	1,37	1,37	1,47	1,50
Irland	1,84	1,88	1,93	1,93	1,89	1,88	1,93	1,96	1,95	1,93	1,86
Griechenland	1,31	1,28	1,28	1,26	1,24	1,26	1,25	1,27	1,28	1,30	1,33
Spanien	1,17	1,16	1,17	1,16	1,19	1,23	1,24	1,26	1,31	1,33	1,35
Frankreich	:	:	:	1,78	1,81	1,89	1,90	1,88	1,89	1,92	1,94
Italien	1,19	1,20	1,21	:	1,23	1,26	1,18	1,22	1,24	:	1,31
Zypern	2,02	1,95	1,86	1,76	1,67	1,60	1,37	1,27	1,25	1,47	1,40
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	1,23	1,29	1,24	1,31
Litauen	1,55	1,49	1,47	1,46	1,46	1,39	1,30	1,24	1,26	1,26	1,27
Luxemburg	1,69	1,77	1,71	1,68	1,74	1,76	1,65	1,63	1,63	1,70	1,70
Ungarn	1,57	1,46	1,37	1,32	1,28	1,32	1,31	1,30	1,27	1,28	1,31
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	1,53	1,53	1,56	1,63	1,65	1,72	1,71	1,73	1,75	1,72	1,71
Österreich	1,42	1,45	1,39	1,37	1,34	1,36	1,33	1,39	1,38	1,42	1,40
Polen	:	:	1,51	1,44	1,37	1,35	1,31	1,25	1,22	1,23	1,24
Portugal	1,41	1,44	1,47	1,47	1,50	1,55	1,45	1,47	1,44	1,40	1,40
Rumänien	1,41	1,37	1,40	1,40	1,39	1,39	1,31	1,25	1,27	1,29	1,32
Slowenien	1,29	1,28	1,25	1,23	1,21	1,26	1,21	1,21	1,20	1,25	1,26
Slowakei	1,52	1,47	1,43	1,37	1,33	1,30	1,20	1,18	1,20	1,24	1,25
Finnland	1,81	1,76	1,75	1,70	1,73	1,73	1,73	1,72	1,77	1,80	1,80
Schweden	1,73	1,60	1,52	1,50	1,50	1,54	1,57	1,65	1,71	1,75	1,77
Ver. Königreich	1,71	1,73	1,72	1,71	1,68	1,64	1,63	1,64	1,71	1,76	1,78
Kroatien	:	:	:	:	:	1,46	1,37	:	1,32	1,34	1,41
EJR Mazedonien	2,12	2,07	1,93	1,90	1,76	1,88	1,73	1,80	1,77	1,52	1,46
Island	2,08	2,12	2,04	2,05	1,99	2,08	1,95	1,93	1,99	2,04	2,05
Liechtenstein	:	:	:	:	:	1,57	1,52	1,47	1,36	1,44	1,49
Norwegen	1,87	1,89	1,86	1,81	1,85	1,85	1,78	1,75	1,80	1,83	1,84
Schweiz	1,48	1,50	1,48	1,47	1,48	1,50	1,38	1,39	1,38	1,42	1,42

Quelle: Eurostat (tps00015)

Mittlere Zahl der lebend geborenen Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie während ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die endgültige Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte, die sich durch die Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres ermitteln lässt (dabei geht man davon aus, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen Altersgruppen gleich groß ist). Die Gesamtfuchtbarkeitsrate wird auch als Reproduktionsmaß verwendet; es wird davon ausgegangen, dass der Erhalt der Bevölkerung in den Industrieländern bei einer Rate von 2,1 Kindern je Frau gesichert ist.

**Abbildung SP.20: Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt**

(in Jahren)



(1) 1995 nicht verfügbar.

(2) 2005 nicht verfügbar.

(3) Nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tps00017 und demo\_find)

Mittleres Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder. Für jedes bestimmtes Kalenderjahr wird das durchschnittliche Gebäralter der Frauen mit den Fruchtbarkeitsziffern gewichtet (im allgemeinen wird als gebärfähiges Alter 15 bis 49 Jahre angenommen). So berechnet ist das Durchschnittsalter nicht von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst (d.h. der Zahl der Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen) und eignet sich daher besser für geographische und zeitliche Vergleiche.


**Tabelle SP.13: Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt**

(in Jahren)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>Belgien</b>	28,4	28,5	28,6	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Bulgarien</b>	24,2	24,4	24,5	24,5	24,7	25,0	25,1	25,3	25,5	25,7	26,0
<b>Tsch. Republik</b>	25,8	26,1	26,4	26,6	26,9	27,2	27,5	27,8	28,0	28,3	28,7
<b>Dänemark</b>	29,2	29,3	28,9	29,0	29,1	29,2	29,2	29,9	30,0	30,1	30,2
<b>Deutschland</b>	28,3	28,4	28,5	28,6	28,7	28,7	28,8	29,0	29,1	29,3	29,4
<b>Estland</b>	25,5	25,8	26,1	26,3	26,5	27,0	27,2	27,5	27,7	27,9	28,2
<b>Irland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Griechenland</b>	28,2	28,4	28,6	28,7	28,9	29,6	29,2	29,3	29,5	29,6	29,9
<b>Spanien</b>	30,0	30,2	30,4	30,5	30,6	30,7	30,7	30,8	30,8	30,9	30,9
<b>Frankreich</b>	:	:	:	29,3	29,3	29,3	29,3	29,4	29,5	29,6	29,6
<b>Italien</b>	29,7	29,9	30,4	:	30,3	30,3	30,4	30,6	30,7	:	30,7
<b>Zypern</b>	28,1	28,1	28,3	28,4	28,6	28,7	28,9	29,1	29,2	29,2	29,5
<b>Lettland</b>	25,4	25,5	25,9	26,2	26,3	26,7	26,9	27,1	27,2	27,4	27,7
<b>Litauen</b>	25,6	25,7	26,0	26,3	26,4	26,6	26,8	26,9	27,1	27,4	27,5
<b>Luxemburg</b>	28,9	29,2	29,2	29,2	29,4	29,3	29,3	29,5	29,6	29,7	29,7
<b>Ungarn</b>	26,3	26,5	26,6	26,8	27,0	27,3	27,6	27,8	28,0	28,2	28,5
<b>Malta</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Niederlande</b>	30,0	30,1	30,2	30,2	30,3	30,3	30,3	30,3	30,4	30,5	30,5
<b>Österreich</b>	27,7	27,8	27,9	28,0	28,1	28,2	28,4	28,6	28,8	28,8	29,0
<b>Polen</b>	26,9	27,0	27,1	27,2	27,3	27,4	27,6	27,8	27,9	28,1	28,2
<b>Portugal</b>	28,0	28,1	28,3	28,4	28,5	28,6	28,8	28,9	29,0	29,2	29,3
<b>Rumänien</b>	24,9	25,1	25,1	25,3	25,5	25,7	25,8	26,1	26,2	26,4	26,7
<b>Slowenien</b>	27,0	27,3	27,5	27,8	28,0	28,2	28,5	28,8	28,9	29,2	29,4
<b>Slowakei</b>	:	:	26,0	26,2	26,4	25,8	26,8	27,0	27,3	27,4	27,7
<b>Finnland</b>	29,3	29,3	29,4	29,5	29,6	29,6	29,7	29,7	28,9	29,9	29,9
<b>Schweden</b>	29,2	29,4	29,5	29,7	29,8	29,9	30,0	30,1	30,3	30,4	30,5
<b>Ver. Königreich</b>	:	:	28,3	28,4	28,4	28,5	28,6	28,7	28,8	29,0	29,0
<b>Kroatien</b>	:	:	:	:	:	27,8	27,9	:	28,0	28,2	28,4
<b>EJR Mazedonien</b>	:	:	:	26,2	26,2	26,4	26,6	26,7	26,8	27,0	27,2
<b>Island</b>	28,7	28,8	28,6	28,8	28,7	28,9	29,1	29,3	29,3	29,5	29,4
<b>Liechtenstein</b>	:	:	:	:	:	30,1	29,8	30,8	29,6	31,0	31,1
<b>Norwegen</b>	28,8	28,9	29,1	29,2	29,3	29,3	29,4	29,5	29,7	29,7	29,8
<b>Schweiz</b>	29,4	29,5	29,6	29,7	29,7	29,8	30,0	30,1	30,2	30,4	30,5

Quelle: Eurostat (tps00017)



**Tabelle SP.14: Endgültige Kinderzahl nach Geburtskohorte der Mutter**

(mittlere Kinderzahl pro Frau)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
<b>Belgien</b>	1,87	1,84	1,84	1,81	1,80	1,78	1,76	:	:	:	:	:
<b>Bulgarien</b>	:	:	1,87	1,86	1,87	1,81	1,81	1,77	1,73	1,67	1,64	1,61
<b>Tsch. Republik</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Dänemark</b>	1,87	1,89	1,88	1,88	1,89	1,89	1,89	1,92	1,95	1,95	1,95	1,92
<b>Deutschland</b>	1,66	1,63	1,61	1,59	1,56	1,55	1,52	1,49	1,48	1,47	1,47	1,47
<b>Estland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Irland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Griechenland</b>	1,97	1,86	1,84	1,78	1,79	1,77	1,75	1,78	1,71	1,63	1,57	1,52
<b>Spanien</b>	1,79	1,70	1,67	1,66	1,69	1,61	1,58	1,58	1,52	1,48	1,45	:
<b>Frankreich</b>	2,12	2,09	2,08	2,07	2,04	2,03	2,02	2,01	2,01	1,99	1,99	1,97
<b>Italien</b>	1,68	1,63	1,62	1,59	1,56	1,54	1,51	1,50	:	:	:	:
<b>Zypern</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Lettland</b>	1,92	1,91	1,91	1,88	1,86	1,84	1,80	1,82	1,79	1,77	1,69	1,64
<b>Litauen</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Luxemburg</b>	1,74	1,77	1,81	1,80	1,84	1,83	1,86	1,87	1,81	1,82	1,83	1,84
<b>Ungarn</b>	2,01	2,03	2,03	1,99	1,98	1,97	1,96	1,94	1,91	1,88	1,83	1,81
<b>Malta</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Niederlande</b>	1,86	1,83	1,83	1,81	1,79	1,78	1,78	1,77	1,76	1,75	1,74	:
<b>Österreich</b>	1,58	1,57	1,58	1,58	1,59	1,62	1,62	1,61	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Polen</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Portugal</b>	1,88	1,86	1,87	1,82	1,82	1,82	1,81	1,79	1,74	1,70	1,66	1,64
<b>Rumänien</b>	2,16	2,11	2,04	2,02	1,97	1,91	1,85	1,65	1,68	1,68	1,66	1,67
<b>Slowenien</b>	:	:	:	:	:	:	:	1,72	1,67	1,62	:	:
<b>Slowakei</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Finnland</b>	1,96	1,95	1,93	1,93	1,91	1,91	1,89	1,87	1,90	1,89	1,86	:
<b>Schweden</b>	2,05	2,03	2,03	2,02	2,01	2,00	1,99	1,98	1,98	1,97	1,96	:
<b>Ver. Königreich</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Island</b>	2,47	2,50	2,38	2,43	2,40	2,39	2,34	2,41	2,38	2,28	2,35	2,29
<b>Norwegen</b>	2,09	2,10	2,10	2,08	2,08	2,08	2,07	2,06	2,07	2,05	2,04	2,02
<b>Schweiz</b>	1,71	1,82	1,74	1,69	1,67	1,66	1,66	1,65	1,63	1,63	1,60	:

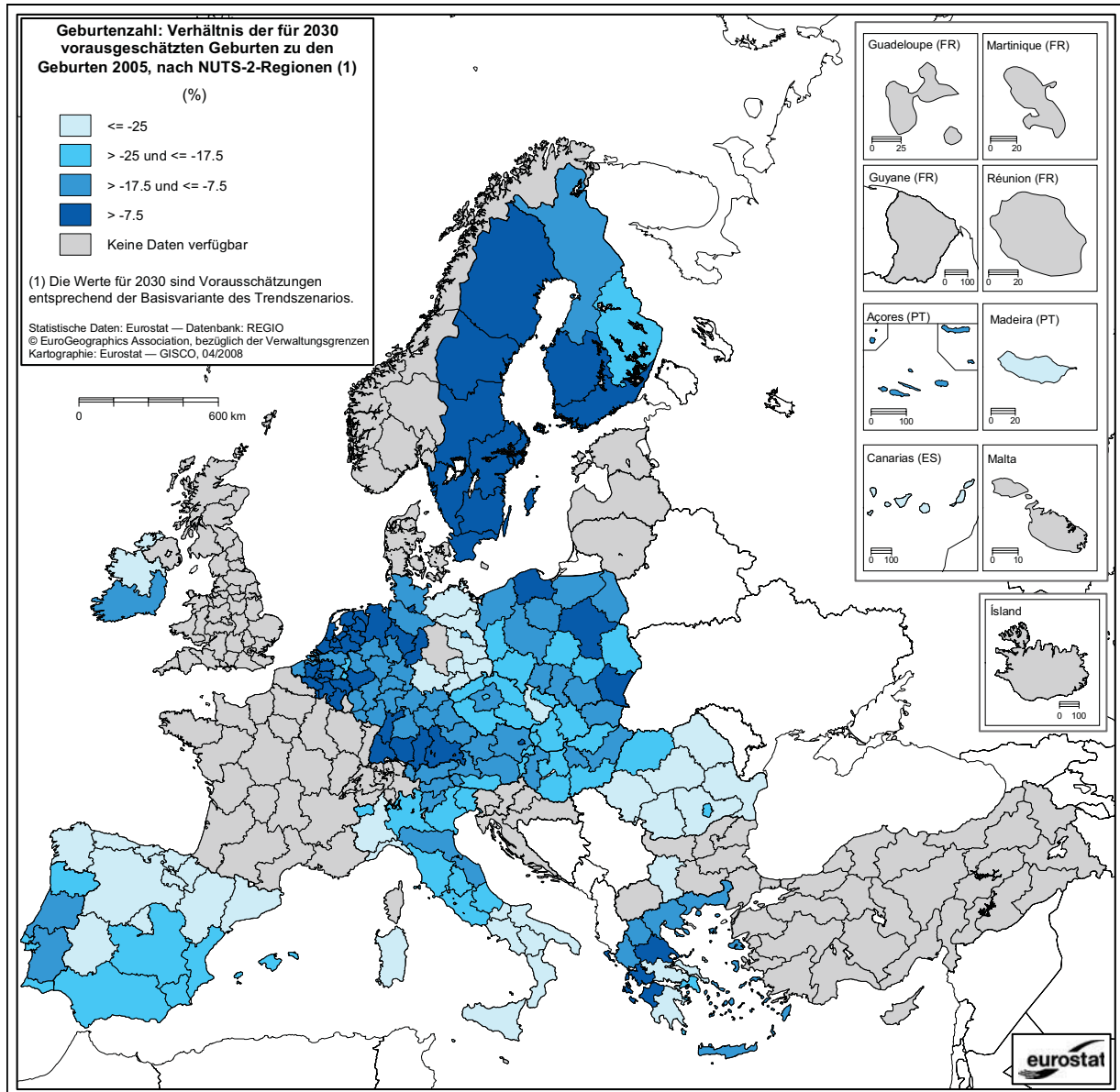
Quelle: Eurostat (tps00016)

Mittlere Zahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Errechnet wird dies durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Mutter, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich ein Alter von 15-49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen unter Verwendung der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten verzeichnet wurden, ohne dass man warten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.



**Karte SP3: Geburtenzahl: Verhältnis der für 2030 vorausgeschätzten Geburten zu den Geburten 2005 nach NUTS-2-Regionen (1)**

(in %)



Quelle: Eurostat (proj\_rtbp\_dem\_eve)



**Tabelle SP.15: Angenommene zukünftige Fruchtbarkeitsziffer - Basisvariante**

(mittlere Kinderzahl pro Frau)

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
<b>Belgien</b>	1,63	1,66	1,68	1,69	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70	1,70
<b>Bulgarien</b>	1,21	1,25	1,29	1,34	1,39	1,44	1,47	1,49	1,50	1,50
<b>Tsch. Republik</b>	1,15	1,24	1,37	1,44	1,48	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
<b>Dänemark</b>	1,77	1,78	1,78	1,79	1,79	1,79	1,80	1,80	1,80	1,80
<b>Deutschland</b>	1,37	1,41	1,43	1,44	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45
<b>Estland</b>	1,40	1,45	1,49	1,54	1,58	1,60	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Irland</b>	1,95	1,89	1,84	1,81	1,80	1,80	1,80	1,80	1,80	1,80
<b>Griechenland</b>	1,32	1,41	1,47	1,49	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
<b>Spanien</b>	1,31	1,36	1,39	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40
<b>Frankreich</b>	1,88	1,87	1,86	1,86	1,85	1,85	1,85	1,85	1,85	1,85
<b>Italien</b>	1,32	1,38	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40
<b>Zypern</b>	1,45	1,43	1,46	1,49	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
<b>Lettland</b>	1,32	1,42	1,48	1,53	1,57	1,59	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Litauen</b>	1,29	1,30	1,35	1,41	1,49	1,55	1,59	1,60	1,60	1,60
<b>Luxemburg</b>	1,66	1,73	1,77	1,78	1,79	1,79	1,80	1,80	1,80	1,80
<b>Ungarn</b>	1,30	1,33	1,41	1,51	1,57	1,59	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Malta</b>	1,62	1,49	1,49	1,54	1,58	1,60	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Niederlande</b>	1,75	1,76	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75
<b>Österreich</b>	1,40	1,42	1,44	1,44	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45
<b>Polen</b>	1,19	1,19	1,29	1,42	1,53	1,58	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Portugal</b>	1,47	1,52	1,56	1,59	1,60	1,60	1,60	1,60	1,60	1,60
<b>Rumänien</b>	1,30	1,34	1,37	1,40	1,44	1,47	1,49	1,50	1,50	1,50
<b>Slowenien</b>	1,18	1,27	1,38	1,46	1,49	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
<b>Slowakei</b>	1,18	1,18	1,23	1,33	1,43	1,52	1,57	1,59	1,60	1,60
<b>Finnland</b>	1,77	1,78	1,79	1,79	1,80	1,80	1,80	1,80	1,80	1,80
<b>Schweden</b>	1,77	1,84	1,85	1,85	1,85	1,85	1,85	1,85	1,85	1,85
<b>Ver. Königreich</b>	1,72	1,74	1,74	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_asm)



## LEBENSERWARTUNG UND STERBLICHKEIT

### EINLEITUNG

Ein weiterer Faktor, der zur Alterung der EU-Bevölkerung beiträgt, ist die allmählich steigende Lebenserwartung. Dieser Anstieg könnte, zumindest teilweise, auf den höheren Lebensstandard, auf die bessere Gesundheitsversorgung, sowie auf das höhere Gesundheitsbewusstsein zurückzuführen sein. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhöhte sich die Lebenserwartung infolge des Rückgangs der Sterblichkeit durch übertragbare Krankheiten (nähere Informationen zur Säuglingssterblichkeit folgen in Kapitel 3), in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dagegen infolge verbesserter Lebensbedingungen und aufgrund des medizinischen Fortschritts in Bezug auf die ältere Generation; ein wesentlicher Faktor dabei war das Absinken der Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen (nähere Informationen zu Todesursachen folgen in Kapitel 3).

Um den Begriff der Lebenserwartung um die Aspekte Morbidität und Behinderung zu erweitern, wurde ein Satz von Indikatoren für die Gesundheitserwartung entwickelt, der eine Beurteilung der Lebensqualität ermöglichen soll; diese Indikatoren wurden in die Liste der Strukturindikatoren aufgenommen, auf deren Grundlage die Kommission ihren jährlichen Synthesebericht erstellt und damit den Bereich der öffentlichen Gesundheit in die Lissabon-Strategie einbezieht.

Im EG-Vertrag (Titel XIII – Gesundheitswesen, Artikel 152) heißt es: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet.“ Das laufende Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2008) hat folgende Zielsetzungen:

- Verbesserung des Informations- und Wissensstandes im Interesse der Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Verbesserung der Fähigkeit zur schnellen und koordinierten Reaktion auf Gesundheitsgefahren;
- Gesundheitsförderung und Verhütung von Krankheiten durch Berücksichtigung gesundheitsrelevanter Faktoren in allen Politiken und Tätigkeiten.

Die Kommission hat zwei Mitteilungen veröffentlicht, in denen sie eine Strategie für die Gesundheitsversorgungssysteme vorschlägt: „Modernisierung des Sozialschutzes für die Entwicklung einer hochwertigen, zugänglichen und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege: Unterstützung der einzelstaatlichen Strategien durch die „offene Koordinierungsmethode“<sup>(6)</sup> und „Reaktion auf den Reflexionsprozess auf hoher Ebene über die Patientenmobilität und die Entwicklungen der gesundheitlichen Versorgung in der Europäischen Union“<sup>(7)</sup>.

(6) KOM(2004) 304; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0304de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0304de01.pdf).

(7) KOM(2004) 301; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0301de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0301de01.pdf).

## DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Laut Definition der Vereinten Nationen (UN) bezeichnet der Tod das dauerhafte Ausbleiben aller Lebenszeichen zu einem beliebigen Zeitpunkt nach einer Lebendgeburt (postnataler Ausfall aller Lebensfunktionen ohne Möglichkeit der Wiederbelebung); diese Definition erfasst somit nicht den Fetalod.

Lebenserwartungsziffern können für jedes Alter angegeben werden. Sie beziehen sich auf die mittlere Anzahl der Jahre, die eine Person, die ein bestimmtes Alter erreicht hat, noch leben wird, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterblichkeitsbedingungen während der verbleibenden Lebenszeit dieser Person bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit). Die Angaben zur Lebenserwartung beziehen sich am häufigsten auf die Lebenserwartung bei der Geburt, gemessen als mittlere Anzahl der Jahre, die ein Neugeborenes voraussichtlich lebt. Ferner sind Angaben zur altersspezifischen Lebenserwartung möglich; in der vorliegenden Veröffentlichung ist auch die Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren dargestellt.

Durch Angaben zur Gesundheitserwartung wird der Begriff der Lebenserwartung um die Aspekte Morbidität und Behinderung erweitert, um eine Bewertung der Lebensqualität zu ermöglichen. Es handelt sich hierbei um zusammengesetzte Indikatoren, die Sterblichkeitsdaten und gesundheitsbezogene Daten miteinander kombinieren. Der Indikator „gesunde Lebensjahre“ misst die Zahl der Jahre, die eine Person in einem bestimmten Alter noch bei guter Gesundheit leben wird. Eine gute Gesundheit ist definiert durch die Abwesenheit von Funktionseinschränkungen bzw. Behinderungen. Dieser Indikator wird deshalb auch als „behinderungsfreie Lebenserwartung“ bezeichnet. Indikatoren für gesunde Lebensjahre werden nach Geschlecht, bei der Geburt und im Alter von 65 Jahren berechnet.

Die meisten Länder berechnen die Sterblichkeit sowohl auf der Grundlage des Alters in vollendeten Lebensjahren (Alter am letzten Geburtstag) als auch anhand des im Kalenderjahr erreichten Alters. Die altersspezifischen Sterblichkeitsziffern wurden von Eurostat nach einer einheitlichen Definition, d. h. nach dem im Jahr des Ereignisses erreichten Alter, neu berechnet, was eine Neuzusammenstellung der Ziffern nach Geburtskohorten ermöglicht.



### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Einer der vielen Faktoren, die zur Alterung der europäischen Bevölkerung beitragen, ist die steigende Lebenserwartung. Sie hat sich in Europa wie auch in anderen Weltregionen sowohl bei Männern als auch bei Frauen allmählich erhöht, und es wird erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzt. In der EU-27 lag die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt im Jahr 2003 bei 74,6 Jahren für Jungen und bei 80,8 Jahren, d. h. reichlich sechs Jahre höher, für Mädchen. Zwischen den 27 Mitgliedstaaten der EU bestehen weiterhin relativ große Unterschiede: Bei Männern war die Lebenserwartung 2005 in Litauen mit 65,3 Jahren am niedrigsten und in Schweden mit 78,5 Jahren am höchsten; für Frauen verzeichnete Rumänien mit 75,7 Jahren die niedrigste und Frankreich mit 83,8 Jahren (2004) die höchste Lebenserwartung.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Lebenserwartung hingen in den 1960er Jahren noch mit den ungünstigen Sterblichkeitsbedingungen bei Männern zusammen. In den 1980er Jahren setzte hier eine Trendumkehr ein, d. h. der Abstand zwischen Männern und Frauen reduzierte sich zunächst in Nordwesteuropa und in den 1990er Jahren auch in Südeuropa. Während der letzten Jahre verringerte sich die Differenz in der Lebenserwartung weiter, da die Lebenserwartung für Frauen etwas langsamer stieg. Die Angleichung der Lebenserwartung ist möglicherweise auf die Angleichung der Lebensweise von Männern und Frauen in der EU zurückzuführen – so arbeiten jetzt beispielsweise weniger Männer in Wirtschaftszweigen, die während des gesamten Arbeitstages große körperliche Anstrengungen erfordern (Landwirtschaft, Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung). Gleichwohl ist die Sterblichkeit bei Männern während des gesamten Lebenszyklus und in Bezug auf alle Haupttodesursachen anhaltend höher.

Die künftige Entwicklung der Lebenserwartung ist Gegenstand einer breiten Diskussion. Nach den Bevölkerungsprojektionen von Eurostat wird sich die Lebenserwartung am stärksten für Männer in jenen Mitgliedstaaten erhöhen, die seit 2004 der EU beigetreten sind, während sich die Differenz zwischen Männern und Frauen weiter verringern dürfte.

Angaben zur Gesundheitserwartung geben Aufschluss über die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Teilhabe an der Gesellschaft. In vielen Mitgliedstaaten werden zurzeit Maßnahmen erwogen oder bereits durchgeführt, die auf eine Änderung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sowie auf die aktive Förderung der Bereitschaft älterer Menschen zur Verlängerung des Erwerbslebens abzielen. Die Gesundheitserwartung zum Zeitpunkt der Geburt lag 2003 in der EU-15 bei 66,0 gesunden Lebensjahren für Frauen und 64,5 gesunden Lebensjahren für Männer. Die Werte für die einzelnen Länder reichten von weniger als 60 Jahren in Ungarn, den Niederlanden (nur Frauen), Portugal (nur Männer) und Finnland bis zu über 70 gesunden Lebensjahren für Männer wie auch Frauen in Italien.

Da die Menschen länger leben, wächst das Interesse an den älteren Generationen – als potenzielle Erwerbstätige wie auch als spezifische Verbraucherzielgruppe. Ein Blick auf die Lebenserwartung der 65-Jährigen bestätigt dies: Ein Mann in diesem Alter konnte 2005 in Lettland im Durchschnitt mit weiteren 12,5 Lebensjahren und in Schweden sogar mit weiteren 17,4 Lebensjahren rechnen. Bei Frauen war die Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren noch höher und reichte von 16,1 Jahren in Bulgarien bis zu 21,3 Jahren in Spanien.

Bei der Zahl der gesunden Lebensjahre im Alter von 65 Jahren ergibt sich eine deutlich andere Reihenfolge der Mitgliedstaaten als bei der Gesamtlebenserwartung. Dieser Indikator ist von besonderem Interesse für die Beurteilung des künftigen Bedarfs an Gesundheits- und Sozialleistungen und der Möglichkeiten zur Verlängerung des Erwerbslebens bei älteren Menschen. Das Land mit der höchsten Gesundheitserwartung im Alter von 65 Jahren war Italien, und zwar sowohl bei Männern (durchschnittlich 14,4 gesunde Lebensjahre) als auch bei Frauen (11,9 Jahre).

Nach den vorliegenden Vorausschätzungen zur Veränderung der Lebenserwartung ist in Zukunft mit einer wachsenden Zahl alter Menschen zu rechnen. Somit wird in der Bevölkerungspyramide der EU der Anteil alter und sehr alter Menschen immer mehr zunehmen und sich auf einen immer geringer werdenden Anteil jüngerer Menschen stützen. Bis zum Jahr 2050 wird die Lebenserwartung für Männer voraussichtlich auf 74,3 Jahre in Lettland und 83,6 Jahre in Italien steigen, während bei Frauen mit einer Bandbreite zwischen 82,0 Jahren in Rumänien und 89,1 Jahren in Spanien zu rechnen ist.





**QUELLEN**

**Statistical books**

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006

Bevölkerungsstatistik (mit CD-ROM)

Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung

**Pocketbooks**

Living conditions in Europe – statistical pocketbook – data 2002-2005

**Methodologies and working documents**

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005

Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators

**Website-Daten**

**Demographie**

Demographie – Nationale Daten

Wichtigste Bevölkerungsindikatoren

Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten

Sterblichkeit

Sterbefälle nach Monat

Sterblichkeit nach Geschlecht und am letzten Geburtstag erreichten Alter

Sterblichkeit nach Geschlecht und im Kalenderjahr erreichten Alter

Sterbewahrscheinlichkeiten nach Geschlecht und Alter

Lebenserwartung nach Geschlecht und Alter

Demographie – Regionale Daten

Bevölkerungsentwicklung

Geburten und Sterbefälle

Sterbefälle nach Alter und Geschlecht

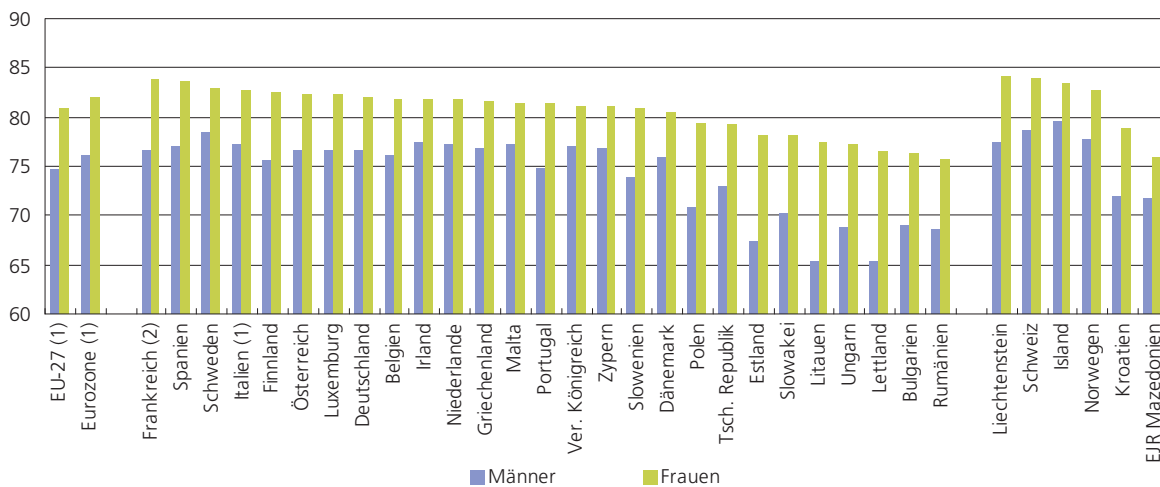
**Bevölkerungsvorausschätzungen**

EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene

EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene

**Abbildung SP.21: Lebenserwartung bei der Geburt, 2005**

(in Jahren)



(1) 2003.  
(2) 2004.

Quelle: Eurostat (tps00025)

Mittlere Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes voraussichtlich lebt, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während seines ganzen Lebens bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).



**Tabelle SP.16: Lebenserwartung bei der Geburt**

(in Jahren)

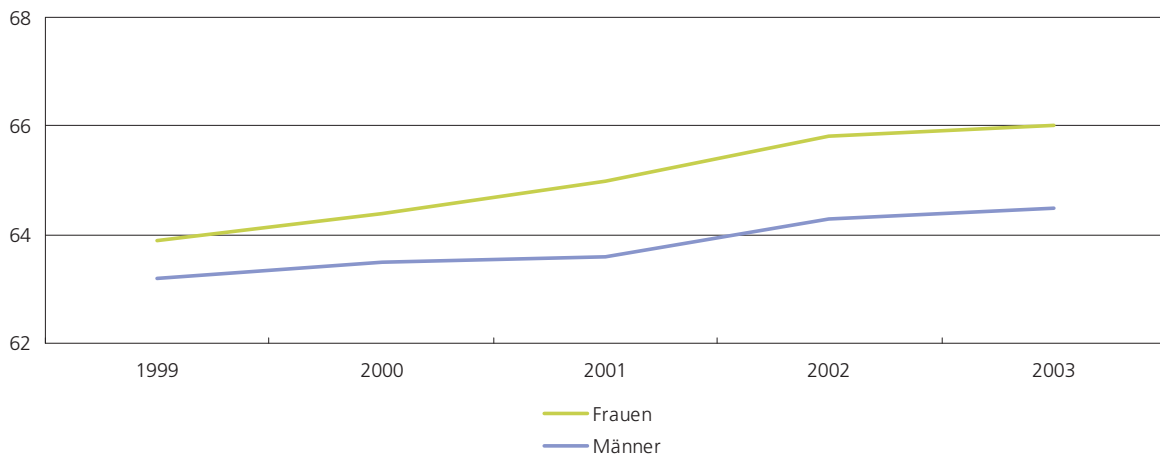
	Männer						Frauen					
	1995	1997	1999	2001	2003	2005	1995	1997	1999	2001	2003	2005
<b>EU-27</b>	:	:	:	:	74,6	:	:	:	:	:	80,8	:
<b>Eurozone</b>	74,0	74,7	75,2	75,5	76,0	:	80,9	81,4	81,7	82,2	82,0	:
<b>Belgien</b>	73,5	74,2	74,4	75,0	75,3	76,2	80,4	80,7	81,0	81,2	81,1	81,9
<b>Bulgarien</b>	67,4	67,0	68,3	68,5	68,9	69,0	74,9	73,8	75,0	75,4	75,9	76,2
<b>Tsch. Republik</b>	69,7	70,5	71,5	72,1	72,0	72,9	76,8	77,6	78,3	78,6	78,6	79,3
<b>Dänemark</b>	72,7	73,6	74,2	74,7	75,0	76,0	77,9	78,6	79,0	79,3	79,8	80,5
<b>Deutschland</b>	73,3	74,1	74,8	75,6	75,8	76,7	79,9	80,5	81,0	81,5	81,3	82,0
<b>Estland</b>	61,5	64,3	64,9	64,9	66,1	67,3	74,3	75,9	76,0	76,4	77,1	78,2
<b>Irland</b>	72,8	73,4	73,4	74,5	75,9	77,3	78,3	78,7	78,9	79,9	80,8	81,7
<b>Griechenland</b>	75,0	75,4	75,5	76,0	76,5	76,8	80,1	80,4	80,5	81,0	81,2	81,6
<b>Spanien</b>	74,4	75,2	75,3	76,2	76,3	77,0	81,8	82,3	82,4	83,2	83,0	83,7
<b>Frankreich</b>	:	:	75,0	75,5	75,8	:	:	:	82,7	83,0	82,7	:
<b>Italien</b>	75,1	75,9	76,6	77,2	77,1	:	81,6	82,1	82,7	83,2	82,8	:
<b>Zypern</b>	:	:	:	:	77,4	76,8	:	:	:	:	81,6	81,1
<b>Lettland</b>	:	:	:	:	65,6	65,4	:	:	:	:	75,9	76,5
<b>Litauen</b>	63,3	65,5	66,3	65,9	66,4	65,3	75,1	76,6	77,0	77,6	77,8	77,3
<b>Luxemburg</b>	73,0	74,0	74,4	75,1	74,8	76,6	80,6	80,0	81,4	80,7	80,8	82,2
<b>Ungarn</b>	65,5	66,7	66,7	68,2	68,4	68,7	74,8	75,5	75,6	76,7	76,7	77,2
<b>Malta</b>	74,8	75,2	75,3	76,6	76,4	77,3	79,6	80,0	79,4	81,2	80,8	81,4
<b>Niederlande</b>	74,6	75,2	75,4	75,8	76,3	77,3	80,5	80,7	80,5	80,8	81,0	81,7
<b>Österreich</b>	73,4	74,1	74,9	75,7	75,9	76,7	80,1	80,7	81,0	81,7	81,5	82,3
<b>Polen</b>	:	68,5	:	70,0	70,5	70,8	:	77,0	:	78,4	78,8	79,3
<b>Portugal</b>	71,7	72,2	72,6	73,5	74,2	74,9	79,0	79,3	79,7	80,5	80,6	81,3
<b>Rumänien</b>	65,3	65,0	66,9	67,4	67,7	68,7	73,3	73,1	74,1	74,8	75,0	75,7
<b>Slowenien</b>	70,8	71,1	71,8	72,3	72,5	73,9	78,5	79,1	79,5	80,4	80,3	80,9
<b>Slowakei</b>	68,4	68,9	69,0	69,5	69,8	70,2	76,5	76,9	77,4	77,7	77,7	78,1
<b>Finnland</b>	72,9	73,5	73,8	74,6	75,2	75,6	80,4	80,7	81,2	81,7	81,9	82,5
<b>Schweden</b>	76,2	76,8	77,1	77,6	78,0	78,5	81,7	82,0	82,0	82,2	82,5	82,9
<b>Ver. Königreich</b>	74,0	74,7	75,0	75,8	76,2	77,1	79,3	79,7	79,9	80,5	80,5	81,1
<b>Kroatien</b>	:	:	:	71,0	71,2	71,8	:	:	:	78,0	78,2	78,8
<b>EJR Mazedonien</b>	69,8	70,3	:	70,9	70,9	71,6	74,0	74,7	:	76,1	75,7	75,9
<b>Island</b>	76,0	76,4	77,4	78,3	79,5	79,6	80,1	81,6	81,4	83,2	82,5	83,5
<b>Liechtenstein</b>	75,0	71,9	75,5	76,3	78,4	77,5	79,9	80,4	82,9	82,5	81,6	84,1
<b>Norwegen</b>	74,8	75,5	75,6	76,2	77,1	77,8	80,9	81,1	81,2	81,7	82,1	82,8
<b>Schweiz</b>	75,4	76,3	76,9	77,5	78,0	78,7	81,9	82,2	82,7	83,2	83,2	84,0

Quelle: Eurostat (tps00025)



**Abbildung SP22: Gesunde Lebensjahre bei der Geburt, EU-15 (1)**

(in Jahren)



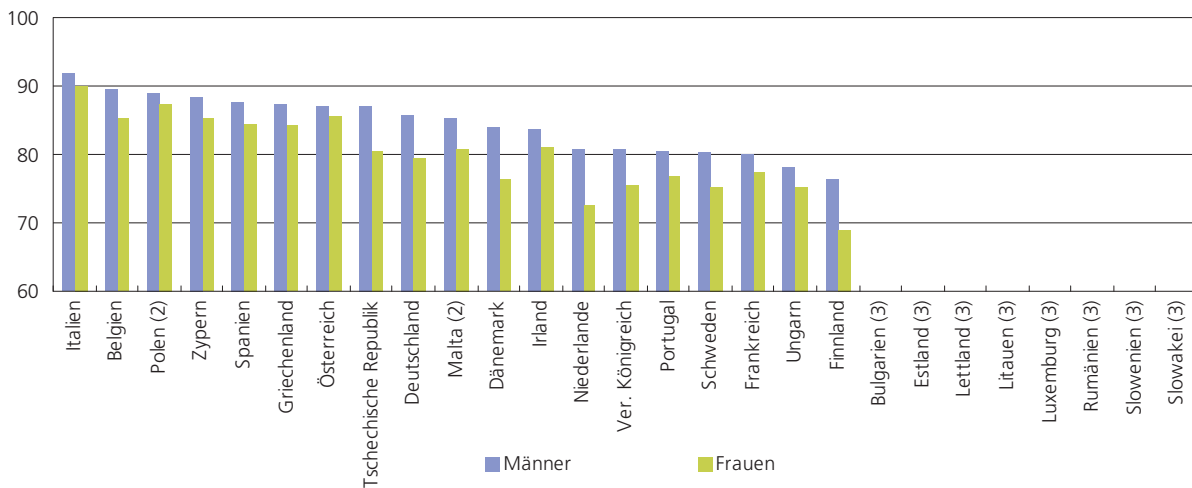
(1) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (tsdph100)

Der Indikator Gesunde Lebensjahre (GLJ) gibt die Zahl der Jahre an, die eine Person zum Zeitpunkt ihrer Geburt erwartungsgemäß in guter gesundheitlicher Verfassung, leben wird. GLJ ist ein Indikator der Gesundheitserwartung, der Informationen zu Sterblichkeit und Krankheit miteinander verknüpft. Dazu werden Daten zur altersspezifischen Prävalenz (Anteile) der gesunden bzw. kranken Bevölkerung und Daten zur altersspezifischen Sterblichkeit benötigt. Gute gesundheitliche Verfassung wird über die Abwesenheit von Funktionsbeschränkungen / Beschwerden definiert. Der Indikator wird getrennt für Männer und Frauen berechnet. Der Indikator wird auch beschwerdefreie Lebenserwartung (BFLE) genannt.

**Abbildung SP23: Gesunde Lebensjahre bei der Geburt, 2003 (1)**

(in % der Gesamtlebenserwartung)



(1) Schätzungen, außer Zypern.

(2) 2002.

(3) Nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tsdph100 und tps00025)



**Tabelle SP.17: Gesunde Lebensjahre bei der Geburt**

(in Jahren)

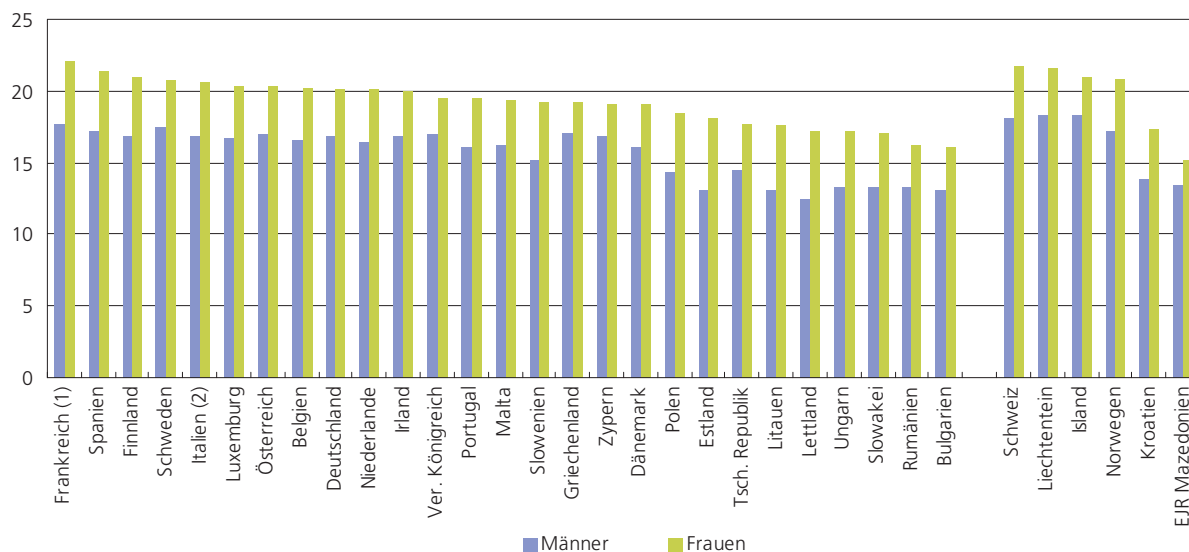
	Männer					Frauen				
	1999	2000	2001	2002	2003	1999	2000	2001	2002	2003
<b>EU-15</b>	63,2	63,5	63,6	64,3	64,5	63,9	64,4	65,0	65,8	66,0
<b>Belgien</b>	66,0	65,7	66,6	66,9	67,4	68,4	69,1	68,8	69,0	69,2
<b>Bulgarien</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Tsch. Republik</b>	:	:	:	62,8	:	:	:	:	63,3	:
<b>Dänemark</b>	62,5	62,9	62,2	62,8	63,0	60,8	61,9	60,4	61,0	60,9
<b>Deutschland</b>	62,3	63,2	64,1	64,4	65,0	64,3	64,6	64,5	64,5	64,7
<b>Estland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Irland</b>	63,9	63,3	63,3	63,5	63,4	67,6	66,9	66,5	65,9	65,4
<b>Griechenland</b>	66,7	66,3	66,7	66,7	66,7	69,4	68,2	68,8	68,5	68,4
<b>Spanien</b>	65,6	66,5	66,0	66,6	66,8	69,5	69,3	69,2	69,9	70,2
<b>Frankreich</b>	60,1	60,1	60,5	60,4	60,6	63,3	63,2	63,3	63,7	63,9
<b>Italien</b>	68,7	69,7	69,8	70,4	70,9	72,1	72,9	73,0	73,9	74,4
<b>Zypern</b>	:	:	:	:	68,4	:	:	:	:	69,6
<b>Lettland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Litauen</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Luxemburg</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Ungarn</b>	:	:	:	:	53,5	:	:	:	:	57,8
<b>Malta</b>	:	:	:	65,1	:	:	:	:	65,7	:
<b>Niederlande</b>	61,6	61,4	61,9	61,7	61,7	61,4	60,2	59,4	59,3	58,8
<b>Österreich</b>	63,6	64,6	64,2	65,6	66,2	:	68,0	68,5	69,0	69,6
<b>Polen</b>	:	:	:	62,5	:	:	:	:	68,9	:
<b>Portugal</b>	58,8	60,2	59,5	59,7	59,8	60,7	62,2	62,7	61,8	61,8
<b>Rumänien</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Slowenien</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Slowakei</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Finnland</b>	55,8	56,3	56,7	57,0	57,3	57,4	56,8	56,9	56,8	56,5
<b>Schweden</b>	62,0	63,1	61,9	62,4	62,5	61,8	61,9	61,0	61,9	62,2
<b>Ver. Königreich</b>	61,2	61,3	61,1	61,4	61,5	61,3	61,2	60,8	60,9	60,9
<b>Norwegen</b>	:	:	:	:	66,3	:	:	:	:	64,2

Quelle: Eurostat (tsdph100)



Abbildung SP.24: Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren, 2005

(in Jahren)



(1) 2004.

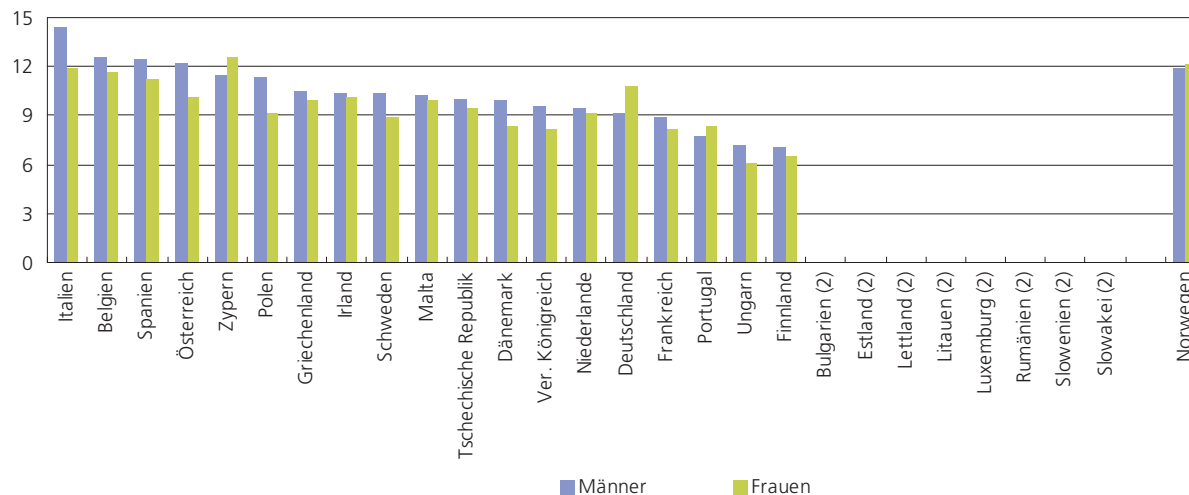
(2) 2003.

Quelle: Eurostat (tsdph230)

Die mittlere Anzahl der Jahre, die ein Mann oder eine Frau, die 65 Jahren erreicht hat, leben kann, wenn die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Sterbebedingungen während der verbleibenden Lebensdauer dieser Person bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

Abbildung SP.25: Gesunde Lebensjahre im Alter von 65 Jahren, 2003 (1)

(in Jahren)



(1) Ungarn und Norwegen: vorläufige Daten; Tschechische Republik und Malta: vorläufige Daten für 2002; Polen: 2002; alle übrigen Angaben außer für Zypern sind Schätzungen.

(2) Nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tsdph220)

Der Indikator Gesunde Lebensjahre (GLJ) gibt die Zahl der Jahre an, die eine Person zum Zeitpunkt ihrer Geburt erwartungsgemäß in guter gesundheitlicher Verfassung, leben wird. GLJ ist ein Indikator der Gesundheitserwartung, der Informationen zu Sterblichkeit und Krankheit miteinander verknüpft. Dazu werden Daten zur altersspezifischen Prävalenz (Anteile) der gesunden bzw. kranken Bevölkerung und Daten zur altersspezifischen Sterblichkeit benötigt. Gute gesundheitliche Verfassung wird über die Abwesenheit von Funktionsbeschränkungen/Beschwerden definiert. Der Indikator wird getrennt für Männer und Frauen berechnet. Der Indikator wird auch beschwerdefreie Lebenserwartung (BFLE) genannt.



**Tabelle SP.18: Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren**

(in Jahren)

	Männer						Frauen					
	1995	1997	1999	2001	2003	2005	1995	1997	1999	2001	2003	2005
<b>EU-27</b>	:	:	:	:	15,9	:	:	:	:	:	19,4	:
<b>Belgien</b>	14,8	15,2	15,5	15,9	16,0	16,6	19,3	19,5	19,7	19,9	19,6	20,2
<b>Bulgarien</b>	12,7	12,3	12,9	13,0	13,0	13,1	15,3	14,7	15,4	15,7	15,9	16,1
<b>Tsch. Republik</b>	12,7	13,2	13,7	14,0	13,8	14,4	16,2	16,7	17,1	17,3	17,2	17,7
<b>Dänemark</b>	14,1	14,6	15,0	15,2	15,6	16,1	17,6	18,0	18,1	18,3	18,5	19,1
<b>Deutschland</b>	14,8	15,2	15,6	16,1	16,2	16,9	18,7	19,1	19,4	19,8	19,6	20,1
<b>Estland</b>	12,0	12,5	12,6	12,7	12,7	13,1	16,1	16,8	17,0	17,3	17,4	18,1
<b>Irland</b>	13,5	14,0	14,1	15,0	15,9	16,8	17,2	17,6	17,6	18,5	19,2	20,0
<b>Griechenland</b>	15,9	16,2	16,2	16,5	16,7	17,1	18,2	18,4	18,4	18,7	18,7	19,2
<b>Spanien</b>	16,2	16,4	16,2	16,9	16,8	17,3	20,2	20,5	20,3	21,0	20,8	21,3
<b>Frankreich</b>	:	:	16,6	17,0	17,0	:	:	:	21,2	21,5	21,0	:
<b>Italien</b>	15,8	16,1	16,4	16,9	16,8	:	19,9	20,2	20,5	21,0	20,6	:
<b>Zypern</b>	:	:	:	:	16,8	16,8	:	:	:	:	19,3	19,1
<b>Lettland</b>	:	:	:	:	12,6	12,5	:	:	:	:	16,8	17,2
<b>Litauen</b>	12,9	13,2	13,4	13,5	13,3	13,0	16,9	17,3	17,6	17,9	18,1	17,6
<b>Luxemburg</b>	14,8	14,8	15,3	16,0	15,3	16,7	19,7	19,2	19,9	19,7	18,9	20,4
<b>Ungarn</b>	12,2	12,5	12,5	13,2	13,0	13,3	16,0	16,3	16,2	17,0	16,9	17,2
<b>Malta</b>	15,5	14,6	15,0	15,7	15,6	16,2	17,6	18,4	17,8	18,7	18,7	19,4
<b>Niederlande</b>	14,7	15,1	15,2	15,6	15,8	16,4	19,2	19,3	19,2	19,4	19,5	20,1
<b>Österreich</b>	15,0	15,2	15,7	16,4	16,4	17,0	18,8	19,1	19,4	20,0	19,8	20,4
<b>Polen</b>	:	13,1	:	13,7	13,9	14,3	:	16,8	:	17,7	18,0	18,5
<b>Portugal</b>	14,7	14,9	15,0	15,7	15,7	16,1	18,1	18,4	18,5	19,1	19,0	19,4
<b>Rumänien</b>	12,7	12,6	12,9	13,2	13,1	13,4	15,3	15,2	15,5	16,0	15,8	16,2
<b>Slowenien</b>	13,7	14,0	14,1	14,5	14,3	15,2	17,7	18,0	18,3	19,0	18,8	19,3
<b>Slowakei</b>	12,7	12,9	13,0	13,0	13,2	13,3	16,2	16,5	16,8	16,8	16,9	17,1
<b>Finnland</b>	14,6	15,0	15,2	15,7	16,2	16,8	18,8	19,1	19,5	19,8	20,0	21,0
<b>Schweden</b>	16,0	16,3	16,5	16,9	17,1	17,4	19,9	20,1	20,1	20,2	20,4	20,7
<b>Ver. Königreich</b>	14,6	15,1	15,4	16,1	16,3	17,0	18,2	18,5	18,6	19,2	19,1	19,5
<b>Kroatien</b>	:	:	:	13,5	13,4	13,8	:	:	:	16,9	16,8	17,3
<b>EJR Mazedonien</b>	13,0	13,0	:	13,5	13,2	13,4	14,8	15,0	:	15,6	15,2	15,2
<b>Island</b>	16,2	16,4	16,9	17,5	18,1	18,4	19,1	20,1	19,4	21,3	20,2	21,0
<b>Liechtenstein</b>	16,9	14,5	14,8	17,3	17,0	18,3	19,2	19,8	19,8	19,9	20,6	21,6
<b>Norwegen</b>	15,1	15,6	15,7	16,2	16,8	17,3	19,3	19,5	19,6	19,9	20,3	20,9
<b>Schweiz</b>	16,2	16,6	16,9	17,3	17,6	18,1	20,4	20,5	20,8	21,3	21,1	21,8

Quelle: Eurostat (tsdph230)



**Tabelle SP.19: Vorausgeschätzte Zahl der Geburten und Sterbefälle, jährliche Durchschnittswerte (1)**

(in Tsd.)

	Geburten					Sterbefälle				
	2010	2020	2030	2040	2050	2010	2020	2030	2040	2050
<b>Welt</b>	136 327	137 420	131 678	127 827	124 106	57 965	63 029	70 239	80 527	91 045
<b>Europa (2)</b>	7 520	7 008	6 459	6 452	6 349	8 593	8 833	8 929	9 312	9 541
<b>Afrika</b>	35 324	38 301	39 622	40 226	39 563	12 934	13 645	14 341	15 295	16 473
<b>Asien</b>	76 831	75 847	69 921	65 969	63 438	29 964	33 178	38 301	45 538	52 993
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	11 438	10 900	10 334	9 675	9 132	3 445	3 994	4 777	5 822	7 012
<b>Nordamerika</b>	4 641	4 769	4 733	4 909	5 025	2 774	3 082	3 543	4 150	4 560
<b>Ozeanien</b>	574	595	610	596	598	256	297	349	411	466
<b>EU-27</b>	4 916	4 618	4 303	4 184	3 988	5 021	5 285	5 634	6 192	6 671
<b>China</b>	17 459	17 973	16 278	14 640	14 510	9 403	11 096	13 430	16 307	18 710
<b>Indien</b>	27 077	25 598	22 852	21 382	20 234	9 671	10 025	10 962	12 635	14 724
<b>Japan</b>	1 062	881	835	801	736	1 144	1 359	1 561	1 639	1 606
<b>Russische Föderation</b>	1 518	1 316	1 087	1 120	1 048	2 295	2 181	1 993	1 969	1 893
<b>USA</b>	4 298	4 401	4 348	4 506	4 583	2 528	2 794	3 197	3 731	4 085

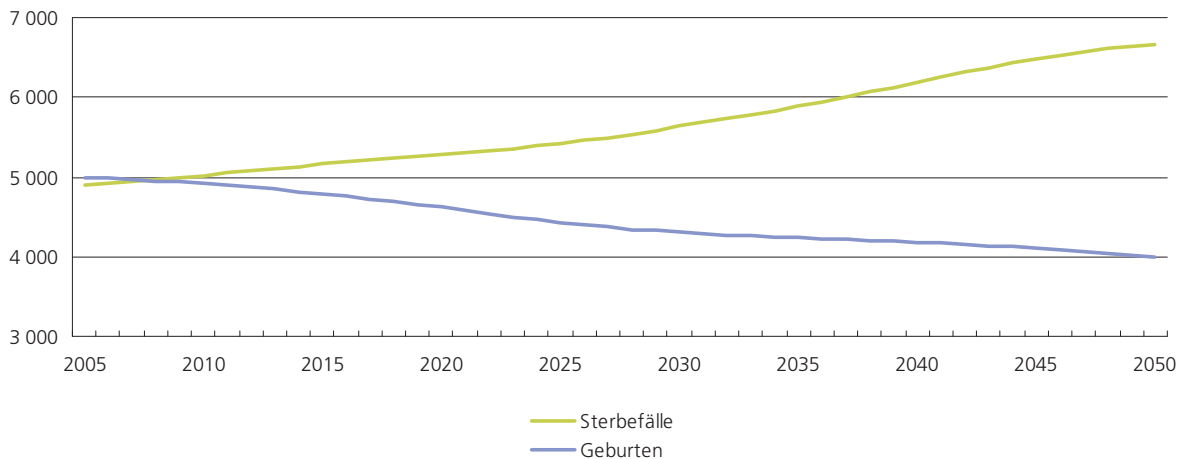
(1) Alle Daten außer für EU-27 sind Durchschnittswerte jeweils für die fünf Jahre bis zum angegebenen Bezugszeitraum (so umfasst z. B. der jährliche Durchschnitt für 2010 den Zeitraum 2005-2010).

(2) EU-27, Belarus, Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Färöer-Inseln, Island, Norwegen, Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Liechtenstein und Schweiz.

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_eve), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP.26: Vorausgeschätzte Zahl der Geburten und Sterbefälle, EU-27**

(in Tsd.)



Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_eve)



**Tabelle SP.20: Vorausgeschätzte Zahl der Geburten und Sterbefälle (auf der Grundlage von Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitshypothesen)**

(in Tsd.)

	Geburten					Sterbefälle				
	2010	2020	2030	2040	2050	2010	2020	2030	2040	2050
<b>EU-27</b>	4 916	4 618	4 303	4 184	3 988	5 021	5 285	5 634	6 192	6 671
<b>Eurozone</b>	3 116	2 868	2 730	2 648	2 493	3 103	3 368	3 616	3 992	4 367
<b>Belgien</b>	109	111	106	103	103	104	107	112	128	139
<b>Bulgarien</b>	62	49	41	41	34	110	101	97	97	94
<b>Tsch. Republik</b>	92	86	73	74	70	112	114	125	137	135
<b>Dänemark</b>	58	59	61	56	55	57	60	66	72	72
<b>Deutschland</b>	697	683	617	578	555	880	960	1 034	1 080	1 175
<b>Estland</b>	14	13	10	11	10	19	18	16	16	16
<b>Irland</b>	63	56	55	58	55	31	34	41	49	58
<b>Griechenland</b>	108	94	87	86	80	118	135	141	155	169
<b>Spanien</b>	451	350	326	332	286	404	442	479	556	649
<b>Frankreich</b>	724	702	701	688	667	546	589	627	732	787
<b>Italien</b>	514	435	414	395	352	603	650	678	724	788
<b>Zypern</b>	9	9	8	8	9	6	7	9	10	12
<b>Lettland</b>	24	22	17	18	18	33	31	29	28	29
<b>Litauen</b>	32	32	26	26	26	43	42	40	41	43
<b>Luxemburg</b>	5	6	7	7	7	4	4	5	6	7
<b>Ungarn</b>	95	90	82	81	79	132	128	127	131	130
<b>Malta</b>	4	5	5	5	5	3	4	5	6	6
<b>Niederlande</b>	181	184	189	180	177	152	170	199	226	235
<b>Österreich</b>	75	75	69	64	63	77	82	90	100	112
<b>Polen</b>	358	358	303	290	286	388	402	421	481	498
<b>Portugal</b>	113	96	91	89	80	111	117	123	136	147
<b>Rumänien</b>	214	178	150	148	127	270	256	248	260	272
<b>Slowenien</b>	18	17	15	16	16	21	23	25	28	30
<b>Slowakei</b>	51	48	42	41	39	55	56	61	69	73
<b>Finnland</b>	57	57	54	52	52	51	55	63	72	70
<b>Schweden</b>	104	111	104	107	111	93	93	105	116	118
<b>Ver. Königreich</b>	683	690	649	632	626	598	605	669	735	807

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_eve)




**Tabelle SP21: Vorausschätzungen der Lebenserwartung (auf der Grundlage von Sterblichkeitshypothesen)**

(in Jahren)

	Männer						Frauen					
	2005	2010	2020	2030	2040	2050	2005	2010	2020	2030	2040	2050
<b>Belgien</b>	75,8	76,9	78,9	80,4	81,5	82,3	81,9	82,9	85,0	86,5	87,5	88,3
<b>Bulgarien</b>	69,4	70,7	73,2	75,5	77,1	78,2	76,1	77,2	79,1	80,7	81,8	82,6
<b>Tsch. Republik</b>	72,6	73,7	75,9	77,8	78,8	79,7	79,0	79,8	81,3	82,7	83,5	84,1
<b>Dänemark</b>	75,4	76,3	78,0	79,3	80,2	80,9	79,7	80,4	81,6	82,5	83,2	83,7
<b>Deutschland</b>	76,3	77,2	78,9	80,2	81,2	82,0	81,9	82,7	84,2	85,4	86,2	86,9
<b>Estland</b>	65,7	66,5	68,9	71,6	73,5	74,9	77,0	77,8	79,5	81,2	82,3	83,1
<b>Irland</b>	76,5	77,1	78,1	78,9	79,6	80,3	81,5	82,1	83,2	84,0	84,6	85,1
<b>Griechenland</b>	76,8	77,6	79,1	80,2	80,9	81,4	83,6	84,4	85,9	86,9	87,5	87,9
<b>Spanien</b>	76,4	77,5	79,4	80,8	81,9	82,7	83,6	84,5	86,2	87,5	88,4	89,1
<b>Frankreich</b>	75,7	76,8	78,7	80,2	81,4	82,4	80,9	81,8	83,5	84,9	86,0	87,0
<b>Italien</b>	77,5	78,4	80,1	81,5	82,6	83,6	83,3	84,1	85,6	86,8	87,9	88,8
<b>Zypern</b>	76,5	77,5	79,0	80,2	81,1	81,9	80,9	81,6	82,8	83,7	84,5	85,1
<b>Lettland</b>	65,0	65,8	68,1	70,9	72,9	74,3	76,3	77,0	78,6	80,4	81,6	82,5
<b>Litauen</b>	66,7	67,4	69,6	72,3	74,3	75,5	77,7	78,5	80,1	81,8	82,9	83,7
<b>Luxemburg</b>	75,2	76,3	78,4	79,9	80,9	81,6	81,6	82,4	83,9	85,1	85,9	86,7
<b>Ungarn</b>	68,8	70,1	72,8	75,2	77,0	78,1	77,0	78,0	79,8	81,5	82,6	83,4
<b>Malta</b>	76,5	77,4	79,0	80,1	81,0	81,8	80,9	81,7	82,9	83,7	84,5	85,0
<b>Niederlande</b>	76,4	77,0	78,2	79,0	79,7	80,2	80,9	81,4	82,2	82,8	83,2	83,6
<b>Österreich</b>	76,4	77,5	79,4	81,0	82,4	83,6	82,3	83,2	84,9	86,1	87,0	87,7
<b>Polen</b>	70,7	72,0	74,6	76,8	78,2	79,1	78,7	79,6	81,3	82,8	83,8	84,4
<b>Portugal</b>	74,4	75,4	77,1	78,5	79,5	80,4	81,2	82,2	83,9	85,1	86,0	86,6
<b>Rumänien</b>	68,5	69,8	72,4	74,8	76,5	77,6	75,5	76,5	78,3	80,0	81,2	82,0
<b>Slowenien</b>	72,8	73,9	76,1	77,9	79,0	79,8	80,3	81,2	82,8	83,8	84,6	85,2
<b>Slowakei</b>	69,9	70,9	73,1	75,3	76,7	77,7	77,9	78,7	80,3	81,8	82,7	83,4
<b>Finnland</b>	75,5	76,7	78,7	80,2	81,2	81,9	82,0	82,8	84,2	85,3	86,0	86,5
<b>Schweden</b>	78,3	79,1	80,7	81,9	82,7	83,3	82,5	83,2	84,5	85,4	86,0	86,5
<b>Ver. Königreich</b>	76,6	77,6	79,5	81,0	82,0	82,9	81,1	82,0	83,7	85,0	85,9	86,6

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_asm)



## WANDERUNG UND ASYL

### EINLEITUNG

Wanderungsbewegungen werden durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren können im Herkunftsland wirken („Push-Faktoren“) oder im Zielland („Pull-Faktoren“). Der relative wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der EU gelten als Pull-Faktoren, die sich maßgeblich auf die Zuwanderung auswirken.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war in den meisten Mitgliedstaaten eine Veränderung der internationalen Migrationsmuster zu beobachten, d. h. es gab eine Verschiebung von der Nettoabwanderung zur Nettozuwanderung. In der jüngeren Vergangenheit ist die internationale Wanderung in einer Reihe von Ländern zur treibenden Kraft des Bevölkerungswachstums geworden, denn ohne Zuwanderung hätte in einigen Mitgliedstaaten bereits ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter eingesetzt. Allerdings dürfte das derzeitige Niveau der Zuwanderung in die EU kaum ausreichen, um die für die kommenden Jahrzehnte zu erwartende negative natürliche Bevölkerungsbilanz zu kompensieren. Durch internationale Wanderung lassen sich zwar bestimmte Arbeitsmarktengpässe überwinden, doch dies allein wird mit ziemlicher Sicherheit keine Umkehr des derzeitigen Alterungstrends der Bevölkerung bewirken.

In der Migrationspolitik geht es zunehmend darum, die Zuwanderung für ein bestimmtes Migrantenprofil attraktiv zu machen, was oft in dem Bemühen geschieht, bestimmte Qualifikationsengpässe abzumildern. Die Auswahl kann nach den Kriterien Sprachbeherrschung, Arbeitserfahrung, Ausbildung und/oder Alter erfolgen oder alternativ von den Arbeitgebern vorgenommen werden, so dass die Migranten zum Zeitpunkt der Einreise bereits einen Arbeitsplatz haben. Neben Maßnahmen zur verstärkten Anwerbung von Arbeitskräften ist die Einwanderungspolitik häufig auf zwei Bereiche fokussiert: Verhinderung der illegalen Einwanderung und der illegalen Beschäftigung von Migranten ohne Arbeitserlaubnis sowie Förderung der Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft. Dem letztgenannten Punkt kommt im Hinblick auf die Lissabon-Ziele Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt eine besondere Bedeutung zu. Es wurden erhebliche Ressourcen mobilisiert, um Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetze in der EU zu bekämpfen.

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde ein neuer Titel IV in den EG-Vertrag aufgenommen („Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr“), der sich auf folgende Bereiche erstreckt: Freizügigkeit von Personen, Kontrolle der Außengrenzen, Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Drittstaatsangehörigen, Zusammenarbeit der Justizbehörden in Zivil- und Strafsachen sowie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden. Zu beachten ist, dass die gemeinsame Einwanderungspolitik der EU nicht für Dänemark gilt, das sich gegen eine Beteiligung an Maßnahmen im Bereich des Titels IV EG-Vertrag entschieden hat, während Irland und das Vereinigte Königreich von Fall zu Fall über ihre Beteiligung entscheiden können.

Internationale Wanderungsströme sind in allen Ländern der EU zu verzeichnen. Die Mitgliedstaaten haben sich daher darauf geeinigt, die Einwanderungspolitik stärker zu harmonisieren. Auf Vorschlag der Europäischen Kommission sind eine Reihe von EU-Rechtsvorschriften erlassen worden. Hauptziel der EU-Einwanderungspolitik ist es, die Wanderungsströme durch ein abgestimmtes Vorgehen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und demografischen Situation der EU besser zu steuern. Auf der Tagung des Europäischen Rates von Tampere (Finnland) im Oktober 1999 legten die Staats- und Regierungschefs der EU erstmals ein Konzept zur Steuerung der Migrationsströme vor. Sie einigten sich darauf, dass die Einwanderungspolitik der EU:

- auf der Grundlage eines umfassenden Konzepts die Migrationsströme so steuern sollte, dass ein Ausgleich zwischen der Aufnahme aus humanitären und aus wirtschaftlichen Gründen geschaffen wird;
- die faire Behandlung von Drittstaatsangehörigen gewährleisten sollte, damit ihnen nach Möglichkeit Rechte und Pflichten zuerkannt werden, die denen der Angehörigen des Mitgliedstaats, in dem sie sich aufhalten, vergleichbar sind;
- den Aufbau von Partnerschaften mit den Herkunftsländern einschließlich gemeinsamer Entwicklungspolitiken ermöglichen sollte.

Dieses allgemeine politische Konzept wurde mit der Annahme des Haager Programms im Jahr 2004 bestätigt, in dem die Ziele für die Stärkung der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der EU im Zeitraum 2005-2010 festgelegt sind.

Zu den wichtigsten Rechtsvorschriften, die im Bereich Einwanderung erlassen wurden, zählen z. B.:

- die Richtlinie 2003/86/EG des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung<sup>(8)</sup>;
- die Richtlinie 2003/109/EG des Rates betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen<sup>(9)</sup>;
- die Richtlinie 2004/114/EG des Rates über die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums<sup>(10)</sup>; und
- die Richtlinie 2005/71/EG des Rates über ein Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung in der EU<sup>(11)</sup>.

(8) Nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2003/l\\_251/l\\_25120031003de00120018.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2003/l_251/l_25120031003de00120018.pdf).

(9) Nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2004/l\\_016/l\\_01620040123de00440053.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2004/l_016/l_01620040123de00440053.pdf).

(10) Nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2004/l\\_375/l\\_37520041223de00120018.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2004/l_375/l_37520041223de00120018.pdf).

(11) Nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l\\_289/l\\_28920051103de00150022.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l_289/l_28920051103de00150022.pdf).



Die Debatte über die Notwendigkeit gemeinsamer Vorschriften für die Zulassung von Wirtschaftsmigranten wurde wiederbelebt, als die Kommission 2005 ein Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration<sup>(12)</sup> vorlegte, das Ende 2005 zur Verabschiedung eines „Strategischen Plans zur legalen Zuwanderung“ führte<sup>(13)</sup>. Im Juli 2006 nahm die Kommission eine Mitteilung über politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Drittstaatsangehörigen<sup>(14)</sup> an, die darauf abzielt, die Erfordernisse der Sicherheit und die Grundrechte des Einzelnen in allen Phasen der illegalen Einwanderung miteinander in Einklang zu bringen. Im Juni 2007 wurden die Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der Integrationspolitik in der EU durch Förderung von Einheit in der Vielfalt verabschiedet, und im September 2007 legte die Kommission ihren dritten Jahresbericht über Migration und Integration<sup>(15)</sup> vor.

Das Genfer Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (in der Fassung des New Yorker Protokolls vom 31. Januar 1967) bestimmt seit mehr als 50 Jahren, welche Personen als Flüchtlinge gelten; das darin festgelegte gemeinsame Flüchtlingskonzept bildet seitdem einen der Grundpfeiler für die Entwicklung eines gemeinsamen Asylsystems in der EU. Asyl ist eine Form des Schutzes, den ein Staat auf seinem Hoheitsgebiet einer Person gewährt, die in ihrem Heimat- oder Wohnsitzland keinen Schutz suchen kann, insbesondere aus Angst vor Verfolgung aufgrund der Rasse, Religion, Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Meinung.

Seit Anfang der 1990er Jahre haben so viele Personen internationalen Schutz in der EU gesucht, dass die Mitgliedstaaten beschlossen haben, dieser Herausforderung durch gemeinsame Lösungen zu begegnen. Im Oktober 1999 einigte sich der Europäische Rat in Tampere über die Hauptziele und -prinzipien einer gemeinsamen Asylpolitik. Als längerfristiges Ziel wurde vereinbart, ein gemeinsames Asylverfahren und einen einheitlichen, EU-weit gültigen Status für Personen einzuführen, denen Asyl gewährt wird. Am 17. Februar 2006 verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung über die Intensivierung der konkreten Zusammenarbeit im Bereich Asyl, in der sie darlegt, wie sich die weitere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Asylbereich in Hinblick auf die Schaffung eines vollständig harmonisierten EU-Systems gestalten könnte. Das Hauptziel besteht in der Verbesserung der Qualität der Einzelfallentscheidungen, um den Anteil der Berufungen gegen negative Entscheidungen zu senken und gleichzeitig für mehr Kohärenz zu sorgen. Es ist zu hoffen, dass sich dadurch Sekundärbewegungen und Mehrfachanträge vermeiden lassen (da über Asylfälle dann EU-weit nach den gleichen Kriterien zu entscheiden wäre).

(12) KOM(2004) 811; nähere Informationen: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/doc\\_centre/immigration/work/doc/com\\_2004\\_811\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/immigration/work/doc/com_2004_811_de.pdf).

(13) KOM(2005) 669; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0669de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0669de01.pdf).

(14) KOM(2006) 402; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0402de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0402de01.pdf).

(15) KOM(2007) 512; nähere Informationen: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/fsj/immigration/docs/com\\_2007\\_512\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/docs/com_2007_512_de.pdf).

Ein weiteres Anliegen ist die notwendige bessere Koordinierung der EU-Politik gemeinsam mit Drittstaaten, um eine wirksamere Ursachenbekämpfung und dauerhafte Lösungen für Flüchtlingssituationen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang hat der Rat die Kommission ersucht, regionale Schutzprogramme zur Stärkung der Schutzkapazitäten sowie Neuansiedlungsprogramme zu erarbeiten. Im März 2004 wurde ein neues Finanzinstrument zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS) geschaffen; dabei handelt es sich um ein Mehrjahresprogramm für den Zeitraum 2004-2008.

Weitere Fortschritte gab es bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems durch Harmonisierung der Asylpolitik, insbesondere durch Verabschiedung einer Reihe von einschlägigen Richtlinien. Die vier wichtigsten Rechtsinstrumente im Asylbereich sind:

- die Richtlinie über Aufnahmebedingungen<sup>(16)</sup>,
- die Richtlinie über Asylverfahren<sup>(17)</sup>,
- die Anerkennungsrichtlinie<sup>(18)</sup> und
- die Dublin-Verordnung<sup>(19)</sup>.

Diese Rechtsvorschriften verfolgen alle das gleiche Ziel, nämlich die Schaffung eines gerechten Systems als Grundlage eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Auf dieser Basis können dann weitere Strukturen aufgebaut werden, die gewährleisten, dass die EU ein einheitlicher Asylraum ist und dass denjenigen Schutz gewährt wird, die ihn benötigen. Insgesamt enthalten diese Rechtsinstrumente klare Regeln für die Prüfung eines Asylantrags, für die Verhinderung von Mehrfachanträgen und für die Gewährleistung von Mindeststandards für die Aufnahme von Asylbewerbern, einschließlich Unterbringung, Bildung und Gesundheit, sowie Kriterien für die Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft bzw. des subsidiären Schutzstatus (das betrifft Personen, für die das Genfer Abkommen nicht gilt, die aber trotzdem internationalen Schutz benötigen, wie z. B. Opfer von allgegenwärtiger Gewalt oder Bürgerkriegen).

(16) Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2003/l\\_031/l\\_03120030206de00180025.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2003/l_031/l_03120030206de00180025.pdf).

(17) Richtlinie 2005/85/EG des Rates vom 1. Dezember 2005; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l\\_326/l\\_32620051213de00130034.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l_326/l_32620051213de00130034.pdf).

(18) Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes; nähere Informationen: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32004L0083:DE:HTML>.

(19) Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2003/l\\_050/l\\_05020030225de00010010.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2003/l_050/l_05020030225de00010010.pdf).



Ergänzend zu diesen rechtlichen Maßnahmen ist die Solidarität durch die Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) gestärkt worden. Der EFF fördert die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und das Gleichgewicht in ihren Bemühungen bei der Aufnahme von Asylbewerbern, Flüchtlingen und vertriebenen Personen, und er unterstützt auch die Flüchtlinge bei der sozialen und wirtschaftlichen Integration und bei der Rückkehr in ihre Heimatstaaten (sofern sie dies wünschen).

### DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Eurostat erstellt Statistiken für eine Reihe von Themen im Zusammenhang mit internationaler Wanderung und Asyl. Die Daten werden von den nationalen statistischen Ämtern und den Justiz- und Innenministerien auf monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Basis geliefert. Während einige Mitgliedstaaten ihre Statistiken über Wanderungsströme und Migrantenbevölkerung auf der Grundlage von Bevölkerungsregistern erstellen, verwenden andere Stichprobenerhebungen oder Daten aus Verwaltungsverfahren, wie etwa über die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen. Gegenwärtig bezieht Eurostat viele Statistiken aus einer gemeinsamen Erhebung von Migrationsdaten, die Eurostat in Zusammenarbeit mit der Statistischen Abteilung der Vereinten Nationen, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, dem Europarat und dem Internationalen Arbeitsamt durchführt.

Für die wichtigsten Bereiche der Gemeinschaftsstatistik gibt es eine eindeutige europäische Rechtsgrundlage, die festlegt, welche Aufgaben den Mitgliedstaaten und Eurostat bei der Erhebung, Übermittlung und Veröffentlichung von Daten zukommen. Die Wanderungsstatistik bildete bisher eine Ausnahme, da dieser Bereich bis vor Kurzem nicht in einer Rechtsgrundlage, sondern durch eine Reihe freiwilliger Vereinbarungen zwischen Eurostat und den Datenlieferanten in den Mitgliedstaaten geregelt war. Das mag in der Vergangenheit angebracht gewesen sein, doch inzwischen ist klar, dass die zunehmende politische Bedeutung dieses Themas auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene eine stärkere Formalisierung des Verfahrens erfordert. Im Herbst 2005 nahm die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zu Statistiken über Wanderung und internationalen Schutz an, die vom Europäischen Parlament und vom Rat im Sommer 2007 erlassen wurde.<sup>(20)</sup> Mit der Verabschiedung der Verordnung 862/2007 soll ein Schritt getan werden, um die Erstellung zuverlässiger und harmonisierter Statistiken über Wanderung und Asyl zu ermöglichen.

Hauptanliegen der Verordnung ist die Festlegung harmonisierter statistischer Definitionen, denen bestehende internationale Standards sowie die Rechtsvorschriften und die Politik der EU im Bereich Einwanderung, Asyl und Grenzkontrollen zugrunde liegen. Die Mitgliedstaaten müssen diese Definitionen anwenden, doch steht es ihnen weiterhin frei, alle geeigneten Datenquellen je nach Verfügbarkeit und nationaler Praxis heranzuziehen. Die Verordnung sieht vor, dass in Fällen, in denen direkt erhobene Daten nicht verfügbar sind, wissenschaftlich fundierter

Schätzwerte verwendet werden können. Da die Mitgliedstaaten die erforderlichen Änderungen an den Datenerhebungssystemen noch vornehmen müssen und dazu Zeit benötigen, dürfen sie gemäß der vorgeschlagenen Verordnung im ersten Jahr nach deren Inkrafttreten (2008) auch Daten entsprechend ihren nationalen Definitionen liefern, die dann im darauf folgenden Jahr gemeldet werden. Mit der Verordnung wird ein Rahmen geschaffen, der durch die Annahme von Durchführungsmaßnahmen in Form von Kommissionsverordnungen ergänzt werden muss.

In der Verordnung werden die vorhandenen Eurostat-Statistiken über migrationsbezogene Fragen größtenteils berücksichtigt. Statistiken über Zuwanderungs- und Abwanderungsströme liefern zusammen mit Statistiken über die Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland Informationen über die Auswirkungen der Migration auf die Größe und Struktur der Bevölkerung. Für Statistiken über Asylanträge und die dazu getroffenen Entscheidungen über die Zuerkennung oder Aberkennung des Flüchtlingsstatus oder anderer Formen des internationalen Schutzes sieht die Verordnung einige Anpassungen vor. So werden z. B. Statistiken über Asylanträge nun monatlich erhoben, da sie zur kontinuierlichen Beobachtung kurzfristiger Schwankungen in der Herkunft und Anzahl der Asylbewerber benötigt werden. Im Vergleich dazu sind Daten über Rechtsmittelverfahren gegen Asylentscheidungen relativ aufwändig zu erheben; da sie zudem nicht so häufig benötigt werden, ist hier eine jährliche Erhebung vorgesehen.

Als einziger neuer Bereich wurden Statistiken über erteilte Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige in die Verordnung aufgenommen. Diese Statistiken vermitteln einen nützlichen Einblick in die Gründe der Einwanderung, da eine Unterscheidung möglich ist zwischen Aufenthaltstiteln, die im Rahmen unterschiedlicher Einwanderungsvorschriften bezüglich Familienzusammenführung, Wirtschaftsmigration und Zulassung von Personen zur Aufnahme eines Studiums erteilt werden. Darüber hinaus sieht die Verordnung für die meisten der zu erhebenden Statistiken auch eine Aufgliederung nach Alter und Geschlecht vor. Dies ist von besonderem Interesse bei der Überwachung politischer Maßnahmen, die auf die Bekämpfung des Handels mit Frauen und Kindern abzielen.

Die Zahlen zum Erwerb der Staatsangehörigkeit umfassen alle Personen, die die Staatsangehörigkeit des Meldelandes erwerben, nachdem sie zuvor Staatsangehörige eines anderen Landes oder staatenlos waren.

Nichtstaatsangehörige sind Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, in dem sie zum fraglichen Zeitpunkt leben.

Ein Asylbewerber oder Asylsuchender ist definiert als eine Person, die um Schutz ersucht und sich dabei beruft auf: Artikel 1 des Genfer Abkommens von 1951 (in der Fassung des New Yorker Protokolls vom 31. Januar 1967) oder die UN-Konvention gegen Folter und andere grausame oder unmenschliche Behandlung (UNCAT), die Europäische Menschenrechtskonvention oder andere Instrumente zum Schutz der Menschenrechte. Diese

(20) Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007; nähere Informationen: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2007/l\\_199/l\\_19920070731de00230029.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2007/l_199/l_19920070731de00230029.pdf).



Definition soll alle Personen einschließen, die auf individueller Basis Schutz beantragen, gleichgültig, ob sie ihren Antrag bei der Ankunft, d. h. am Flughafen oder an der Landgrenze, oder innerhalb des Hoheitsgebiets stellen, und unabhängig davon, ob sie legal (z. B. als Touristen) oder illegal eingereist sind.

In vielen Ländern entspricht die Zahl der Asylanträge der Zahl der Personen, die die Anerkennung als Flüchtling beantragt haben, während einige andere Länder die Zahl der Asylfälle zugrunde legen. Ein einzelner Asylfall kann neben dem Hauptantragsteller auch dessen Familienangehörige einschließen. Asylanträge sind hier als Neuansprüche definiert; darunter fallen im Allgemeinen nur jene Anträge, die im Hoheitsgebiet oder an der Grenze des betreffenden Mitgliedstaates gestellt wurden.

### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Während die Wanderungsströme in die EU seit Ende der 1980er Jahre stets einen positiven Saldo ergeben und allgemein zunehmen, ist die Entwicklung der Wanderung Schwankungen unterworfen. Gleichwohl hat der Zustrom von Migranten in die EU-27 in den letzten Jahren deutlich zugenommen: Der jährliche Wanderungssaldo lag im Zeitraum 2001-2005 im Bereich zwischen 1,15 und 2,03 Millionen, während in der Zeit vor 2001 nie die Millionengrenze überschritten wurde. In Bezug auf die Gesamtbevölkerung der EU-27 entsprach dies 2005 einem Zuwanderungsanteil von 0,34 %.

Die allermeisten Mitgliedstaaten verzeichneten 2005 einen positiven Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen); die einzigen Länder mit negativem Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen) waren die Niederlande (-22 800), Polen (-12 900), Litauen (-8 800), Rumänien (-7 200) und Lettland (-600). Diese Zahlen stellen keine signifikanten Größenordnungen dar im Vergleich zu den Ländern, in denen mehr Zuwanderer als Abwanderer registriert wurden, wie z. B. Spanien (641 200), Italien (324 200) und das Vereinigte Königreich (193 300). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung lag der Anteil des positiven Wanderungssaldos 2005 bei 2,67 % in Luxemburg, gefolgt von Zypern (1,92 %) Irland (1,59 %) und Spanien (1,48 %) – dies waren die einzigen Länder, in denen der Anteil des Wanderungssaldos an der Gesamtbevölkerung mehr als 1 % betrug. Am anderen Ende der Skala entsprach der Einwohnerverlust infolge eines negativen Wanderungssaldos Anteilen an der Gesamtbevölkerung von 0,14 % in den Niederlanden bis zu 0,26 % in Litauen.

Im größten Teil der EU ist die Wanderung seit einigen Jahren die Hauptkomponente des Bevölkerungswachstums. Das gilt insbesondere für die Mittelmeerländer und einige der Mitgliedstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind. In Teilen der Tschechischen Republik, Deutschlands, Griechenlands, Italiens, Ungarns und Sloweniens, wo ein natürlicher Bevölkerungsrückgang festzustellen ist, spielt die Nettowanderung eine wichtige Rolle, da sie einem großräumigen Einwohnerverlust entgegenwirkt.

Die bedeutenden Schwankungen der Wanderungsströme hinsichtlich Umfang und Herkunft sind bis zu einem gewissen Grad Ausdruck traditioneller Migrationsmuster sowie kultureller

und geografischer Bindungen. Es lassen sich mehrere Wanderungstypen unterscheiden, darunter Wirtschaftsmigration (aus Gründen der Arbeitssuche), Familienzusammenführung, Altersmigration, Studium oder Asyl. In gewissem Maße erklären diese Unterschiede die alters- und geschlechtsspezifischen Zuwanderungsmuster in den einzelnen Mitgliedstaaten.

In den meisten Mitgliedstaaten machen Staatsangehörige aus Ländern außerhalb der EU-25 den größten Teil der Zuwanderer aus. Mitunter handelt es sich bei den Zuwanderern zu einem erheblichen Teil um eigene Staatsangehörige, die in ihr Ursprungsland zurückkehren – das war 2004 insbesondere in Dänemark, Irland (2002), Litauen und Finnland der Fall. Dabei war Litauen das einzige Land, in dem sich unter den Zuwanderern mehr eigene Staatsangehörige befanden als Ausländer.

Bei der Analyse der Asylstatistiken sind zwei unterschiedliche Personengruppen zu berücksichtigen: zum einen Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, der von einer zuständigen Behörde geprüft wird, und zum anderen Personen, denen nach entsprechender Prüfung der Flüchtlingsstatus oder eine andere Form des internationalen Schutzes zuerkannt wurde. Asylbewerber bleiben während der Prüfung ihrer Anträge in der Regel im Staatsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats.

Die Zahl der Asylbewerber in der EU ist in den letzten Jahren zurückgegangen; Spitzenjahre waren 1992 (670 000 Anträge in der EU-15) sowie 2001 (424 000 Anträge in der EU-27). Im Jahr 2006 gingen in der EU-27 insgesamt 192 800 Asylanträge ein. In demografischer Hinsicht fallen Asylbewerber in der EU nur begrenzt ins Gewicht; da ein relativ großer Teil der Anträge abgelehnt wird, sind die Auswirkungen oft temporärer Natur. Die Flüchtlingseigenschaft oder ein subsidiärer Schutzstatus wird nur einer Minderheit der Asylbewerber zuerkannt. Im Jahr 2006 führte über die Hälfte (57,8 %) aller Asylentscheidungen in der EU-27 zur Ablehnung des Antrags, während etwa 55 140 Personen die Flüchtlingseigenschaft oder ein subsidiärer Schutz zuerkannt wurde.

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit wird bisweilen als ein Indikator für die formale Integration der Migranten in das Zielland angesehen und setzt häufig eine legale Aufenthaltsdauer sowie andere Faktoren wie z. B. die Beherrschung der Sprache voraus. Im Jahr 2004 erwarben über 650 000 Personen die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes (nur unter Berücksichtigung der Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, d. h. vor allem ohne Italien); in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich wurden jeweils mehr als 100 000 Einbürgerungen durchgeführt.

Darüber hinaus ist in einigen Ländern spätestens im Jahr 2050 mit einem erheblichen Arbeitskräftemangel zu rechnen, da dann die Baby-Boom-Generation das Rentenalter erreicht hat und die relativ niedrige Zahl der heute geborenen Kinder im erwerbsfähigen Alter sein wird. Die Migrationspolitik stellt zwar keine Langzeitlösung für die Probleme der Bevölkerungsalterung dar, aber sie ermöglicht es, die daraus entstehenden Ungleichgewichte kurzfristig zu beheben. Wie die Bevölkerungsprojektionen von Eurostat zeigen, werden fast alle



Mitgliedstaaten in den kommenden Jahrzehnten mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert sein; die einzigen Länder, auf die das vor 2050 wahrscheinlich nicht zutreffen wird, sind Zypern, Irland, Luxemburg, Malta und Schweden. Nach den jüngsten Vorausschätzungen ist für die EU bis 2050 pro Jahr mit einem Wanderungssaldo von rund 800 000 Personen zu rechnen. Dies wird sich auf die Bevölkerungsveränderung insgesamt auswirken und möglicherweise dazu führen, dass dann in einigen Regionen die Migrantenbevölkerung größer ist als die einheimische Bevölkerung, was für die Gesellschaft sowohl Vorteile als auch Herausforderungen mit sich bringen kann.

Es existieren Vorausschätzungen für Bevölkerungsbewegungen zwischen Regionen der einzelnen Länder (interregionale Wanderung) und zwischen den Ländern (internationale Wanderung). Zu den Regionen (Ebene NUTS 2), in denen höchstwahrscheinlich mit signifikanten Abwanderungstrends zu rechnen ist, zählen die nördlichen Regionen Finnlands und Schwedens, Nordfrankreich, Süditalien, Nordirland und Randlagen Schottlands sowie zahlreiche Regionen im östlichen Europa, die sich über die Tschechische Republik, Deutschland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und die Slowakei verteilen.

Die höchste interregionale Nettozuwanderung ist im Zeitraum 2005-2030 in folgenden Regionen zu erwarten: Emilia-Romagna (Italien), Comunidad Valenciana, Castilla-la Mancha und Andalusia (Spanien), Köln, Oberbayern, Schleswig-Holstein und Stuttgart (Deutschland), Mazowieckie (Polen) und Attiki (Griechenland). Zu beachten ist hier, dass für Frankreich und das

Vereinigte Königreich keine Statistiken vorliegen. In allen genannten Regionen wird die interregionale Wanderung im betrachteten Zeitraum voraussichtlich zu einem Bevölkerungswachstum um mehr als 250 000 Einwohner führen. Abgesehen von Mazowieckie ist in diesen Regionen auch mit internationaler Zuwanderung, häufig in beträchtlicher Größenordnung, zu rechnen. So wird die Nettozuwanderung aus anderen Ländern in der Comunidad Valenciana 566 000 Personen betragen, in Andalusia 466 000 Personen, in Attiki 293 000 Personen und in der Emilia-Romagna 267 000 Personen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Regionen, die für internationale Zuwanderung attraktiv sein dürften, darunter Cataluña und Comunidad de Madrid (Spanien) sowie Lombardia und Veneto (Italien). Zu beachten ist, dass die hohen Zahlen für die Region Braunschweig (Deutschland) sowohl bei der internationalen Zuwanderung als auch bei der interregionalen Abwanderung damit zusammenhängen könnten, dass sich dort die zentrale Aufnahmestelle für Spätaussiedler in Deutschland befindet. Alle Spätaussiedler müssen sich dort registrieren lassen, bevor sie an ihren endgültigen Zielort weiterreisen.

### QUELLEN

#### Statistical books

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006

#### Methodologies and working documents

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005

Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators

#### Website-Daten

##### Demographie

Demographie – Nationale Daten

Wichtigste Bevölkerungsindikatoren

Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten

##### Internationale Wanderungen und Asyl

Asyl

Asylanträge nach Staatsangehörigkeit

Entscheidungen über Asylanträge nach Staatsangehörigkeit – Jährliche Daten

Internationale Wanderungsströme

Einwanderung

Auswanderung

##### Bevölkerungsvorausschätzungen

EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene

EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene


**Tabelle SP.22: Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen)**

(in Tsd.)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>EU-27 (1)</b>	661	584	421	524	976	717	1 154	1 852	2 032	1 872	1 661
<b>Eurozone (1)</b>	616	560	381	430	831	969	1 230	1 651	1 790	1 587	1 390
<b>Belgien</b>	2	15	10	12	17	13	36	41	36	36	51
<b>Bulgarien</b>	0	1	0	0	0	0	-214	1	0	0	0
<b>Tsch. Republik</b>	10	10	12	9	9	7	-43	12	26	19	36
<b>Dänemark</b>	29	17	12	11	9	10	12	10	7	5	7
<b>Deutschland</b>	398	281	93	47	202	168	275	219	142	82	82
<b>Estland</b>	-16	-13	-7	-7	-1	0	0	0	0	0	0
<b>Irland</b>	6	16	17	16	24	32	39	33	31	48	66
<b>Griechenland</b>	77	71	61	55	45	29	38	38	35	41	40
<b>Spanien</b>	71	83	94	159	238	390	441	649	625	610	641
<b>Frankreich (1)</b>	-15	-19	-14	-1	150	158	173	184	189	105	86
<b>Italien</b>	29	56	50	56	35	50	50	345	612	557	324
<b>Zypern</b>	6	5	5	4	4	4	5	7	12	16	14
<b>Lettland</b>	-14	-10	-9	-6	-4	-6	-5	-2	-1	-1	-1
<b>Litauen</b>	-24	-23	-22	-22	-21	-20	-3	-2	-6	-10	-9
<b>Luxemburg</b>	4	3	4	4	4	3	3	3	2	2	12
<b>Ungarn</b>	18	18	18	17	17	17	10	4	16	18	17
<b>Malta</b>	0	0	1	0	0	10	2	2	2	2	2
<b>Niederlande</b>	15	21	30	44	44	57	56	28	7	-10	-23
<b>Österreich</b>	2	4	2	8	20	17	44	35	38	62	56
<b>Polen</b>	-18	-13	-12	-13	-14	-410	-17	-18	-14	-9	-13
<b>Portugal</b>	22	26	29	32	38	47	65	70	64	47	38
<b>Rumänien</b>	-26	-25	-22	-11	-8	-10	-4	-2	-7	-10	-7
<b>Slowenien</b>	1	-3	-1	-5	11	3	5	2	4	2	6
<b>Slowakei</b>	3	2	2	1	1	-22	1	1	1	3	3
<b>Finnland</b>	4	4	5	4	3	2	6	5	6	7	9
<b>Schweden</b>	12	6	6	11	14	24	29	31	29	25	27
<b>Ver. Königreich</b>	65	48	58	97	138	144	151	158	178	227	193
<b>Kroatien</b>	-175	36	0	-4	-30	-46	15	9	13	12	8
<b>EJR Mazedonien</b>	-1	4	-2	-2	-2	-3	-3	-25	-3	0	-1
<b>Türkei</b>	102	93	101	99	79	58	2	-1	-3	1	-1
<b>Island</b>	-1	-1	0	1	1	2	1	0	0	1	4
<b>Liechtenstein</b>	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
<b>Norwegen</b>	6	6	10	13	19	10	8	17	11	13	18
<b>Schweiz</b>	25	-1	-3	11	25	24	41	48	42	38	32

(1) Bruch in der Zeitreihe: Bis 1998 umfasst Frankreich nur die Regionen des französischen Mutterlandes. 2000-2001: Korrekturen aufgrund der Volkszählung.

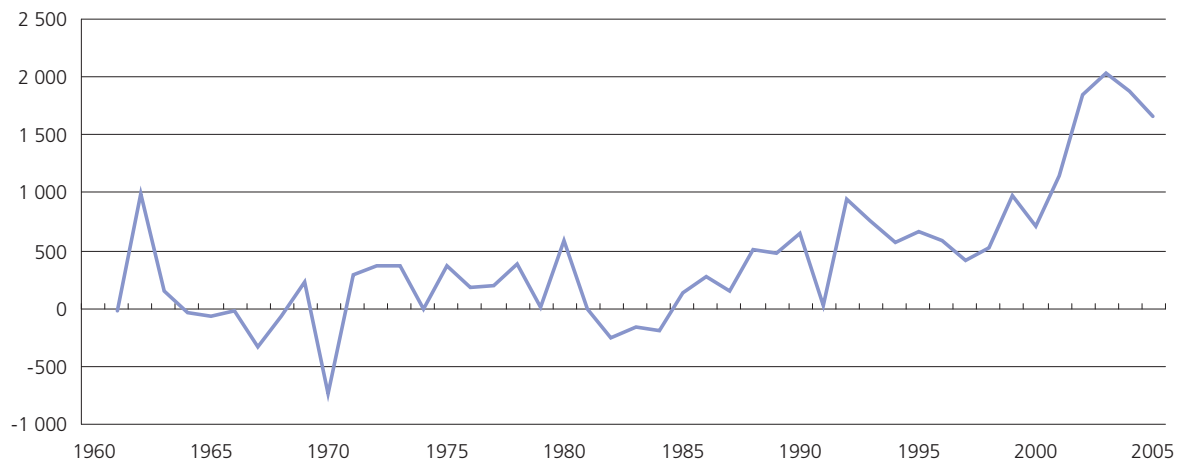
Quelle: Eurostat (tps00008)

Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung in einem Gebiet während des Jahres (das Wanderungssaldo ist negativ, wenn die Zahl der Abwanderer die Zahl der Einwanderer übersteigt). Da in den meisten Ländern entweder keine exakten Daten oder überhaupt keine Daten zur Zu- und Abwanderung vorliegen, wird der Wanderungssaldo auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum zu zwei verschiedenen Zeitpunkten geschätzt. Die statistischen Daten über das Wanderungssaldo sind daher von allen statistischen Ungenauigkeiten der beiden Komponenten in dieser Gleichung insbesondere der Komponente Bevölkerungswachstum betroffen.



**Abbildung SP27: Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen), EU-27**

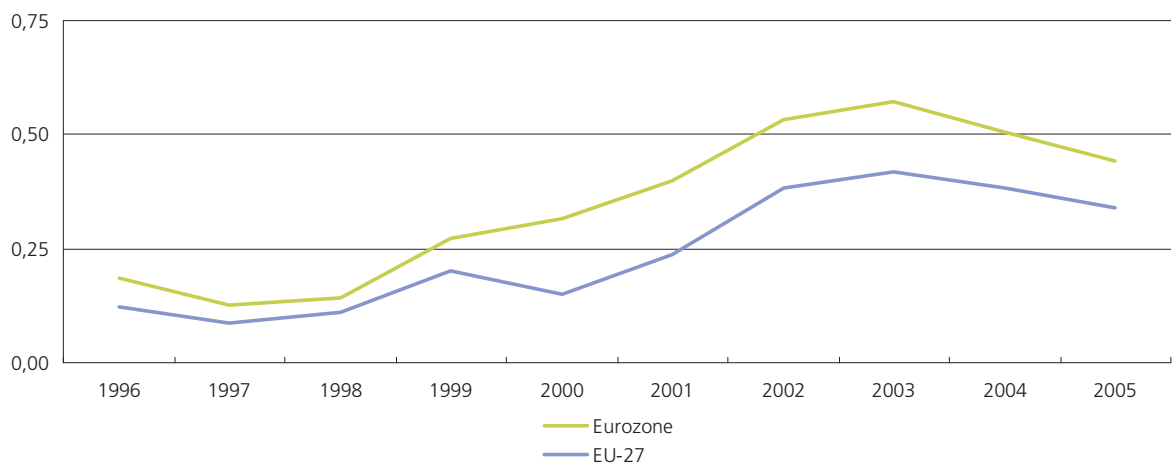
(in Tsd.)



Quelle: Eurostat (tps00008)

**Abbildung SP28: Nettowanderungsquote (einschließlich Korrekturen) (1)**

(in % der Gesamtbevölkerung)



(1) Bruch in der Zeitreihe: Bis 1998 umfasst Frankreich nur die Regionen des französischen Mutterlandes. 2000-2001: Korrekturen aufgrund der Volkszählung.

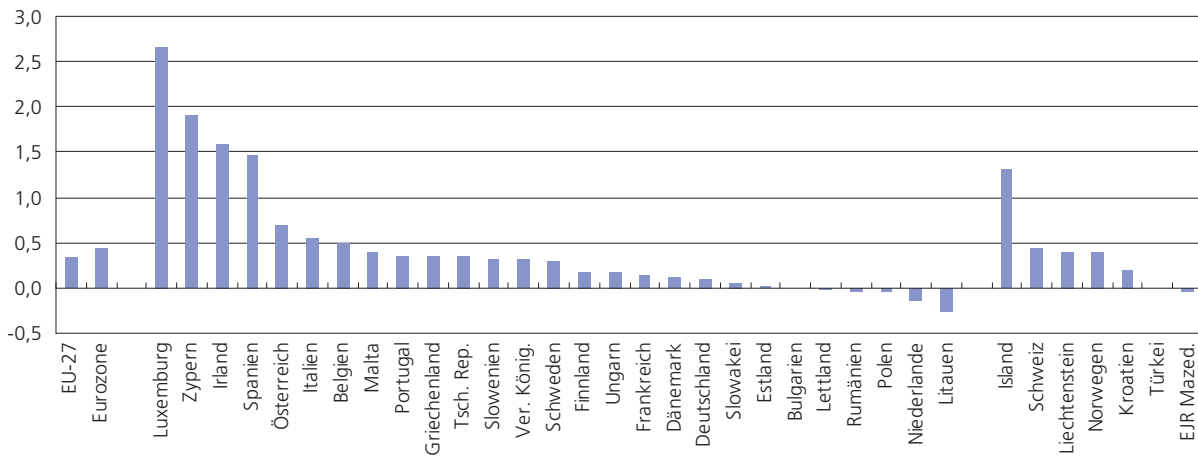
Quelle: Eurostat (tps00008 und tps00001)





**Abbildung SP29: Nettowanderungsquote (einschließlich Korrekturen), 2005**

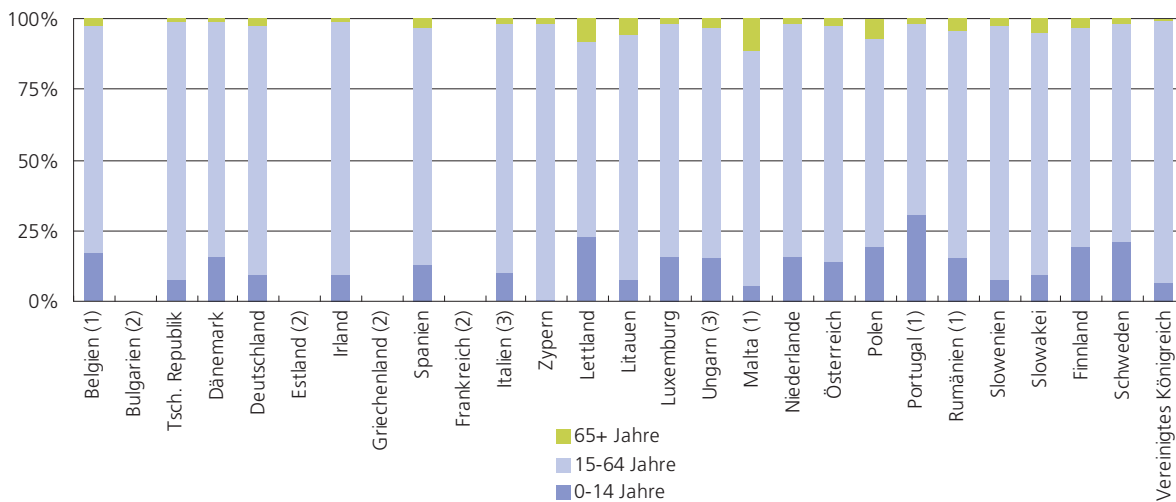
(in % der Gesamtbevölkerung)



Quelle: Eurostat (tps00008 und tps00001)

**Abbildung SP30: Zuwanderung nach Altersgruppen, 2004**

(in %)



(1) 2001.  
 (2) Nicht verfügbar.  
 (3) 2003.

Quelle: Eurostat (migr\_immige)



Tabelle SP.23: Zuwanderung nach Alter, 2004

	Zuwanderer insgesamt (Personen)	Zuwanderung nach Alter (in % der Gesamtzuwanderung)										
		<15	15-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65+
<b>Belgien</b>	85 378	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Bulgarien</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Tsch. Republik</b>	53 453	7,9	23,4	17,8	13,1	10,6	9,9	7,5	4,8	2,5	1,1	1,3
<b>Dänemark</b>	49 860	15,7	35,7	17,5	10,2	7,2	4,4	2,9	2,1	1,7	1,3	1,3
<b>Deutschland</b>	780 175	9,8	26,1	17,3	12,5	9,7	7,9	6,2	4,2	2,3	1,5	2,5
<b>Estland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Irland</b>	70 000	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Griechenland</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Spanien</b>	684 561	12,7	22,3	18,0	13,4	9,6	6,7	4,9	3,5	3,0	2,5	3,3
<b>Frankreich (1)</b>	140 123	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Italien (2)</b>	440 301	10,0	19,1	20,5	16,2	11,2	8,3	6,0	3,7	1,8	1,3	2,0
<b>Zypern</b>	22 003	0,5	23,5	20,1	14,6	11,4	9,2	6,5	5,5	3,4	2,4	2,7
<b>Lettland</b>	1 665	23,2	10,0	9,1	11,7	8,8	10,1	6,1	4,3	4,5	4,0	8,2
<b>Litauen</b>	5 553	7,7	26,0	19,0	11,8	8,1	7,0	5,8	4,0	3,0	1,9	5,6
<b>Luxemburg</b>	12 495	15,7	20,1	18,8	14,5	10,1	7,2	4,9	3,1	2,7	1,2	1,8
<b>Ungarn (2)</b>	21 327	15,6	23,6	17,7	12,0	9,0	6,3	5,3	3,7	2,2	1,6	3,0
<b>Malta</b>	1 052	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Niederlande</b>	94 019	16,1	25,5	18,1	13,4	9,2	6,3	3,9	2,6	1,9	1,1	1,7
<b>Österreich</b>	127 399	14,1	27,5	16,9	12,1	8,7	6,4	4,7	3,2	2,2	1,7	2,3
<b>Polen</b>	9 495	19,2	10,5	11,2	11,4	8,2	8,0	8,8	7,3	5,1	3,6	6,8
<b>Portugal (3)</b>	16 761	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Rumänien (3)</b>	2 987	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Slowenien</b>	10 171	7,5	23,6	16,4	13,0	11,3	9,9	6,8	4,4	2,2	2,2	2,7
<b>Slowakei</b>	10 390	9,5	13,8	13,2	12,8	11,2	10,0	7,8	7,5	5,4	3,7	4,9
<b>Finnland</b>	20 333	19,0	19,7	17,7	12,7	9,0	6,2	4,5	3,5	2,6	1,7	3,2
<b>Schweden</b>	62 028	20,8	20,5	18,0	13,0	9,0	6,2	3,8	2,8	2,2	1,6	2,1
<b>Ver. Königreich</b>	518 097	6,3	37,3	22,7	12,3	8,5	4,9	1,7	2,2	1,7	1,7	0,8

(1) Ohne Staatsangehörige der EU-15.

(2) 2003.

(3) Ohne inländische Staatsangehörige.

Quelle: Eurostat (migr\_immige)



Tabelle SP.24: Zuwanderung nach Geschlecht und Altersgruppen, 2004

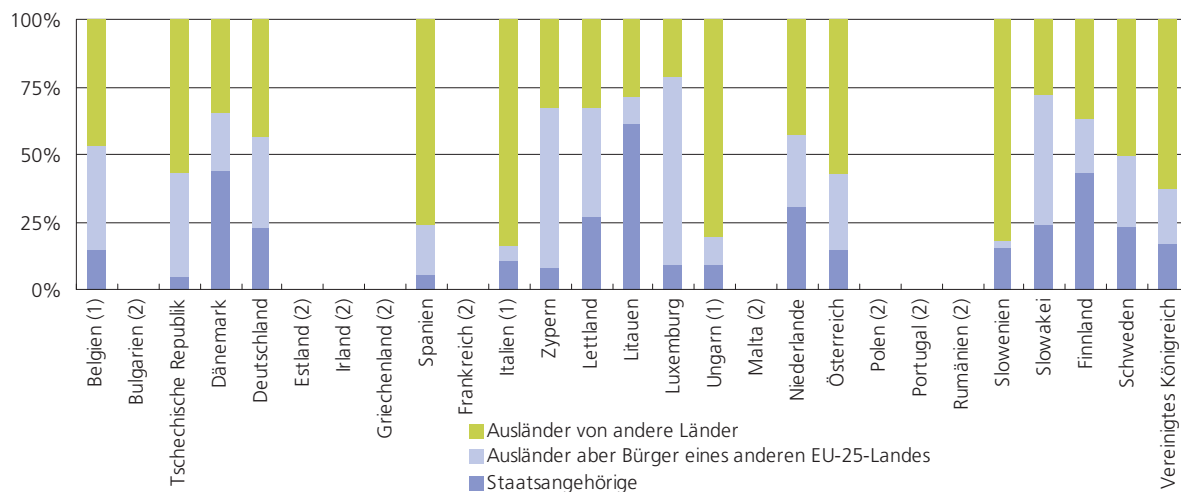
	Zuwanderer insgesamt (Personen)		Zuwanderungsprofil nach Alter (Anteil der Männer in der jeweiligen Altersgruppe, in %)										
	Männer	Frauen	<15	15-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65+
Belgien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Tsch. Republik	34 385	19 068	51,6	56,9	63,4	68,4	70,6	71,8	70,9	72,4	71,6	69,4	52,8
Dänemark	25 105	24 755	50,5	44,4	51,9	53,1	56,3	58,6	58,6	56,9	59,7	61,1	55,7
Deutschland	455 601	324 574	51,5	48,3	58,9	64,2	67,9	69,3	70,2	66,2	60,1	55,7	44,7
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Irland	39 100	30 900	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Spanien	374 321	310 240	51,1	52,9	58,0	59,6	57,9	56,1	52,7	48,2	47,0	49,6	50,7
Frankreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien (1)	216 015	224 286	53,1	53,3	54,2	53,0	48,4	39,6	32,7	27,5	34,6	44,3	51,8
Zypern	10 502	11 501	23,4	45,1	48,8	55,0	46,5	47,9	44,3	44,8	38,2	47,5	60,6
Lettland	994	671	51,0	53,0	57,2	64,6	69,4	70,8	75,2	69,4	62,7	65,7	42,6
Litauen	2 968	2 585	50,5	49,0	50,7	61,6	65,8	61,6	53,9	66,2	60,6	46,3	31,4
Luxemburg	6 910	5 585	49,9	53,0	52,4	55,0	60,3	62,5	66,7	64,9	64,6	56,6	41,7
Ungarn (1)	12 289	9 038	50,9	50,3	59,8	63,2	65,6	68,5	65,5	67,1	57,0	49,4	46,8
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	46 200	47 819	49,6	42,0	48,2	52,0	53,4	55,5	56,9	55,3	56,8	57,5	51,3
Österreich	69 789	57 610	52,4	49,5	55,5	60,1	63,5	61,4	59,3	54,4	53,1	51,8	42,9
Polen	4 800	4 695	50,1	55,2	51,3	52,3	49,2	48,9	50,7	47,6	48,3	52,4	47,8
Portugal	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowenien	7 485	2 686	52,2	71,8	73,5	79,9	80,9	81,5	82,3	76,5	63,5	60,3	51,6
Slowakei	6 329	4 061	51,3	52,2	58,8	64,5	67,0	69,0	70,1	62,6	63,4	61,8	49,8
Finnland	10 130	10 203	48,3	45,7	50,9	53,4	54,4	50,0	51,1	47,6	53,6	51,0	47,7
Schweden	30 786	31 242	49,4	44,1	50,8	49,6	51,2	52,6	54,5	53,7	56,4	58,1	53,1
Ver. Königreich	260 621	257 477	67,2	46,7	46,1	50,3	62,4	65,2	62,6	36,0	42,2	26,3	63,7

(1) 2003.

Quelle: Eurostat (migr\_immige)

**Abbildung SP31: Zuwanderung nach größeren Staatsangehörigkeitsgruppen, 2004**

(in % der Gesamtzuwanderung)



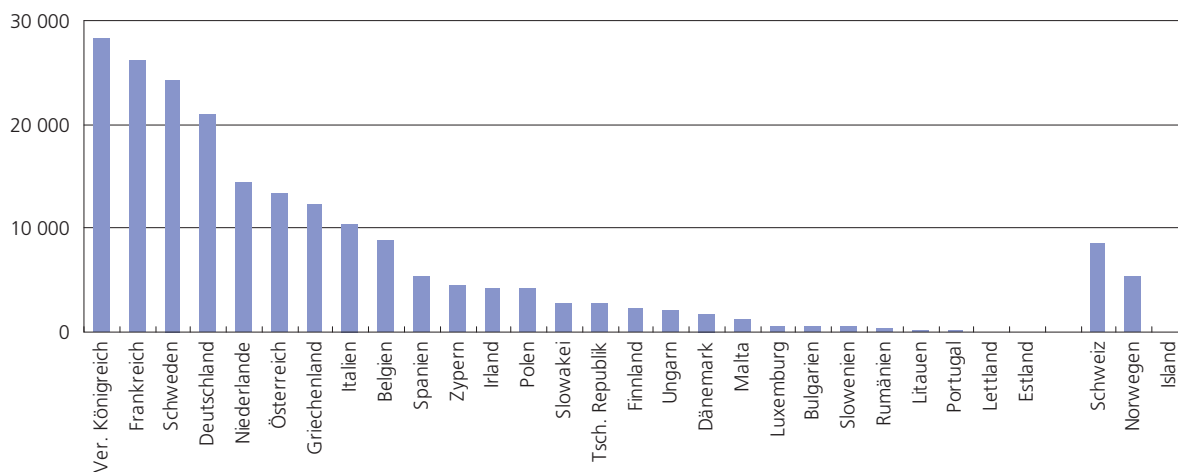
(1) 2003.

(2) Nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (migr\_immige)

**Abbildung SP32: Asylanträge, 2006 (1)**

(in Personen)



(1) EU-27: 192 765 Asylanträge im Jahr 2006. Eurozone: 119 565 Asylanträge im Jahr 2006.

Quelle: Eurostat (tps00021)

Diese Zahlen beziehen sich auf alle Personen, die auf individueller Basis Asyl oder einen ähnlichen Schutz beantragen; dabei spielt es keine Rolle, ob sie ihren Antrag bei der Ankunft an der Landesgrenze oder innerhalb des betreffenden Staatsgebiets stellen oder legal oder illegal eingereist sind. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden sind Daten aus verschiedenen Ländern nicht immer vollständig vergleichbar.


**Tabelle SP.25: Asylanträge**

(in Personen)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>EU-27</b>	:	:	313 645	380 450	406 585	424 180	421 470	337 235	268 575	227 520	192 765
<b>Eurozone</b>	186 525	195 570	231 290	264 060	272 585	269 585	244 035	203 055	163 050	152 680	119 565
<b>Belgien</b>	12 435	11 790	21 965	35 780	42 690	24 505	18 800	13 585	12 400	12 575	8 870
<b>Bulgarien</b>	:	370	835	1 350	1 755	2 430	2 890	1 320	985	700	500
<b>Tsch. Republik</b>	:	2 110	4 085	7 355	8 790	18 095	8 485	11 400	5 300	3 590	2 730
<b>Dänemark</b>	5 895	5 100	5 700	6 530	10 345	12 510	5 945	4 390	3 235	2 280	1 795
<b>Deutschland</b>	117 335	104 355	98 645	94 775	78 565	88 285	71 125	50 565	35 605	28 915	21 030
<b>Estland</b>	:	0	25	25	5	10	10	15	10	10	5
<b>Irland</b>	1 180	3 880	4 625	7 725	10 940	10 325	11 635	7 485	4 265	4 305	4 240
<b>Griechenland</b>	1 640	4 375	2 950	1 530	3 085	5 500	5 665	8 180	4 470	9 050	12 265
<b>Spanien</b>	4 730	4 975	4 935	8 405	7 925	9 490	6 310	5 765	5 365	5 050	5 295
<b>Frankreich</b>	17 405	21 415	22 375	30 905	38 745	47 290	51 085	52 205	50 545	42 580	26 270
<b>Italien</b>	680	1 890	13 100	18 450	15 195	17 400	16 015	13 705	9 630	9 345	10 350
<b>Zypern</b>	:	:	225	790	650	1 620	950	4 405	9 675	7 715	4 540
<b>Lettland</b>	:	:	35	20	5	15	25	5	5	20	10
<b>Litauen</b>	:	240	160	145	305	425	365	395	165	100	145
<b>Luxemburg</b>	265	435	1 710	2 930	625	685	1 040	1 550	1 575	800	525
<b>Ungarn</b>	1 260	:	7 120	11 500	7 800	9 555	6 410	2 400	1 600	1 610	2 115
<b>Malta</b>	:	70	160	255	160	155	350	455	995	1 165	1 270
<b>Niederlande</b>	22 855	34 445	45 215	39 275	43 895	32 580	18 665	13 400	9 780	12 345	14 465
<b>Österreich</b>	6 990	6 720	13 805	20 130	18 285	30 125	39 355	32 360	24 635	22 460	13 350
<b>Polen</b>	600	3 580	3 425	3 060	4 660	4 480	5 170	6 810	7 925	5 240	4 225
<b>Portugal</b>	270	250	355	305	225	235	245	115	115	115	130
<b>Rumänien</b>	585	1 425	1 235	1 665	1 365	2 280	1 000	885	545	485	380
<b>Slowenien</b>	35	70	335	745	9 245	1 510	650	1 050	1 090	1 550	500
<b>Slowakei</b>	415	645	505	1 320	1 555	8 150	9 745	10 300	11 395	3 550	2 850
<b>Finnland</b>	710	970	1 270	3 105	3 170	1 650	3 445	3 090	3 575	3 595	2 275
<b>Schweden</b>	5 775	9 680	12 840	11 220	16 285	23 500	33 015	31 355	23 160	17 530	24 320
<b>Ver. Königreich</b>	29 640	32 500	46 015	71 160	80 315	71 365	103 080	60 045	40 625	30 840	28 320
<b>Island</b>	:	:	:	:	:	:	:	:	:	85	40
<b>Norwegen</b>	1 780	2 270	8 375	10 160	10 845	14 770	17 480	16 020	7 950	5 400	5 320
<b>Schweiz</b>	18 060	23 185	39 735	43 935	15 780	18 720	24 255	18 920	12 730	8 650	8 580

Quelle: Eurostat (tps00021)

**Tabelle SP.26: Erwerb der Staatsangehörigkeit und Asylanträge**

(in Personen)

	Erwerb der Staatsangehörigkeit		Asylentscheidungen						Zahl der positiven Entscheidungen	
			Asylanträge		Zahl der Entscheidungen		davon Ablehnungen (%)			
			2004	2005	2005	2006	2005	2006		
<b>EU-27</b>	:	:	227 520	192 765	292 285	237 985	61,4	57,8	46 730	55 140
<b>Eurozone</b>	:	:	152 680	119 565	202 955	139 655	60,9	68,4	31 855	22 845
<b>Belgien</b>	:	:	12 575	8 870	17 585	8 345	58,8	70,8	3 700	2 440
<b>Bulgarien</b>	:	:	700	500	945	695	40,3	31,0	85	95
<b>Tsch. Republik</b>	5 020	2 626	3 590	2 730	4 375	3 020	60,2	72,6	330	365
<b>Dänemark</b>	14 976	10 197	2 280	1 795	1 325	985	82,7	80,5	230	190
<b>Deutschland</b>	127 153	117 241	28 915	21 030	48 100	30 760	57,1	57,8	3 120	1 950
<b>Estland</b>	6 543	7 072	10	5	15	5	69,2	71,4	5	0
<b>Irland</b>	3 784	4 073	4 305	4 240	5 240	4 245	91,3	90,6	455	395
<b>Griechenland</b>	:	:	9 050	12 265	10 420	11 180	44,0	85,9	125	195
<b>Spanien</b>	38 220	42 860	5 050	5 295	5 140	4 065	93,3	95,0	345	205
<b>Frankreich</b>	168 826	154 827	42 580	26 270	51 270	37 715	91,8	92,2	4 185	2 930
<b>Italien</b>	:	:	9 345	10 350	20 055	9 260	36,3	39,8	5 295	5 215
<b>Zypern</b>	:	3 952	7 715	4 540	5 795	5 585	53,9	31,8	160	170
<b>Lettland</b>	17 178	20 106	20	10	10	15	41,7	7,1	0	10
<b>Litauen</b>	610	435	100	145	385	445	7,8	6,5	345	395
<b>Luxemburg</b>	841	954	800	525	1 480	890	37,4	55,6	670	370
<b>Ungarn</b>	5 432	:	1 610	2 115	1 655	2 020	51,6	60,3	190	200
<b>Malta</b>	:	:	1 165	1 270	1 160	1 185	50,1	53,7	520	550
<b>Niederlande</b>	26 171	28 488	12 345	14 465	19 750	14 180	40,9	53,0	8 820	4 345
<b>Österreich</b>	41 645	34 876	22 460	13 350	18 585	15 490	29,2	37,9	4 530	4 065
<b>Polen</b>	1 937	2 866	5 240	4 225	8 840	7 280	25,8	12,9	2 145	2 465
<b>Portugal</b>	1 346	:	115	130	90	105	82,0	71,2	15	30
<b>Rumänien</b>	:	767	485	380	470	365	88,5	74,9	55	55
<b>Slowenien</b>	3 333	2 684	1 550	500	1 785	900	37,3	63,1	25	10
<b>Slowakei</b>	4 016	1 393	3 550	2 850	3 785	2 815	21,8	30,6	25	10
<b>Finnland</b>	6 880	5 683	3 595	2 275	3 455	2 520	72,8	61,1	570	695
<b>Schweden</b>	28 893	39 573	17 530	24 320	23 920	46 395	66,6	27,3	5 360	22 745
<b>Ver. Königreich</b>	140 740	161 755	30 840	28 320	36 650	27 520	75,8	74,2	5 425	5 045
<b>Kroatien</b>	8 940	:	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>EJR Mazedonien</b>	2 625	2 660	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Türkei</b>	8 238	6 901	:	:	:	:	:	:	:	:
<b>Island</b>	:	:	85	40	85	30	66,3	58,1	0	0
<b>Norwegen</b>	8 154	12 655	5 400	5 320	7 445	4 215	57,4	48,0	2 480	1 685
<b>Schweiz</b>	35 685	38 437	8 650	8 580	:	:	:	:	:	:

Quelle: Eurostat (tps00021, tps00024, tps00163 und tps00022)

Die Zahlen beziehen sich auf die Einbürgerung der Personen, die die Staatsbürgerschaft des Meldelandes erwerben, nachdem sie zuvor staatenlos oder Staatsbürger eines anderen Landes waren.

Die Daten über Entscheidungen beziehen sich auf das Datum der Entscheidung, nicht auf das Datum des Asylantrags. Die Daten sollten für Entscheidungen der ersten Instanz erhoben werden. Die Entscheidungen insgesamt setzen sich zusammen aus positiven Entscheidungen + negativen Entscheidungen + andere Nicht-Status-Entscheidungen.

Diese Zahlen beziehen sich nur auf Entscheidungen zur Gewährung des Flüchtlingsstatus im Sinne von Artikel 1 des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung von Flüchtlingen in der Fassung des New Yorker Protokolls vom 31. Januar 1967. Ausgenommen sind Entscheidungen zur Gewährung des Flüchtlingsstatus aus anderen Gründen (z. B. humanitäre Gründe).


**Tabelle SP.27: Vorausschätzung des Wanderungssaldos (einschließlich Korrekturen) (1)**

(in Tsd.)

	2006-10	2011-15	2016-20	2021-25	2026-30	2031-35	2036-40	2041-45	2046-50
<b>Belgien</b>	101,7	97,1	95,4	93,7	92,7	92,6	92,6	92,6	92,6
<b>Bulgarien</b>	-58,3	-77,1	-83,1	-54,0	-3,7	13,0	14,2	13,7	13,0
<b>Tsch. Republik</b>	16,9	-10,2	22,0	85,1	106,8	107,7	105,8	103,4	101,0
<b>Dänemark</b>	36,9	36,2	35,5	33,7	33,2	33,2	33,2	33,1	32,9
<b>Deutschland</b>	1 029,9	1 045,6	1 017,0	947,8	921,1	905,0	903,2	896,3	896,0
<b>Estland</b>	-9,9	-13,5	-7,2	4,5	8,6	8,9	8,8	8,6	8,5
<b>Irland</b>	78,1	75,8	72,2	68,1	65,5	64,4	63,4	62,7	62,1
<b>Griechenland</b>	201,1	201,2	196,4	187,3	175,7	174,2	174,2	174,2	174,5
<b>Spanien</b>	999,5	560,1	555,8	543,5	528,6	526,7	525,3	517,2	510,3
<b>Frankreich</b>	310,4	311,2	305,7	297,6	294,7	294,3	294,2	293,9	293,6
<b>Italien</b>	631,4	597,0	594,5	583,5	570,5	569,1	569,3	569,1	569,0
<b>Zypern</b>	31,5	29,9	24,2	22,5	22,8	23,3	23,7	24,0	24,3
<b>Lettland</b>	-12,6	-22,1	-11,7	7,8	14,5	14,9	14,7	14,4	14,2
<b>Litauen</b>	-29,5	-35,1	-18,7	11,5	22,0	22,9	22,6	22,2	21,8
<b>Luxemburg</b>	14,0	14,2	14,1	14,0	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9
<b>Ungarn</b>	69,3	33,1	52,2	91,9	105,4	105,7	104,4	102,8	101,0
<b>Malta</b>	12,6	11,5	11,3	11,6	11,9	12,1	12,3	12,5	12,6
<b>Niederlande</b>	157,0	165,3	164,4	160,8	158,6	158,0	157,7	157,0	155,9
<b>Österreich</b>	120,2	117,2	107,2	99,7	96,1	96,4	97,8	99,3	101,0
<b>Polen</b>	-158,7	-277,3	-153,7	87,4	172,8	180,4	178,2	174,4	170,1
<b>Portugal</b>	115,3	85,7	79,5	76,2	75,1	74,7	74,6	74,5	74,5
<b>Rumänien</b>	-68,4	-168,6	-226,5	-148,8	-7,3	41,4	45,8	44,9	43,5
<b>Slowenien</b>	30,1	18,7	22,8	31,7	34,8	34,9	34,6	34,1	33,5
<b>Slowakei</b>	-11,9	-13,7	-2,8	17,9	25,1	25,6	25,2	24,6	24,0
<b>Finnland</b>	31,1	31,4	31,0	30,3	30,2	30,2	30,2	30,2	30,2
<b>Schweden</b>	125,2	120,8	116,3	111,0	109,4	108,6	108,0	107,4	106,9
<b>Ver. Königreich</b>	612,9	552,4	523,0	505,6	497,7	494,7	493,7	492,9	492,6

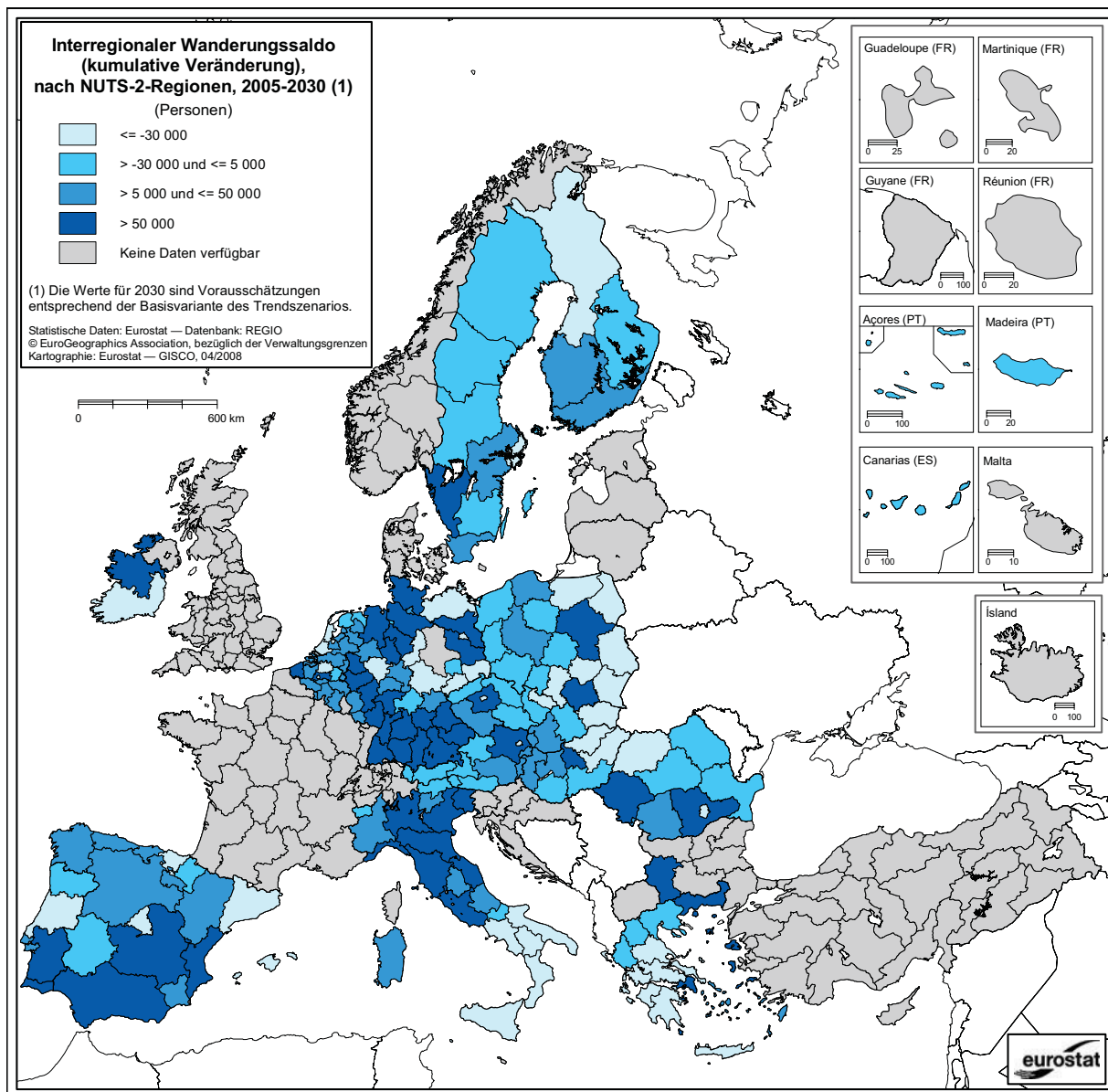
(1) Absolute Zahlen für den gesamten Zeitraum.

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_asm)



### Karte SP.4: Interregionaler Wanderungssaldo (kumulative Veränderung) nach NUTS-2-Regionen, 2005-2030 (1)

(in Personen)



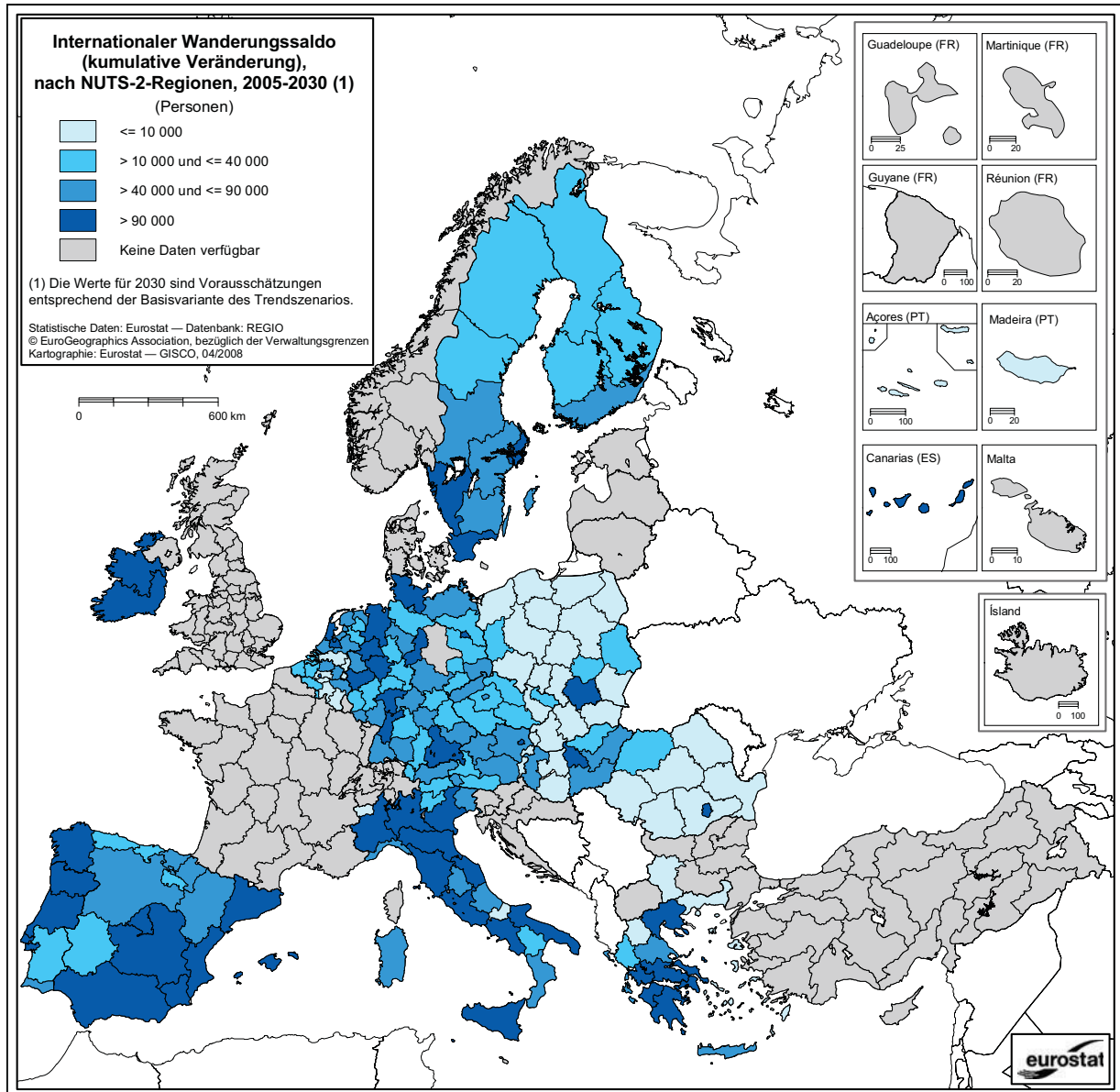
Quelle: Eurostat (proj\_rtbp\_dem\_eve)





**Karte SP.5: Internationaler Wanderungssaldo (kumulative Veränderung) nach NUTS-2-Regionen, 2005-2030 (1)**

(in Personen)



Quelle: Eurostat (proj\_rtbp\_dem\_eve)



### EINE ALTERNDE BEVÖLKERUNG

#### EINLEITUNG

Wie in den vorausgehenden Abschnitten bereits gezeigt wurde, wird die Alterung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte als Folge der niedrigen Fruchtbarkeitsziffern, der längeren Lebenserwartung und der Tatsache, dass die Kohorten der Baby-Boom-Generation demnächst das Rentenalter erreichen, die EU wahrscheinlich vor große Herausforderungen stellen. Während kurzfristig mit einem weiteren Anstieg des Arbeitskräfteangebots in der EU gerechnet wird, ist langfristig mit ziemlicher Sicherheit eine Umkehr dieses Trends zu erwarten. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wird sinken, und die Zahl der Nichterwerbstätigen im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen wird sich erhöhen.

Der größere Anteil abhängiger älterer Personen dürfte zu höheren Belastungen für die erwerbstätige Bevölkerung führen, die für die Sozialausgaben im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung – Renten, Gesundheitsversorgung und institutionelle oder private Pflege – aufkommen muss. Die Steigerung der Erwerbsbeteiligung stellt eine Möglichkeit dar, die demografischen Entwicklungen und die Belastung durch Sozialausgaben miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. In einigen Mitgliedstaaten sind bereits Rentenreformen auf den Weg gebracht worden. Darüber hinaus haben die politischen Entscheidungsträger geprüft, wie sich Erwerbsmöglichkeiten, die für ältere Menschen interessant sein könnten, flexibler gestalten lassen und wie das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter erhöht werden kann.

Diese Trends und insbesondere ihre Auswirkungen auf die Sozialsysteme geben zunehmend Anlass zu Sorge. Inwieweit die EU als Ganzes die durch die Bevölkerungsalterung bedingten sozioökonomischen Umwälzungen bewältigen kann, wird davon abhängen, wie es ihr gelingt, die Produktivität zu steigern und ihre Humanressourcen voll auszuschöpfen. Gegenwärtig werden die von älteren Menschen benötigten Pflegeleistungen zum größten Teil von jüngeren Familienmitgliedern erbracht. Da jedoch der Anteil älterer Menschen, die nicht bei ihren Familien leben, ansteigen dürfte, ist mit einem wachsenden Bedarf an professionellen Pflegediensten zu rechnen. Zudem wird die am schnellsten wachsende Altersgruppe in Europa die Gruppe der mindestens 80-Jährigen sein. Die Sozial- und Gesundheitsversorgung sowie die Bereitstellung altersgerechter Wohnungen, Verkehrsmittel/Mobilitätsvorrichtungen und anderer öffentlicher Infrastrukturen für diese Bevölkerungsgruppe wird somit eine große Herausforderung darstellen. Der Bedarf an derartigen Dienstleistungen wird nicht nur von der absoluten Zahl älterer Menschen abhängen, sondern auch von ihrer künftigen Gesundheit.

Die im Juli 2005 vom Europäischen Rat angenommenen beschäftigungspolitischen Leitlinien spiegeln das übergreifende Ziel der EU wider, Vollbeschäftigung zu erreichen. Der Rat bekräftigte vier Prioritäten:

- mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt bringen und dort halten;
- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern;
- die Investitionen in Humankapital durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung steigern;
- die wirksame Durchsetzung der Reformen durch bessere Politikgestaltung sicherstellen.

In den letzten Jahren hat es bei den Beschäftigungsquoten zwar einige Fortschritte gegeben, doch liegen die Quoten für die Gesamtbevölkerung, für Frauen und für ältere Menschen noch immer unter den Zielvorgaben von Lissabon und Stockholm für 2010. Im Jahr 2006 haben nur fünf Mitgliedstaaten (Dänemark, die Niederlande, Schweden, das Vereinigte Königreich und Österreich) die angestrebten 70 % für die Gesamtbeschäftigungsquote erreicht; weitere Informationen zu diesen Aspekten finden sich in Kapitel 5.

Viele Maßnahmen, die z. B. bei der effektiven Arbeitsplatzsuche helfen, attraktive Arbeitszeitregelungen einführen, dafür sorgen, dass Arbeit sich lohnt, und das lebenslange Lernen fördern, werden im Hinblick auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung für wichtig erachtet. Zu den zahlreichen Initiativen auf diesem Gebiet zählen etwa:

- die gleichzeitige Förderung von Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt;
- die Förderung von Kinderbetreuungs- und sonstigen Betreuungseinrichtungen, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen;
- die Verstärkung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen;
- die Entwicklung von Strategien des aktiven Alterns;
- die Verbesserung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Aufteilung der Investitionen in Humankapital;
- die Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit.



Um der demografischen Herausforderung durch die alternde Bevölkerung zu begegnen, hat sich der Europäische Rat 2001 in Stockholm auf das Ziel geeinigt, bis 2010 die Hälfte der EU-Bevölkerung in der Altersgruppe 55-64 in Beschäftigung zu bringen. In Anbetracht der beschäftigungspolitischen Leitlinien und des Berichts der Taskforce „Beschäftigung“ unter Vorsitz von Wim Kok war es dringend geboten, einen umfassenden Politikansatz für das aktive Altern zu beschließen, der auf geeignete finanzielle Anreize für die Verlängerung des Erwerbslebens, Strategien für das lebenslange Lernen und bessere Arbeitsqualität abzielt. In dem von der Kommission vorgelegten Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“<sup>(21)</sup> werden für Europa drei Prioritäten gesetzt:

- Modernisierung der Sozialschutzsysteme, Steigerung der Beschäftigungsquote von Frauen und älteren Arbeitnehmern, innovative Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate und entsprechende Steuerung der Einwanderung;
- Sicherstellung eines Gleichgewichts zwischen den Generationen durch Verteilung der Arbeitszeit über das gesamte Leben, durch gerechtes Aufteilen der Früchte des Wachstums und durch gemeinsames Tragen der Lasten für die Finanzierung von Renten und Gesundheitsfürsorge;
- Schaffung neuer Übergänge zwischen den Lebensabschnitten, da es für junge Menschen schwierig ist, eine Beschäftigung zu finden. Eine steigende Zahl von „Jungrentnern“ wünscht sich eine Beteiligung am sozialen und wirtschaftlichen Leben. Die Studiendauer wird länger und junge Erwerbstätige möchten mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Diese Entwicklungen verändern die Grenzlinien und Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und wirtschaftlicher Inaktivität.

#### DEFINITIONEN UND DATENVERFÜGBARKEIT

Altersspezifische Anteile abhängiger Personen sind wichtige demografische Indikatoren, die die junge bzw. die alte Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Beziehung setzen. In dieser Veröffentlichung werden folgende Begriffe verwendet:

Der Anteil abhängiger jüngerer Personen gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Alter bis zu 14 Jahren zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren an; der Anteil abhängiger älterer Personen gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren oder darüber zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren an; der Anteil abhängiger Personen insgesamt gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Alter bis zu 14 Jahren und im Alter von 65 Jahren oder darüber zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren an.

(21) KOM(2005) 94 endgültig; nähere Informationen: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/news/2005/mar/comm2005-94\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/news/2005/mar/comm2005-94_de.pdf).

#### WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Im Zeitraum 1960-2005 sank der Anteil junger Menschen (im Alter von 0 bis 14 Jahren) an der Gesamtbevölkerung Europas von 26,7 % auf 15,9 %. Der Anteil älterer Menschen (im Alter von 65 Jahren und darüber) stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 8,8 % auf 15,9 %. Diese Trends werden sich aufgrund weiterhin niedriger Fruchtbarkeitsziffern und steigender Lebenserwartung voraussichtlich fortsetzen.

Im Jahr 2005 war Europa der Erdteil mit dem niedrigsten Anteil junger Menschen und dem höchsten Anteil alter Menschen. Im Vergleich dazu lag der Anteil junger Menschen an der Weltbevölkerung 2005 insgesamt bei 28,3 %, während ältere Menschen 7,3 % der Erdbevölkerung ausmachten.

Der Anteil abhängiger jüngerer Personen in Europa ging im Zeitraum 1960-2005 von 41,4 % auf 23,3 % zurück. Europa war auch der Erdteil mit dem höchsten Anstieg des Anteils abhängiger älterer Personen, der sich im Zeitraum 1960-2005 von 13,6 % auf 23,3 % und damit fast dreimal so schnell erhöhte wie in Ozeanien, das mit einer Zunahme von 12,3 % auf 15,9 % an zweiter Stelle folgt. 1960 entfiel im Bevölkerungsprofil Nordamerikas noch ein höherer Bevölkerungsanteil auf die älteren Generationen als in Europa. Der Alterungsprozess auf dem nordamerikanischen Kontinent verläuft jedoch erheblich langsamer, so dass sich der Anteil abhängiger älterer Personen dort von 15,0 % im Jahr 1960 nur auf 18,3 % im Jahr 2005 erhöhte.

Der aus diesen beiden Indikatorenätzen ermittelte Anteil abhängiger Personen insgesamt reichte 2005 von 46,6 % in Europa bis zu einem Spitzenwert von 81,2 % in Afrika, wo die abhängigen Personen zum überwiegenden Teil Kinder sind. In Europa stand dem Rückgang des Anteils abhängiger jüngerer Personen ein Anstieg des Anteils abhängiger älterer Personen entgegen, so dass die Veränderung des Gesamtanteils im Vergleich zu den meisten anderen Erdteilen relativ gering ausfiel; es ist daher eine Schwerpunktverlagerung bei den Sozialausgaben zugunsten älterer Menschen, d. h. für Gesundheitsversorgung und Renten, erforderlich. Die im Zeitraum 1960-2005 zu beobachtenden Verschiebungen bei den Anteilen abhängiger Personen insgesamt zeigen, dass der stärkste Rückgang dieses Gesamtanteils in Lateinamerika einschließlich des karibischen Raums zu verzeichnen war: von 85,9 % im Jahr 1960 auf 56,5 % im Jahr 2005. Ähnlich verhielt es sich in Asien, wobei der Anteil abhängiger Personen insgesamt dort nicht ganz so stark abnahm: von 77,6 % auf 52,4 %. Diese deutlichen Verschiebungen dürften größtenteils damit zusammenhängen, dass die Fruchtbarkeitsziffer gesunken und gleichzeitig die Lebenserwartung leicht gestiegen ist. Der einzige Erdteil, der beim Anteil abhängiger Personen insgesamt im Zeitraum 1960-2005 einen geringeren Rückgang verzeichnete als Europa, war Afrika, wobei sich dort in den letzten zehn Jahren (1995-2005) ein rasches Absinken des Anteils abhängiger jüngerer Personen angedeutet hat.



In den einzelnen EU-Mitgliedstaaten haben sich die altersspezifischen Anteile abhängiger Personen entsprechend den oben dargestellten Trends für den gesamten europäischen Kontinent entwickelt. Der Anteil abhängiger jüngerer Personen bewegte sich 2005 zwischen 20,0 % in Belgien und 30,4 % in Estland, während der Anteil älterer abhängiger Personen in der Slowakei mit 16,3 % am niedrigsten und in Italien mit 29,3 % am höchsten war. Der Anteil abhängiger Personen insgesamt lag 2006 in der EU-27 bei 48,8 % und reichte von 39,5 % in der Slowakei bis zu 53,4 % in Frankreich. Neben Frankreich war in sechs weiteren Mitgliedstaaten der Anteil der jüngeren und älteren Personen zusammen größer als der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, und zwar in Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Belgien und Schweden. Von diesen Ländern verzeichneten Deutschland und Italien einen besonders niedrigen Anteil jüngerer abhängiger Personen und demzufolge einen sehr hohen Anteil abhängiger älterer Personen, während alle übrigen Länder für den Anteil jüngerer abhängiger Personen Werte über dem EU-Durchschnitt meldeten; das bedeutet, dass diese Länder durch (für europäische Verhältnisse) relativ hohe Fruchtbarkeitsziffern charakterisiert sind.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Anteile abhängiger Personen aus dem Vergleich der Zahl der Kinder und älteren Personen mit der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ergeben und dass im Hinblick auf Personen, die (aus welchen Gründen auch immer) nicht erwerbstätig sind, keine Korrektur vorgenommen wird. So sind beispielsweise die Erwerbsquoten junger Erwachsener in den letzten Jahren gesunken, was vor allem der zunehmenden Beteiligung an Bildungsgängen nach den Pflichtschuljahren (siehe Kapitel 2.1) sowie der relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten (siehe Kapitel 5.2) zuzuschreiben ist.

Am anderen Ende der Altersskala gibt es beträchtliche institutionelle und soziale Unterschiede, was die Erwerbsquoten älterer Menschen betrifft. Die höchsten Beschäftigungsquoten bei älteren Arbeitnehmern (60 Jahre und älter) sind in der Regel in den nordischen Ländern zu verzeichnen, während Länder wie Frankreich und Österreich bei über 60-Jährigen eine relativ niedrige Erwerbsquote aufweisen.

In den Karten zu diesem Kapitel (Karten 8 bis 11) ist die Entwicklung des Verhältnisses der Personen im erwerbsfähigen Alter zur Zahl der Personen im Alter von mindestens 65 Jahren dargestellt. Die Karten zeigen das Ausmaß der Herausforderungen, die in den kommenden Jahrzehnten auf Europa zukommen. 1995 gab es in der EU keine einzige Region (Ebene NUTS 2), in der auf eine Person im Alter von mindestens 65 Jahren durchschnittlich weniger als 2,5 Personen im erwerbsfähigen Alter kamen. Daran hat sich bis 2005 kaum etwas geändert: Die einzige Region, in der diese Marke unterschritten wurde, war Liguria. Nach den Bevölkerungsprojektionen von Eurostat wird dies bis 2015 in fünf weiteren Regionen der Fall sein, darunter drei weitere Regionen in Italien (Toscana, Piemonte und Friuli-Venezia Giulia) und zwei in Deutschland (Chemnitz und Dessau). Bis 2025 wird sich die Zahl der Regionen mit weniger als 2,5 Personen im erwerbsfähigen Alter je Person ab 65 Jahren voraussichtlich auf fast 50 erhöhen; das wäre ungefähr ein Viertel der Regionen, für

die Daten verfügbar sind (zu beachten ist, dass für Frankreich und das Vereinigte Königreich auf regionaler Ebene keine Voraussetzungen vorliegen). Die von der Bevölkerungsalterung besonders betroffenen Regionen werden sich im Jahr 2025 über die gesamte EU verteilen: schätzungsweise 17 Regionen in Deutschland, zehn in Italien, sechs in Spanien, vier in Finnland und in Schweden, jeweils zwei in Bulgarien, den Niederlanden und Österreich sowie jeweils eine Region in Belgien und in Griechenland.

Nach den Bevölkerungsprojektionen von Eurostat werden im Jahr 2050 in der EU-27 15 Millionen weniger Kinder (bis zu 14 Jahren) leben als im Jahr 2005; der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung wird im Zeitraum 2005-2050 voraussichtlich von 16,1 % auf 13,4 % sinken. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren um knapp 5 Millionen zunimmt. Die größte Veränderung dürfte sich jedoch für die Altersgruppe 65+ ergeben, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung 2005 bei 16,6 % lag und sich bis 2050 auf schätzungsweise 29,9 % erhöhen wird. Diese Trends schlagen sich auch im Anteil abhängiger älterer Personen nieder, der in der EU-27 auf voraussichtlich über 50 % steigen wird; noch vor dem Jahr 2050 kommen dann auf einen Rentner weniger als zwei Personen im erwerbsfähigen Alter.

Kurzfristig sind die signifikantesten Veränderungen in Bezug auf die Alterung der Bevölkerung für Deutschland und Italien zu erwarten, wo Personen im Alter von 65 und darüber bereits im Jahr 2010 mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Im Jahr 2050 wird voraussichtlich Spanien das Land mit dem höchsten Anteil älterer Menschen sein (35,7 % der Bevölkerung), noch vor Italien (35,3 %), Bulgarien (33,5 %) und Griechenland (32,5 %). Im Gegensatz dazu ist die geringste Bevölkerungsalterung für Luxemburg (wo für die Altersgruppe 65+ mit einem Anteil von 22,1 % zu rechnen ist), die Niederlande (23,5 %) und Dänemark (24,1 %) zu erwarten.

Während beim Anteil abhängiger älterer Personen mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen ist, wird sich der Anteil abhängiger jüngerer Personen aller Voraussicht nach kaum verändern und in einer Reihe von Mitgliedstaaten infolge einer leichten Erhöhung der Fruchtbarkeit nur geringfügig zunehmen. Der Anteil abhängiger Personen insgesamt wird nach den vorliegenden Bevölkerungsprojektionen in der EU-27 von 48,8 % im Jahr 2006 auf 77 % im Jahr 2050 steigen. Das bedeutet, dass gegenüber 2004, als auf zwei Personen im erwerbsfähigen Alter eine (jüngere oder ältere) Person außerhalb des erwerbsfähigen Alters kam, für 2050 mit einem Verhältnis von drei zu vier zu rechnen ist.

Das Bevölkerungswachstum in der Altersgruppe 80+ wird sich noch verstärken, da damit zu rechnen ist, dass mehr Menschen ein höheres Alter erreichen. Schätzungen zufolge wird sich der Anteil sehr alter Menschen (80 Jahre und älter) an der Gesamtbevölkerung der EU-27 fast verdreifachen und bis 2050, wenn diese Alterskohorte 50 Millionen Menschen umfasst, zweistellig sein.



## QUELLEN

### Statistical books

Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006

Bevölkerungsstatistik (mit CD-ROM)

Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung

### Pocketbooks

Living conditions in Europe – statistical pocketbook – data 2002-2005

### Methodologies and working documents

Demographic outlook – national reports on the demographic developments in 2005

Methodology for the calculation of Eurostat's demographic indicators

Bevölkerungsstatistik: Definitionen und Methoden zur Erhebung in 31 europäischen Ländern

### Website-Daten

#### Demographie

Demographie – Nationale Daten

Wichtigste Bevölkerungsindikatoren

Bevölkerungsentwicklung: Absolute Zahlen und Raten

Bevölkerung

Bevölkerung (Jahresdurchschnitt) nach Geschlecht und Alter

Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres

Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar

Demographie – Regionale Daten

Bevölkerung und Fläche

Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht ab 1990

Bevölkerung im Jahresdurchschnitt nach Geschlecht

#### Bevölkerungsvorausschätzungen

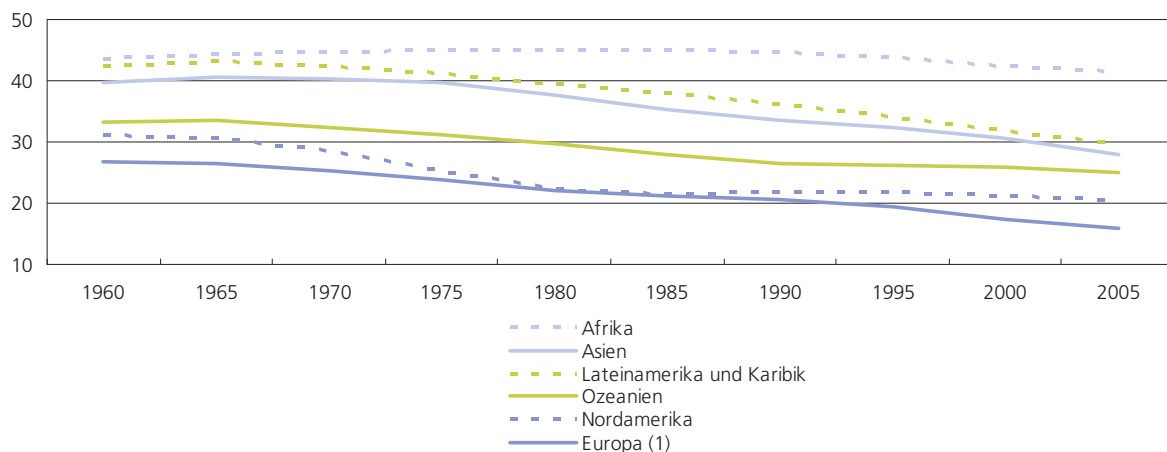
EUROPOP2004 – Trendszenario, nationale Ebene

EUROPOP2004 – Trendszenario, regionale Ebene



**Abbildung SP33: Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren**

(in % der Gesamtbevölkerung)

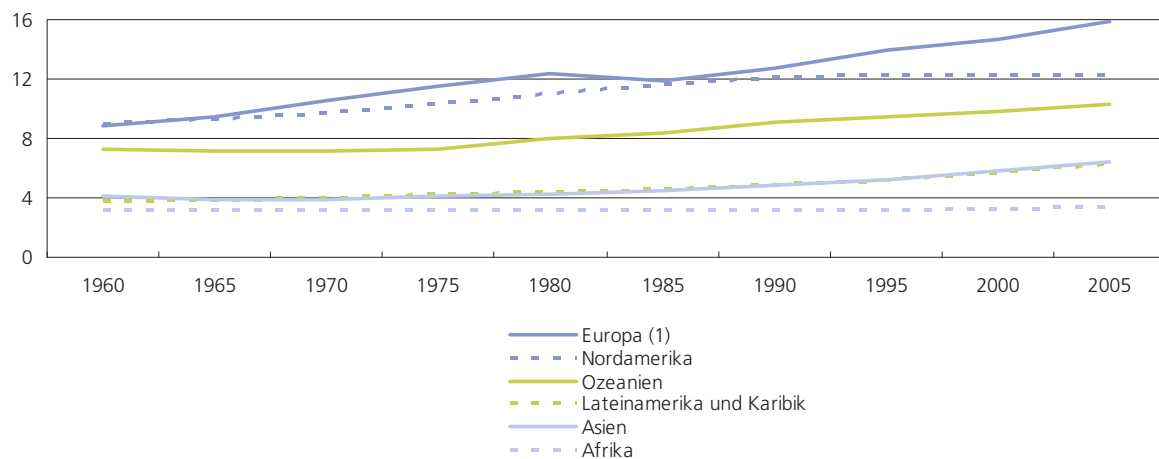


(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjanind), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP34: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber**

(in % der Gesamtbevölkerung)



(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjanind), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten



**Tabelle SP.28: Anteil der Bevölkerung**

(in % der Gesamtbevölkerung)

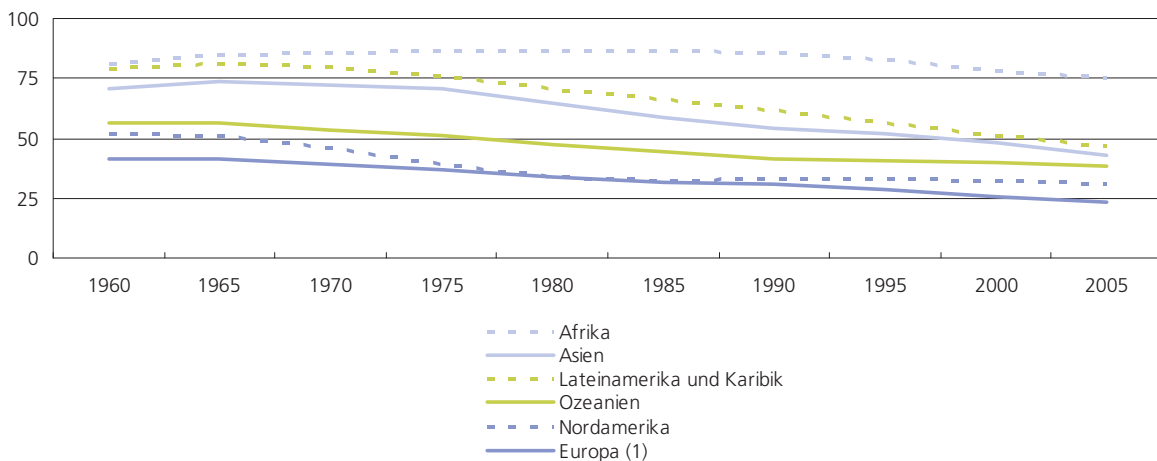
	im Alter von unter 15 Jahren						im Alter von über 65 Jahren					
	1960	1970	1980	1990	2000	2005	1960	1970	1980	1990	2000	2005
<b>Welt</b>	37,0	37,4	35,3	32,6	30,2	28,3	5,3	5,4	5,9	6,1	6,9	7,3
<b>Europa (1)</b>	26,7	25,3	22,2	20,5	17,5	15,9	8,8	10,5	12,4	12,7	14,7	15,9
<b>Afrika</b>	43,5	44,7	44,9	44,7	42,5	41,4	3,1	3,2	3,1	3,1	3,3	3,4
<b>Asien</b>	39,6	40,3	37,6	33,5	30,5	28,0	4,1	3,9	4,3	4,8	5,8	6,4
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	42,5	42,5	39,5	36,2	31,8	29,8	3,7	4,0	4,4	4,8	5,7	6,3
<b>Nordamerika</b>	31,1	28,5	22,5	21,7	21,3	20,5	9,0	9,7	11,0	12,1	12,3	12,3
<b>Ozeanien</b>	33,3	32,4	29,6	26,6	25,8	24,9	7,3	7,1	8,0	9,1	9,8	10,3

(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjanind), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP.35: Anteil abhängiger jüngerer Personen**

(in %)



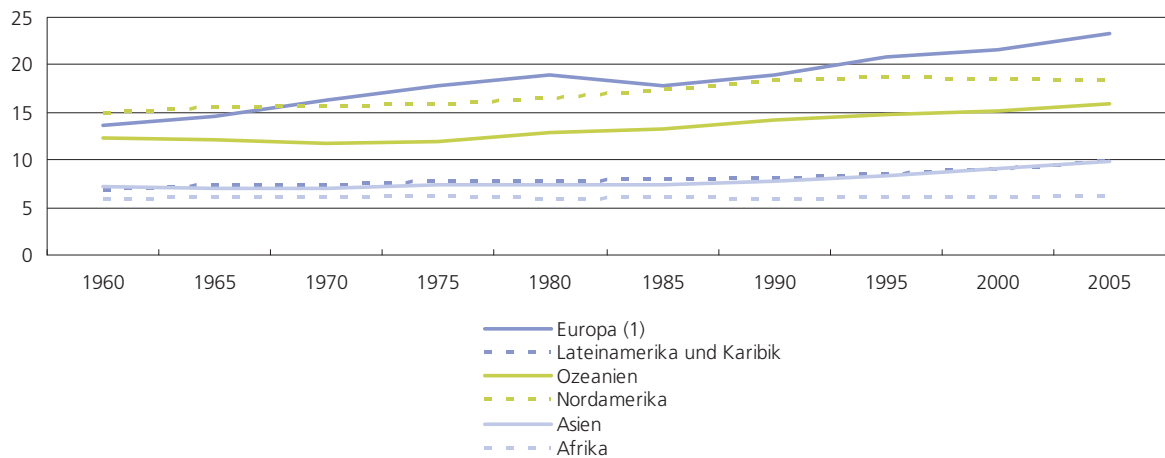
(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjanind), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten



**Abbildung SP36: Anteil abhängiger älterer Personen**

(in %)

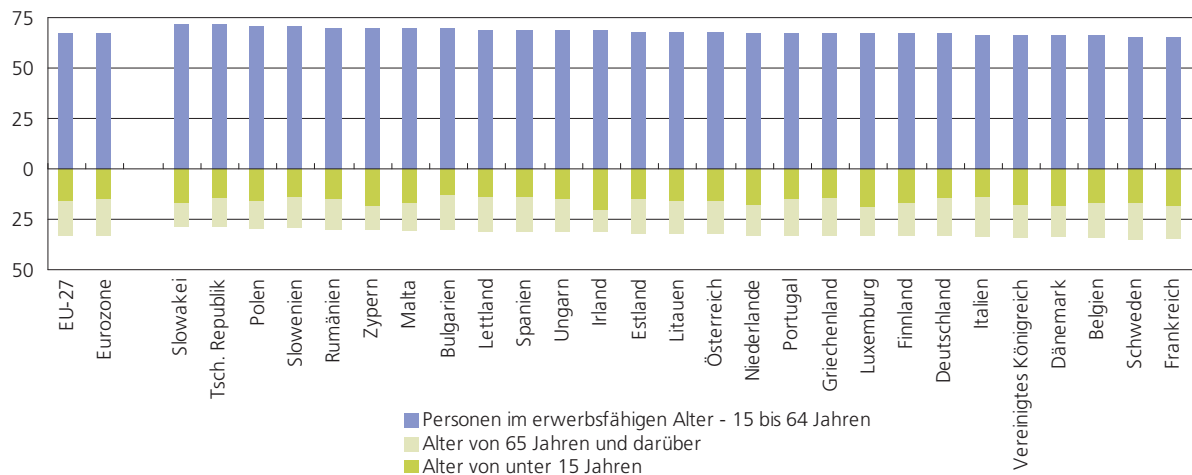


(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (demo\_pjanind), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP37: Aufschlüsselung der Bevölkerung nach Alter, 2006**

(in %)



Quelle: Eurostat (demo\_pjanind)




**Tabelle SP.29: Altersspezifische Anteile abhängiger Personen**

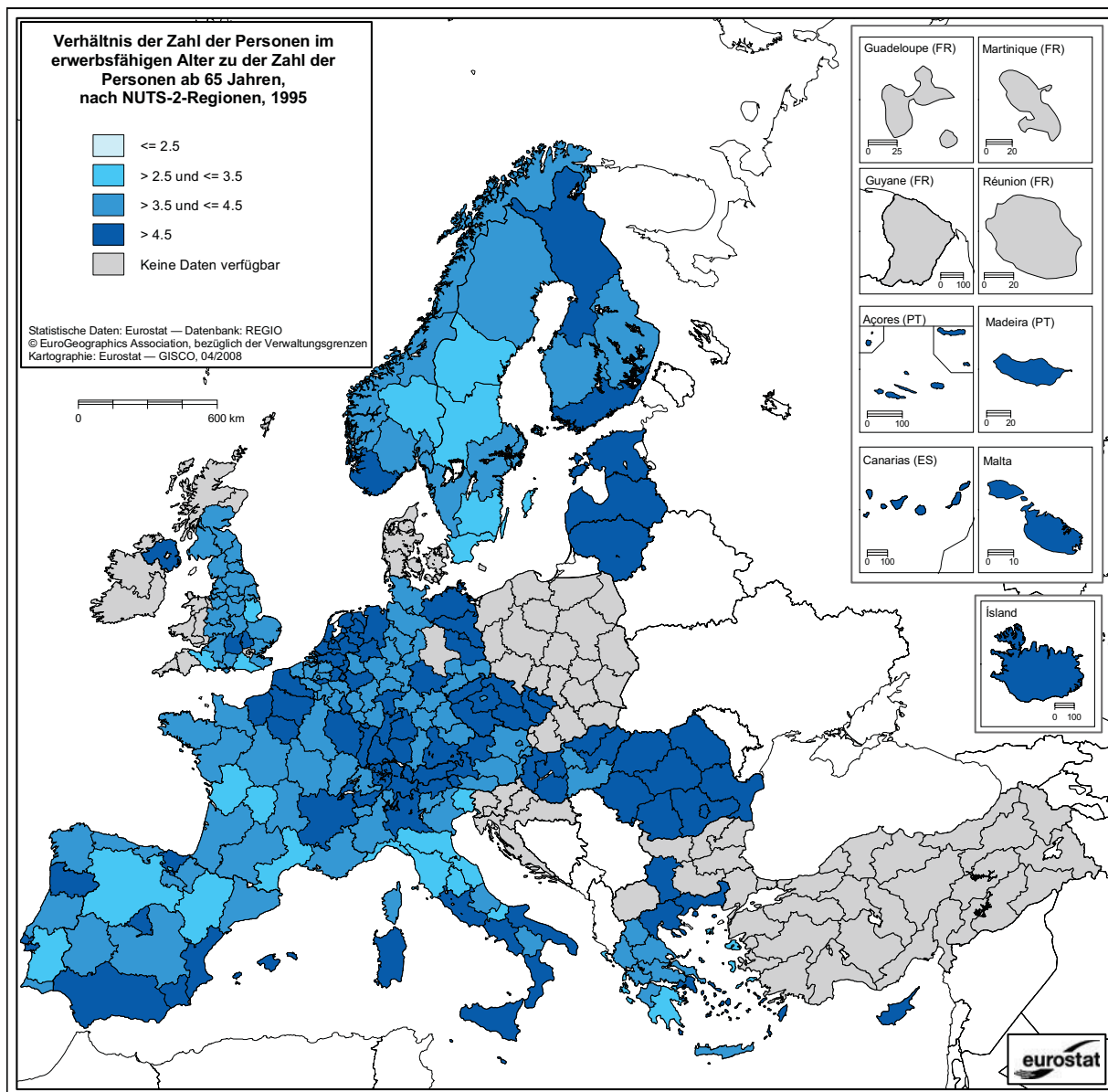
(in %)

	Anteil abhängiger jüngerer Personen						Anteil abhängiger älterer Personen					
	1960	1970	1980	1990	2000	2005	1960	1970	1980	1990	2000	2005
<b>EU-27</b>	:	:	:	29,2	25,7	24,0	:	:	:	20,6	23,2	24,6
<b>Eurozone</b>	:	:	:	27,0	24,4	23,6	:	:	:	21,0	24,3	26,1
<b>Belgien</b>	39,4	33,9	33,5	30,9	23,4	20,0	11,2	14,0	17,8	19,5	23,8	24,8
<b>Bulgarien</b>	39,5	32,0	37,0	33,0	23,9	21,0	14,6	17,9	21,6	19,0	19,8	19,8
<b>Tsch. Republik</b>	39,8	36,4	32,7	25,5	27,6	28,4	16,4	18,9	22,2	23,2	22,2	22,7
<b>Dänemark</b>	31,1	36,8	28,6	23,1	23,1	21,6	17,0	21,4	23,9	21,6	23,9	27,8
<b>Deutschland</b>	:	33,3	32,8	33,7	27,3	22,7	:	17,7	19,0	17,5	22,4	24,3
<b>Estland</b>	53,2	54,2	51,8	44,7	32,8	30,4	19,2	19,3	18,2	18,6	16,8	16,4
<b>Irland</b>	37,6	37,5	36,2	29,3	22,9	21,4	14,2	17,2	20,6	20,4	24,2	26,8
<b>Griechenland</b>	42,6	44,2	41,2	30,5	21,8	21,1	12,7	15,2	17,1	20,2	24,5	24,4
<b>Spanien</b>	:	:	:	:	29,3	28,7	:	:	:	:	24,3	24,9
<b>Frankreich</b>	42,2	40,0	35,4	30,5	29,0	28,3	18,7	20,6	22,1	21,1	24,6	25,2
<b>Italien</b>	37,4	38,1	35,1	24,5	21,2	21,3	14,0	16,7	20,3	21,5	26,8	29,3
<b>Zypern</b>	:	:	:	41,2	34,5	27,9	:	:	:	17,2	17,0	17,3
<b>Lettland</b>	:	32,8	30,7	32,1	26,7	21,6	:	18,0	19,6	17,7	22,1	24,1
<b>Litauen</b>	:	43,2	36,2	33,9	30,6	25,2	:	15,9	17,4	16,2	20,8	22,3
<b>Luxemburg</b>	31,5	33,8	28,1	24,9	28,3	27,9	15,9	19,1	20,3	19,3	21,4	21,3
<b>Ungarn</b>	38,7	31,3	33,8	31,0	24,8	22,8	13,6	17,0	20,9	20,0	22,0	22,7
<b>Malta</b>	:	:	36,1	35,8	30,2	25,6	:	:	12,5	15,7	17,9	19,3
<b>Niederlande</b>	49,1	43,8	34,3	26,4	27,4	27,3	14,6	16,2	17,4	18,6	20,0	20,8
<b>Österreich</b>	33,0	39,5	32,4	26,0	25,4	23,7	18,4	22,7	24,3	22,1	22,9	23,5
<b>Polen</b>	54,5	42,0	36,8	39,0	28,6	23,8	9,5	12,6	15,5	15,4	17,6	18,7
<b>Portugal</b>	46,8	46,8	41,6	31,6	24,0	23,2	12,4	14,9	17,8	20,0	23,7	25,2
<b>Rumänien</b>	:	39,8	42,1	36,0	27,7	22,8	:	13,0	16,3	15,6	19,7	21,1
<b>Slowenien</b>	:	37,7	34,6	30,6	23,0	20,4	:	14,8	16,4	15,5	19,8	21,8
<b>Slowakei</b>	51,1	43,4	41,2	39,6	28,8	23,9	11,1	14,4	16,7	16,0	16,6	16,3
<b>Finnland</b>	49,4	37,7	30,2	28,7	27,2	26,2	11,6	13,6	17,6	19,8	22,2	23,8
<b>Schweden</b>	34,5	31,8	30,9	27,7	28,8	27,0	17,8	20,7	25,3	27,7	26,9	26,5
<b>Ver. Königreich</b>	35,9	38,2	33,2	29,0	29,4	27,4	18,0	20,5	23,3	24,1	24,3	24,3
<b>Kroatien</b>	:	:	:	29,0	24,4	23,8	:	:	:	17,0	24,4	24,9
<b>EJR Mazedonien</b>	:	:	:	:	33,3	28,9	:	:	:	:	14,6	15,8
<b>Türkei</b>	74,7	77,7	69,7	57,6	46,6	43,7	6,4	8,2	8,4	7,1	8,3	8,9
<b>Island</b>	60,9	56,4	44,3	38,8	35,8	33,9	:	15,0	15,7	16,4	17,8	17,9
<b>Liechtenstein</b>	44,7	43,5	33,1	27,4	26,3	24,7	16,2	12,3	12,9	14,2	14,8	15,6
<b>Norwegen</b>	41,3	39,1	35,5	29,2	30,8	30,1	14,0	20,4	23,3	25,2	23,5	22,4
<b>Schweiz</b>	36,8	36,5	30,2	24,9	25,9	23,9	12,3	17,3	20,9	21,3	22,7	23,3

Quelle: Eurostat (demo\_pjanind)



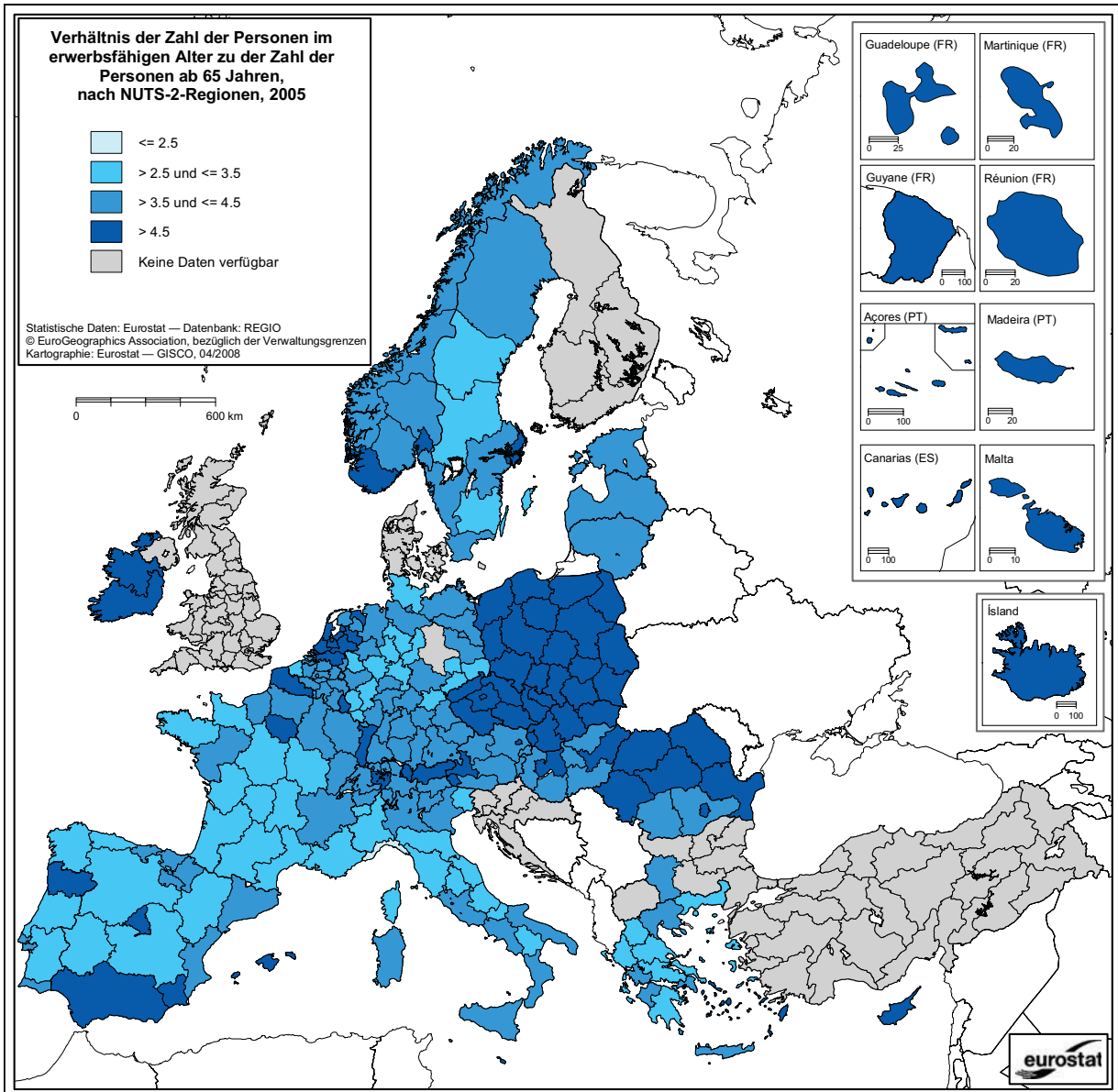
Karte SP.6: Verhältnis der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zu der Zahl der Personen ab 65 Jahren nach NUTS-2-Regionen, 1995



Quelle: Eurostat (d2jan und proj\_rtbp\_pop)



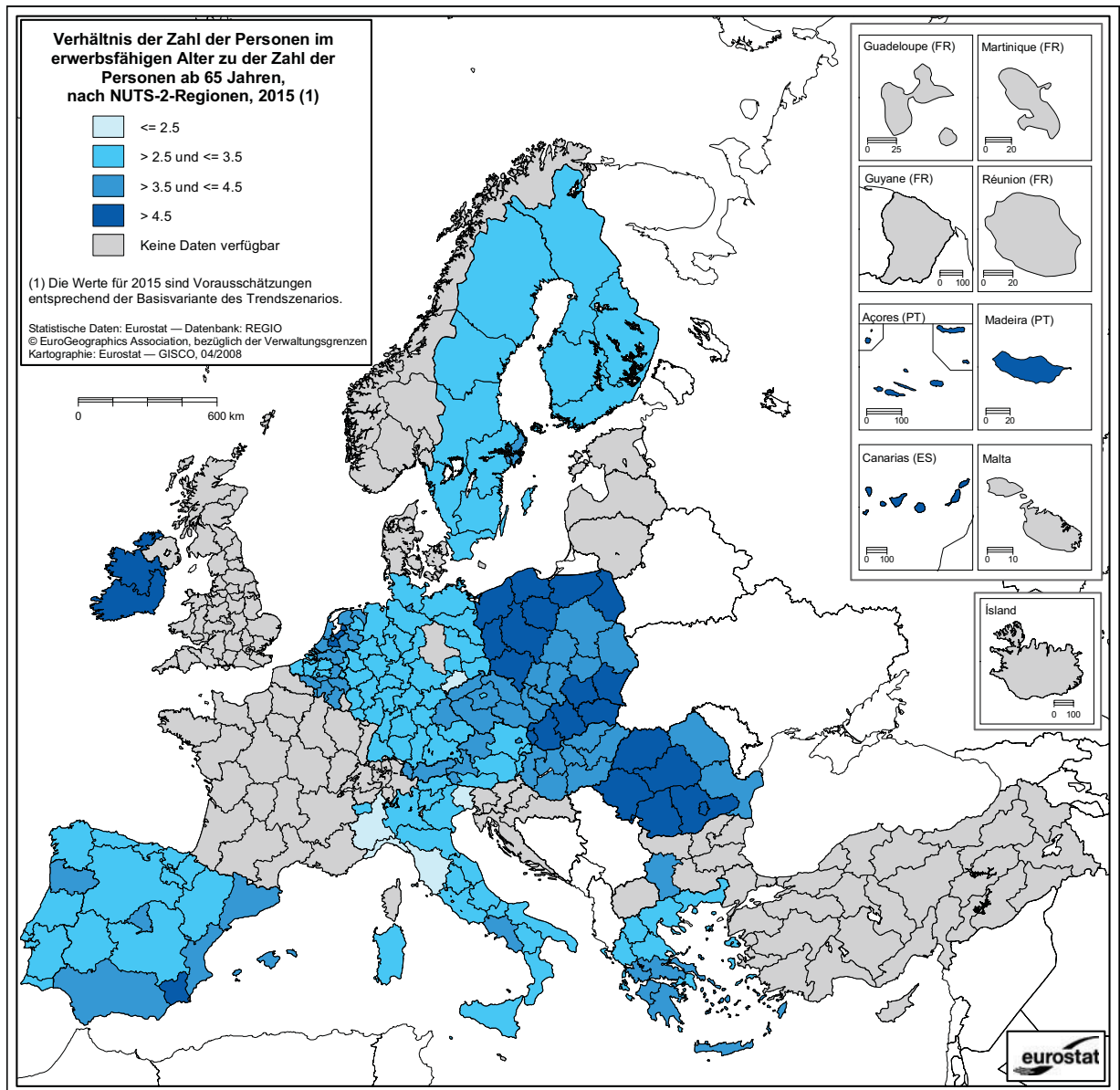
Karte SP.7: Verhältnis der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zu der Zahl der Personen ab 65 Jahren nach NUTS-2-Regionen, 2005



Quelle: Eurostat (d2jan und proj\_rtbp\_pop)



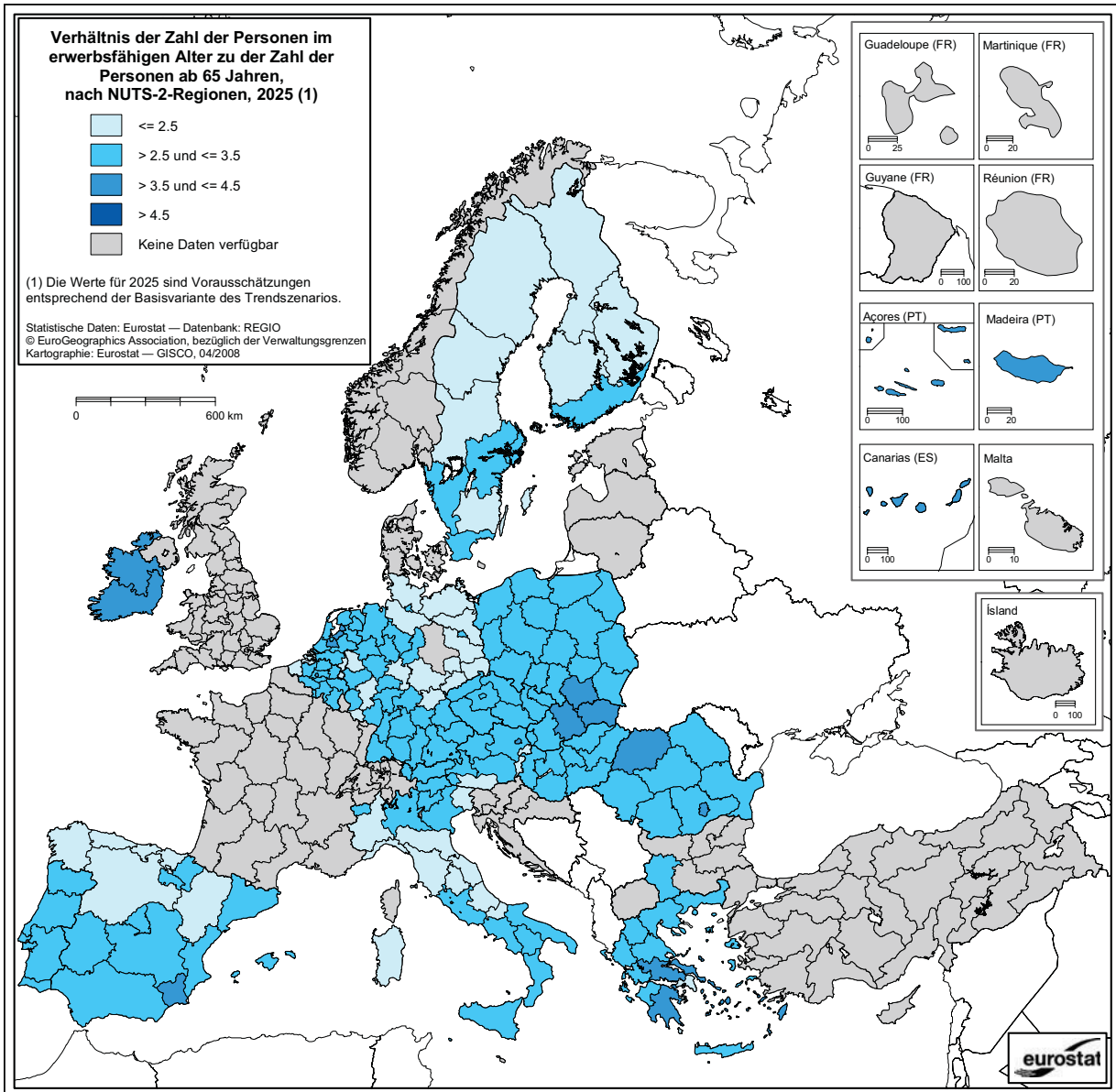
Karte SP8: Verhältnis der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zu der Zahl der Personen ab 65 Jahren nach NUTS-2-Regionen, 2015 (1)



Quelle: Eurostat (d2jan und proj\_rtbp\_pop)



Karte SP.9: Verhältnis der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zu der Zahl der Personen ab 65 Jahren nach NUTS-2-Regionen , 2025 (1)

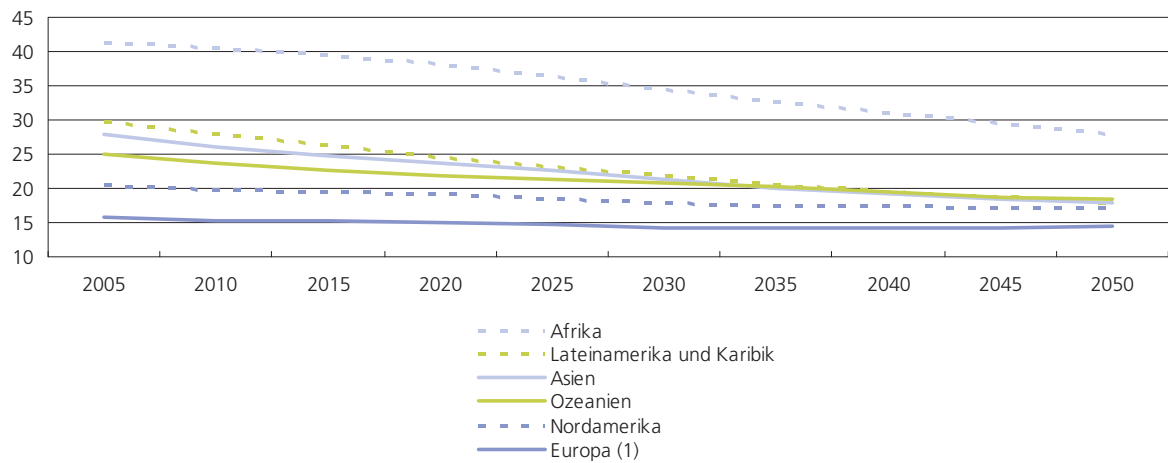


Quelle: Eurostat (d2jan und proj\_rtbp\_pop)



**Abbildung SP38: Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren**

(in %)

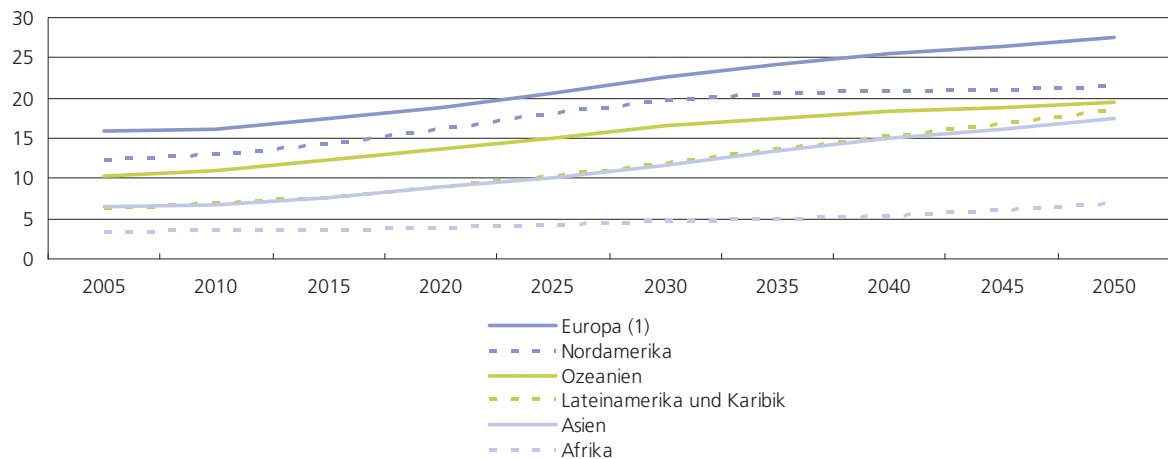


(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

**Abbildung SP39: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber**

(in %)



(1) EU-27, Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Färöer-Inseln, Island, Liechtenstein, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Norwegen, Russische Föderation, Serbien, Schweiz und Ukraine.

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop), Vereinte Nationen, Abteilung Bevölkerung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten


**Tabelle SP.30: Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren**

(in %)

	<b>2005</b>	<b>2010</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>	<b>2040</b>	<b>2050</b>
<b>EU-27</b>	16,1	15,4	14,8	14,0	13,4	13,4
<b>Eurozone</b>	15,7	15,4	14,6	13,6	13,2	13,1
<b>Belgien</b>	17,1	16,4	15,7	15,4	14,8	14,7
<b>Bulgarien</b>	13,8	12,8	12,4	11,0	11,0	11,5
<b>Tsch. Republik</b>	14,9	13,6	13,8	12,9	12,1	12,6
<b>Dänemark</b>	18,8	18,0	16,0	16,3	16,5	15,7
<b>Deutschland</b>	14,5	13,7	13,0	12,7	12,0	11,9
<b>Estland</b>	15,4	14,7	16,4	15,1	13,8	14,8
<b>Irland</b>	20,8	21,0	19,8	16,9	16,1	16,0
<b>Griechenland</b>	14,4	14,2	14,0	12,6	12,1	12,3
<b>Spanien</b>	14,6	14,8	14,2	11,7	11,3	11,5
<b>Frankreich</b>	18,5	18,2	17,2	16,3	16,0	15,8
<b>Italien</b>	14,2	14,0	12,9	11,6	11,4	11,2
<b>Zypern</b>	19,4	16,6	15,4	15,3	13,4	13,3
<b>Lettland</b>	14,8	13,7	16,2	15,1	13,4	14,8
<b>Litauen</b>	17,1	14,9	15,0	14,7	13,4	13,7
<b>Luxemburg</b>	18,7	17,9	17,0	17,3	17,0	16,6
<b>Ungarn</b>	15,7	14,6	14,4	14,1	13,6	13,8
<b>Malta</b>	17,8	16,2	15,7	15,4	14,6	14,5
<b>Niederlande</b>	18,5	17,8	16,3	16,2	16,3	15,8
<b>Österreich</b>	16,1	14,9	14,0	13,5	12,6	12,3
<b>Polen</b>	16,7	14,7	14,5	14,2	12,9	13,0
<b>Portugal</b>	15,7	15,7	15,1	13,4	13,1	13,1
<b>Rumänien</b>	15,9	15,1	14,9	13,1	12,3	12,5
<b>Slowenien</b>	14,3	13,5	13,5	12,9	12,1	12,8
<b>Slowakei</b>	17,0	15,0	14,2	13,5	12,6	12,8
<b>Finnland</b>	17,5	16,5	16,1	15,8	15,2	15,3
<b>Schweden</b>	17,6	16,5	17,1	16,9	16,2	16,3
<b>Ver. Königreich</b>	18,0	17,0	16,3	15,8	14,9	14,7

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop)



**Tabelle SP.31: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber**

(in %)

	<b>2005</b>	<b>2010</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>	<b>2040</b>	<b>2050</b>
<b>EU-27</b>	16,6	17,5	20,6	24,5	28,1	29,9
<b>Eurozone</b>	17,5	18,5	21,4	25,6	29,6	31,1
<b>Belgien</b>	17,2	17,5	20,5	24,7	27,3	27,7
<b>Bulgarien</b>	17,2	17,8	21,7	25,6	29,2	33,5
<b>Tsch. Republik</b>	14,0	15,5	20,8	23,6	26,8	31,0
<b>Dänemark</b>	15,0	16,3	20,0	22,6	24,7	24,1
<b>Deutschland</b>	18,6	20,4	22,6	27,5	31,1	31,5
<b>Estland</b>	16,4	16,9	18,7	21,2	23,1	25,7
<b>Irland</b>	11,2	11,8	14,7	18,3	22,2	26,2
<b>Griechenland</b>	18,1	18,8	21,1	24,6	29,2	32,5
<b>Spanien</b>	16,8	17,2	19,8	24,7	31,2	35,7
<b>Frankreich</b>	16,5	16,8	20,7	24,2	26,8	27,3
<b>Italien</b>	19,5	20,5	23,3	27,5	33,1	35,3
<b>Zypern</b>	12,1	13,4	17,2	21,0	22,9	26,1
<b>Lettland</b>	16,5	17,4	18,4	21,3	23,5	26,1
<b>Litauen</b>	15,2	16,1	17,5	21,4	24,4	26,7
<b>Luxemburg</b>	14,2	14,6	16,5	19,8	22,3	22,1
<b>Ungarn</b>	15,6	16,7	20,3	22,3	24,8	28,1
<b>Malta</b>	13,2	14,2	19,4	22,4	22,5	24,7
<b>Niederlande</b>	14,0	14,9	18,8	22,5	24,6	23,5
<b>Österreich</b>	16,0	17,7	20,0	25,1	29,3	30,4
<b>Polen</b>	13,1	13,5	18,2	22,6	24,8	29,4
<b>Portugal</b>	17,0	17,7	20,3	24,3	28,5	31,9
<b>Rumänien</b>	14,7	14,8	17,1	19,8	24,9	29,6
<b>Slowenien</b>	15,3	16,5	20,4	25,1	28,4	31,1
<b>Slowakei</b>	11,6	12,3	16,3	20,8	24,1	29,3
<b>Finnland</b>	15,8	16,9	22,6	26,1	26,7	27,0
<b>Schweden</b>	17,2	18,3	21,2	23,1	24,6	24,3
<b>Ver. Königreich</b>	16,1	16,6	19,5	22,9	25,9	26,6

Quelle: Eurostat (proj\_tbp\_pop)